

Arzt Springer Verlag AG, Post, 10 08 84, 4900 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 26)
304-1 / Anzeigenabteilung Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung
Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 Bfr., Dänemark 8,75 Dkr., Frankreich 7,00 F., Griechenland 120 Dr.
Großbritannien 69 p., Italien 1500 L., Jugoslawien 275,00 Din., Luxemburg 28,00 Fr.
Niederlande 2,20 fl., Norwegen 7,50 Nkr., Österreich 14 S., Portugal 115 Esc.
Schweden 6,50 Skr., Schweiz 2,00 Sfr., Spanien 150 Ptas., Kanarische Inseln 175 Ptas.

TAGESSCHAU

POLITIK

Flucht: Mit einem Dienstboot ist gestern ein 34 Jahre alter Polizist aus der DDR nach West-Berlin geflüchtet. Von den östlichen Grenzsoldaten unentdeckt, konnte der Mann in Kladow anlegen.

Flick-Anschnitt: Erst im nächsten Jahr wird der Bundestag über den Abschlußbericht des Flick-Ausschusses und die sich daraus ergebenden gesetzgeberischen Konsequenzen debattieren. Dies wird voraussichtlich zum die Karnevalszeit sein.

Innereuropäischer Handel: Der Wert der Warenlieferungen aus der Bundesrepublik Deutschland in die DDR ist im vergangenen Monat um 53 Prozent auf 771 Millionen Mark gestiegen.

CSU-Klans: Auf Schloß Kirchheim in Schwaben ist die CSU-Landesgruppe gestern zu einer zweitägigen Klausurtagung zusammengetreten. Der Passauer Professor Albrecht Mintzel referiert heute über die Rolle der Landesgruppe im politischen Kräftefeld. (S. 5)

Waffengeschäft: Großbritannien liefert an Jordanien technisch hochwertige Waffensysteme im Gesamtwert von mehr als einer Milliarde Mark. Premierminister Thatcher unterzeichnete gestern in Amman einen entsprechenden Vertrag.

Südafrika: Ohne Angabe von Gründen hat Südafrika seine Teilnahme an der bevorstehenden Internationalen Buchmesse in Frankfurt abgesagt. Beobachter gehen davon aus, daß die kritische Haltung Bonna und der EG gegenüber Pretorias Rassenrennungspolitik ausschlaggebend war.

Moskau: Die Sowjetunion hat in Washington weitere 800 000 Tonnen Mais bestellt. Experten schätzen den Vertragswert auf 55 Millionen Dollar.

China: Eine Erweiterung des Kreditrahmens für die Volksrepublik China hat der Chef der Weltbank, A. W. Clausen, in einem Interview mit der chinesischen Nachrichtagentur Xinhua in Aussicht gestellt.

ZITAT DES TAGES



Die schmerzhaften Erfahrungen mit der Sandinistenregierung - Einschränkung der Freiheit, Polizeipressalien und zunehmende Not - haben dazu geführt, daß gegenwärtig zwei Drittel der Bevölkerung nicht mehr hinter den Modellen der Sandinisten stehen.

Bischof Pablo Antonio Vega, Vorsitzender der katholischen Bischofskonferenz Nicaraguas, in Bonn. FOTO: AP

WIRTSCHAFT

Weltbank: Das Wachstum in den Industrieländern wird sich 1985 verlangsamen, heißt es im Jahresbericht der Weltbank. Allerdings würden in den USA und Japan niedrigere Zuwachsraten, beim Bruttoinlandsprodukt erreicht, so daß sich das Wachstumsgefälle zwischen Europa und den Vereinigten Staaten deutlich abflachen werde. (S. 8)

Luftverkehr: Der zuständige EC-Kommissar Stanley Clinton Davis hat den europäischen Luftverkehrsgesellschaften jetzt mit "direkten Maßnahmen" gedroht, falls sie sich weiter gegen eine Liberalisierung des Marktes sperren sollten. Die Verhandlungen über eine Auflockerung des gegenwärtigen Regelsystems müßten bis Mitte kommenden Jahres vorankommen. (S. 10)

KULTUR

Film: "Rambo II" erwies sich nicht nur in den USA als Kassenschlager, sondern auch in Ostasien und Beirut, wo er für Araber, Drusen und Christenmilizen gleichermaßen zum Kinoereignis wurde. Und Sylvester Stallone, der die Jugend faszinierende neue Held Amerikas, ist durchblicken, daß mit einem dritten Teil zu rechnen ist. (S. 17)

SPORT

Fußball: Nach einem Innenbandriß am Knie muß Nationalspieler Lothar Matthäus (FC Bayern München) mindestens sechs Wochen pausieren. Er fällt damit für das WM-Qualifikationsspiel gegen Schweden aus. (S. 16)

Motorsport: Bei der erstmals ausgetragenen Rallye Hongkong-Peking belegte der deutsche Opel-Fahrer Erwin Weber den dritten Platz. Er siegte der Finne Hannu Mikkola auf Audi Quattro. (S. 16)

AUS ALLER WELT

Flußmündung: Erstmals hat jetzt eine sowjetische Untersuchungskommission vor den Folgen gewarnt, die eine geplante Umleitung von Wasser aus dem Norden der europäischen UdSSR in den Süden des Landes haben würde. Das Projekt der sowjetischen Regierung war im Westen bereits auf scharfe Kritik gestoßen. (S. 18)

Explosion: Im Keller des bayerischen Landeskriminalamtes in München eingelagerter Sprengstoff ist gestern vermutlich durch Selbstzündung explodiert. Wie die Polizei mitteilt, sei ein Anschlag auszuscheiden. (S. 18)

Wetter: Heiter bis wolkig, vereinzelt Gewitter. 18 bis 28 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

- Meinungen: Nachher sind viele klüger - Leitartikel von Manfred Schell zur Spionage-Affäre S. 2
Frankreich: Die Binnenschiffer drohen im Wettbewerb unterzugehen - Von J. Schaufuß S. 3
Landesbericht Niedersachsen: Albrecht setzt voll auf die Verkabelung - Von M. Jach S. 4
Israel: Kabinett über Taba zerstritten - Arbeiterpartei will Schiedsgericht anrufen S. 5
Forum: Personalien und Leserbrief: an die Redaktion der WELT Wort des Tages S. 7
Fernsehen: Trends und Tendenzen im Vorabendprogramm der regionalen Fernsehsender S. 7
Deutsche Schifffahrt: Auf dem Förderkurs - Wirtschaftsleiter von Jan Brech S. 9
Ludwigsburg: Handels "Ge-schichte von Semele" - Merkur auf Rollschuhen S. 17
Champagner-Jubiläum: Nacht des prickelnden Vergnügens - Von A. Graf Kagenack S. 18
Reise-WELT: Südinien - Wo die Bergefanten zu Hause sind - Von Uwe Krist S. 1

Honecker stellt Erleichterung im Reiseverkehr in Aussicht

Brandt fünf Stunden beim SED-Chef / Hinweis auf "Sicherheitspartnerschaft"

PETER PHILIPPS, Berlin

Nach mehr als fünfstündigem Gespräch zwischen SED-Generalsekretär Erich Honecker und dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt hat sich gestern die Bereitschaft der "DDR"-Führung abgezeichnet, Erleichterungen im Reise- und Besuchsverkehr, eine Intensivierung des Jugendaustauschs sowie Hilfen in sogenannten Härtefällen in Aussicht zu stellen. In dem gemeinsamen Kommuniqué, das heute veröffentlicht werden soll, steht jedenfalls, daß "die Bemühungen auf diesen Gebieten konstruktiv fortgesetzt werden sollen".

In den Gesprächen - in der letzten Stunde unter vier Augen zwischen Brandt und Honecker - ist deutlich geworden, daß der SED-Chef in seinen "Generel Forderungen" nach einer Regelung der Elbengrenzfrage, der "Respektierung" einer eigenen "DDR"-Staatsbürgerschaft sowie der Abschaffung der Erfassungstelle in Salzgitter keine Vorbedingungen für die Regelung der anderen Fragen sieht. Statt dessen wurde betont, daß sich beide Seiten einig darüber seien, daß beim Reise- und Besuchsver-

kehr, beim Jugendaustausch und in der Regelung von Härtefällen "Erweiterungen möglich und notwendig seien". Die "DDR"-Führung machte deutlich, daß bei ihr mit einer "konstruktiven Haltung" zu rechnen sei.

In ihrer gemeinsamen Schlussklärung griffen Honecker und Brandt auch eine Formulierung wörtlich auf, die am Ende des Honecker/Kohl-Gesprächs in Moskau gestanden hatte:

SEITE 5: Eine Begegnung auf Distanz

Es bestehe völlige Übereinstimmung, daß "die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen eine grundlegende Bedingung für den Frieden" sei.

Bereits in seiner Tischrede hatte Honecker mittags - ohne den Kanzler namentlich zu erwähnen - dessen Formulierung zustimmend zitiert, daß das Ziel weltweiter, vor allem aber europäischer Sicherheitspolitik sein müsse, "Frieden zu schaffen mit

immer weniger Waffen". Er forderte alle dazu auf, sich "darüber Gedanken zu machen, wie die Pershing II und Cruise Missiles verschwinden, damit auch die Gegenmaßnahmen, die zum ersten Mal in unserem Land so umfassend getroffen wurden, wieder rückgängig gemacht werden könnten."

Der SED-Chef, der eingangs ausdrücklich Brandts "persönliches Wirken für das Zustandekommen des Entspannungsprozesses" würdigte, betonte wie der SPD-Vorsitzende in seiner Erwiderung, daß "unterschiedliche Auffassungen weltanschaulicher Art kein Hindernis sein dürfen, gemeinsam, jeder in seinem Bündnis, nach Lösungen" zur Sicherung des Friedens zu suchen. Honecker griff den von der SPD geprägten Begriff der "Sicherheitspartnerschaft" ausdrücklich auf, denn die "Sicherheit ist unteilbar".

Im übrigen drückten beide Parteien die Erwartung aus, daß demnächst ein Besuch des Volkskammerpräsidenten, Siedemann, in Bonn komplikationsfrei möglich sein werde. ■ Fortsetzung Seite 8

KGB jagt nach westlicher Elektronik

"Beschaffungsaktionen" auch auf legalem Weg / Für erschwerten Zugang zu Spitzentechnologien

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Der Westen muß seine Anstrengungen verstärken, um der Sowjetunion den Zugang zu Spitzentechnologien zu erschweren, die sie in massiver Weise zum Ausbau ihrer Rüstung nutzt. Zu dieser Schlussfolgerung kommt ein vom amerikanischen Verteidigungsministerium veröffentlichter Bericht. Darin heißt es, Moskau verfüge über eine stark geführte Beschaffungsorganisation, die seit Ende der siebziger Jahre auf illegalem, aber vor allem auch auf illegalem Wege aus westlichen Ländern Dokumente und Produkte von führenden technischen Leistungen aus Wirtschaftsunternahmen, Universitäten, Forschungsinstituten und vergleichbaren Einrichtungen erwerbe. In jedem Jahr komme die Sowjetunion auf diese Weise in den Besitz von großen Mengen technologischer Produkte, sogenannter Hardware, und von Zehntausenden von Dokumenten, die teilweise geheim seien.

Mehr als 5000 qualitativ hochwertige Produkte der sowjetischen Militärtechnik hätten Anfang der achtziger Jahre von dieser Beschaffungsaktion profitiert. Über die Hälfte dieser Rüstungsprojekte gehörten zu den Bereichen Elektronik, Munitionstechnik und elektro-optische Verfahren. Rund 80 Prozent der Dokumente und der "Hardware" sind amerikanischen Ursprungs, aber nicht, wie es heißt, notwendigerweise von den Sowjets oder ihren Helfershelfern direkt in den USA erworben worden. Über fünf Jahre hinweg, bis 1980, habe die Sowjetunion durch die Beschaffung aus dem Westen eigene Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen im Gegenwert von 800 Millionen Dollar an wissenschaftlicher Forschung gespart. Der Nutzen für die Sowjets sei sehr viel größer, als bisher angenommen, heißt es im Bericht weiter. So füge die sowjetische Produktion von mikroelektronischen Bauteilen nahezu ausschließlich auf im Westen beschafften Produkten und Unterlagen. Einen ersten Bericht dieser Art hatte das Pentagon im April 1982 dem Kongress zugeleitet.

Für die Beschaffung setzt die Sowjetunion, so die amerikanischen Angaben, ihre Geheimdienste KGB und GRU ein, aber auch Wissenschaftler,

Journalisten, Handelsorganisationen und Firmen. Für den Erwerb westlicher Produkte und Dokumente habe Moskau Ende der siebziger Jahre 1,4 Milliarden Dollar jährlich ausgegeben. Als Folge dieser Aktivitäten und in Verbindung mit den eigenen Rüstungsanstrengungen sei es Moskau gelungen, den Vorsprung des Westens auf nahezu allen herausragenden technologischen Sektoren stark zu verringern. In einigen Bereichen sieht der Pentagon-Bericht die Sowjetunion sogar vorne, und zwar bei der chemischen Kriegführung und der Laserforschung.

An drei konkreten Beispielen wird verdeutlicht, wie die Sowjetunion bei der Beschaffung vorgegangen ist. Aufgrund einer Anforderung des Moskauer Ministeriums für die Rüstungsindustrie wurde das KGB beauftragt, die technische Dokumentation über den IBM-Computer 370 zu beschaffen. Das gelang. Die Sowjetunion kopierte das Modell. Es wurde als "Ryad" in der Sowjetunion gefertigt. Ähnlich wurde verfahren, um den Computer für einen sowjetischen

■ Fortsetzung Seite 8

Friderichs bestreitet Bestechlichkeit

DW. Bonn

Der frühere Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs hat gestern vor dem Bonner Landgericht den gegen ihn erhobenen Vorwurf der Bestechlichkeit zurückgewiesen. In seiner Erwiderung auf die Anklage der Staatsanwaltschaft sagte Friderichs, er habe sich als Minister stets an Recht und Gesetz gehalten. Die während seiner 1977 beendeten Amtszeit als Minister anstehenden Entscheidungen über Steuererleichterungen für den Flick-Konzern seien absolut korrekt abgehandelt worden, sagte Friderichs. Dagegen wolle ihm die Staatsanwaltschaft vor, im Zusammenhang mit der Steuerbegünstigung für die Reinvestition eines Flick-Verkaufsgewinns in Höhe von 1,9 Milliarden Mark Bestechungsgelder von 375 000 Mark kassiert zu haben. Seite 4: Korruptionsskandal geschloffen

Frankreichs Fluglotsenstreik trifft Deutsche

DW. Düsseldorf

Der Streik der etwa 2500 französischen Fluglotsen, der in Frankreich nahezu den gesamten Flugverkehr lahmlegt, trifft in der Bundesrepublik Deutschland vor allem Spanientouristen. Auf dem größten Charterflughafen in Düsseldorf mußten gestern rund 13 000 Passagiere zum Teil mehrstündige Verspätungen in Kauf nehmen. Zwei Maschinen hatten sogar 24 Stunden Verspätung. Besonders betroffen waren nach Angaben der Flughafen-Gesellschaft Flüge von und nach Spanien, zu den Balearen sowie zu den Kanarischen Inseln. Der zweitägige Streik sollte gestern zu Ende gehen. Er ist ausgerufen worden, um die Forderung der Fluglotsen nach Einbeziehung der 40 Prozent des Einkommens ausmachenden Prämien in die Berechnung der Altersrenten durchzusetzen.

Pretoria verletzt Vertrag mit Moçambique

DW. Pretoria

Die südafrikanische Regierung hat erstmals offiziell zugegeben, gegen den im März 1984 geschlossenen Nachbarns- und Sicherheitsvertrag mit Moçambique verstoßen zu haben. Zugleich hat Pretoria jedoch die Verstöße als "lediglich technischer Art" qualifiziert. Dies bestätigte Außenminister Roelof Botha vor Journalisten in Pretoria, nachdem er vom Staatspräsidenten Pieter Botha eingesetzte Untersuchungskommission zu diesem Ergebnis gekommen war. Verteidigungsminister General Magnus Malan sagte gestern, Flugzeuge der Luftwaffe hätten nach Abschluß des Vertrages wiederholt den Luftraum Moçambiques durchquert, um Vertreter der Rebellenbewegung Renamo zu Friedensgesprächen mit Vertretern der Regierung Machet zu bringen.

Wo heutzutage der Blitz einschlägt

DIETER THIERRACH, Bonn

Ausgerechnet mit dem Glockenläuten verband sich oftmals das himmlische Strafgericht. Mit furchtbarer Gewalt schlug der Blitz in den Kirchenraum ein und tötete manchen wacker gegen das Unwetter ankämpfenden Gläubiger am unteren Ende des Hansfelds. Jahrhundertlang waren dies in Europa die üblichen Aktionen zur Abwehr von Donnerwettern. Allein in Bayern mußten - so eine Chronik aus dem 18. Jahrhundert - innerhalb von 50 Jahren 96 Gläubiger auf diese Weise ihr Leben lassen. Trotzdem wurde weiter zum "Wetterläuten" gezwungen. Es half auch nichts, daß aufgeklärte Wissenschaftler, wie der Göttinger Physikprofessor Georg Christoph Lichtenberg, längst erkannt hatten, daß ein regnerisches Glockenläuten einen vorzüglichen elektrischen Leiter abgibt.

Heute rücken ganze Forscherteams dem Naturphänomen "Blitz" zu Leibe. Aus gutem Grund, denn in den vergangenen Jahren bewegte sich der angerichtete Blitzschaden in etwa 80 000 Fällen bei 150 Millionen Mark. Mit modernen wissenschaftlichen Hilfsmitteln von der Erde, aus der Luft und aus dem Weltall sucht man nach Abhilfe. Auf der heute in München endenden 18. Internationalen Blitzschutzkonferenz beraten Fachleute, wie die Forschung diese Naturgewalt besser in den Griff bekommen kann, denn die von Blitzen abgestrahlten elektromagnetischen Felder sind "nicht ohne".

Störfelder können noch in Entfernungen von mehreren 100 Metern vom eigentlichen Ort des Geschehens hochempfindliche Mikroelektronik beeinflussen, ja, Computeranlagen komplett lahmlegen. Blitze beschädigen Rundfunk- und Fernsehgeräte, lassen Signal- und Warnanlagen ausfallen, können Telefon und Telex außer Betrieb setzen und elektronisch geregelte Prozesse in der Industrie unterbrechen oder sogar außer Kontrolle geraten lassen.

Norden mit selten mehr als 25. Die Statistik der Unfallzahlen durch Blitzschlag zeigt bei uns in den letzten 20 Jahren eine abnehmende Tendenz: Waren 1961 noch 44 Tote zu beklagen, wurden im vergangenen Jahr sieben Personen vom Blitz tödlich getroffen. Doch die Dunkelziffer liegt - nach Einschätzung der Fachleute - weitläufig höher. Galt früher die Landwirte als besonders gefährdet, hat sich das heute geändert. Jetzt trifft es vor allem Bergsteiger und Bergwanderer.

Blitzschutz und die Konzeption von Erdungsmaßnahmen stehen im Mittelpunkt der Fachgespräche. Als das "göttliche Feuer" noch häufig in Kirchenräume einschlug, wurde der von Benjamin Franklin 1752 erfundene Blitzableiter jahrzehntelang als "Ketzergang" verteuelt und als Frevel gegen Gott abgelehnt. Während damals die neomodischen Blitzfänger teilweise unter dem Schutz von Waffengewalt auf den Dächern befestigt werden mußten, schreiben die Versicherungen heute umfangreiche Präventivmaßnahmen zwingend vor.

DER KOMMENTAR

Erfurt ist das nicht

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Der Tag des Jahres 1970, an dem Willy Brandt von unseren Landsleuten in Erfurt beglückwünscht worden war, ist vorbei und kommt nicht wieder. Dafür sorgt Honecker. Erdbebenhaft erfüllt das jetzt auch Brandt als Gast des Staatsratsvorsitzenden, dessen Verantwortung präziser beschrieben wird, wenn man ihn den SED-Chef nennt.

Honeckers Freundschaft Fehlleistungen geben dem denkwürdigen Zusammentreffen eine eigene Würze. Wenn er Brandts Besuch "zeitgemäß" nennt, dann stützt man im Gedanken an die Spionage-Fälle, welche das Verhältnis zwischen Ost-Berlin und Bonn in ein fahles Licht tauchen. Da drängt sich die Erinnerung an den Meisterspion Guillaume geradezu auf. Sollte Honeckers protokollierende Empfangsgeste für Brandt so etwas wie eine wohlfeile Wiedergutmachung sein? Und wenn Honecker den Aufmarsch der Fotografen mit dem Witzchen kommentiert "Wir sind ja die reinsten Gefangenen", dann denken alle, nur er nicht, an jene Gefangenen, für deren Schicksal er die höchste Verantwortung trägt.

Dies alles nimmt Brandt auf sich, um die "zweite Phase der Ostpolitik" vorzubereiten. Nach den politischen Modus-vivendi-Verträgen mit Moskau, Warschau und Ost-Berlin will die SPD die Sicherheitspolitik im geteilten

Europa vertragsgültig in die einbeziehen, was sie "Entspannung" nennt. Meldungen darüber, daß die Sowjets entgegen dem von Gorbatschow am 7. April verkündeten Moratorium ungeniert die SS-20-Raketen aufbauen, beirren Brandt heute ebensowenig wie Mitte der siebziger Jahre, als Brezhnev die "Entspannung" dazu benutzte, eine bedrohliche Raketen-Übermacht in Europa aufzurichten. Was also vermag Honecker gegen die Rüstungspolitik Moskaus? In der "DDR" stehen weit mehr Soldaten der Roten Armee als der NVA.

Unbestritten kann aber Ost-Berlin der Sowjetpolitik gegenüber dem Westen Schritt für Schritt dienen, wie mit dem Brief Honeckers zur Errichtung einer C-Waffen-freien Zone in Mitteleuropa geschehen. Vorausgegangen war ein Rahmenvertragsmodell der SPD und der SED, das Brandt als ein Beispiel für "Initiativen" der beiden Staaten im gespaltenen Deutschland zur "Friedenssicherung in Europa" ansieht.

Die Opposition gibt vor, der Bundesregierung die Friedenswege zu ebnen. Dessen bedarf die Regierung nicht. In Wahrheit unternimmt die SPD unter der Führung Brandts nichts anderes, als einem künftigen sozialdemokratischen Bundeskanzler schon im voraus die Handlungsfreiheit "wegzuverhandeln".

Reagan: Krisenmanagement gemeinsam mit Moskau

Washingtons Strategie für Treffen mit Gorbatschow

FRITZ WIRTH, Washington US-Präsident Reagan hat die Sowjetunion zur politischen Kooperation und zum gemeinsamen Krisenmanagement in internationalen regionalen Konflikten eingeladen. Reagan äußerte diesen Wunsch nach einer dreistündigen Fernsehansprache der amerikanischen Fernsehgesellschaft ABC, die sich mit dem vergangenen 40 Jahren seit dem Zweiten Weltkrieg befaßte. Die Autoren kommen zu dem Schluß, daß diese Phase vor allem eine Ära der Konfrontation gewesen sei.

Reagan akzeptierte diese Bewertung nicht. "Ich bin da optimistischer", erklärte er. Diese vergangenen 40 Jahre seien nicht nur eine Periode unaufrichtlicher Spannungen zwischen Ost und West gewesen, sondern zugleich die längste Friedensperiode, die die Völker, die an diesem Krieg beteiligt gewesen waren, seit langer Zeit erlebt hätten.

"Darauf sollten wir aufbauen", erklärte der Präsident. "Die Tatsache, daß es in dieser Periode Konfrontationen mit unserem früheren Verbündeten, der Sowjetunion, gegeben hat, bedeutet nicht, daß wir uns der Unvermeidlichkeit von Konflikten beugen. Wir hoffen, daß sie einsehen, daß es für ihr System von Nutzen ist, wenn wir uns dazu entscheiden, in einer Welt ohne Konflikte zu leben." Reagan nannte als Möglichkeit eine engere Zusammenarbeit mit der Sowjetunion in regionalen Konflikten, ohne diese Kooperation genauer zu definieren. "Es könnte Zeiten geben", erklärte der Präsident, "in denen die Sowjetunion und die USA gemeinsam

in regionalen Krisen und kleineren Kriegen intervenieren und dort Frieden herstellen könnten. Ich glaube, daß all dies möglich ist, und ich hoffe und träume, daß wir diesen Prozess im November in Genf in Gang bringen können."

Es ist offenkundig, daß Reagan bei dieser Einladung zum gemeinsamen Krisenmanagement keine militärischen, sondern diplomatischen Aktionen im Sinn hat. Er machte dieses Angebot nur 24 Stunden, nachdem er die amerikanische Strategische Verteidigungsinitiative (SDI), die die Sowjets auf dem Gipfel in Genf zum zentralen Thema machen wollten, praktisch vom Verhandlungstisch genommen hatte.

Die Verhandlungsstrategie der Reagan-Administration für Genf wird damit immer deutlicher. Sie will den Rahmen dieses Gipfels über Rüstungskontrollfragen hinaus auf den Bereich der politischen Kooperation, der Friedenssicherung und der Menschenschere ausweiten.

"Es gibt tiefe ideologische Konflikte zwischen uns, die wir niemals aus der Welt räumen können", sagte Reagan in dem Interview, "doch das schließt nicht aus, daß dennoch Fortschritte in unseren Beziehungen möglich sind." Beide Seiten müßten zur Kenntnis nehmen, daß sie in einer Welt zusammenleben. Er sei im übrigen bereit, sagte Reagan, den Sowjets zu glauben, wenn sie sagten, daß sie keinen Krieg wollten. Dennoch sei der expansionistische Trend ihrer Politik unübersehbar. Die Vorgänge in Afghanistan, Äthiopien, Südjemen, Kuba und Nicaragua belegten es.

Griechischer Offizier stand im Solde der Sowjetunion

Microchips-Bausteine aus US-Computern an Moskau verkauft

DW. Athen Ein Marineoffizier und zwei zivile Elektronikfachleute sind in Griechenland wegen des Verkaufs amerikanischer Computer-Technologie an die Sowjets verhaftet worden. Bei dem Marineoffizier handelt es sich um den 35jährigen Kapitänleutnant Vassilios Serepias, der bis August zum Marinekommando im Verteidigungsministerium abkommandiert war. Er soll neun Jahre lang Geheiminformationen an Moskau weitergegeben haben.

Griechische Zeitungen hatten zuvor berichtet, es seien vier Angehörige der griechischen Streitkräfte unter dem Verdacht der Spionage für die Sowjetunion verhaftet worden, nachdem der US-Geheimdienst CIA der griechischen Regierung eine Liste mit den Namen von 25 Spionagedächtigungen übermittelt hatte. Der stellvertretende Verteidigungsminister Antonios Drosos sagte jedoch, außer Serepias sei kein Offizier verhaftet worden.

Nach den Zeitungsberichten stammen die Informationen über die Spio-

ne von dem im Mai überlaufenen sowjetischen "Diplomaten" Sergej Bochan, der stellvertretender Chef der sowjetischen Spionage in Griechenland gewesen sein soll. Wie die größte griechische Zeitung "Ethnos" berichtet, habe Bochan als ersten Serepias angeworben. Der Offizier habe ein Handgeld von einer Million Drachmen (etwa 21 000 Mark) sowie später monatlich 100 000 Drachmen (2100 Mark) erhalten.

"Eleftherotypia" schreibt, Serepias habe Bochan Microchip-Bausteine aus amerikanischen Computern verkauft, die von den griechischen Streitkräften benutzt werden. Angeblich sei wegen der Enthüllung Bochans der Verkauf von 40 US-Düsenjägern des Typs F-16 an Griechenland verzögert worden. Die griechische Regierung kündigte vergangene Woche an, sie wolle mit den USA ein spezielles Abkommen treffen, das eine Weitergabe von Hochtechnologie verhindern soll. In Kürze werden US-Beamte zu Gesprächen über den Schutz der modernen Ausrüstung der F-16 in Athen erwartet.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Si tacuisses

Von Enno v. Loewenstern

Im späten Mittelalter wurde es üblich, Advokaten das Tragen von Degen zu gestatten. Das war eine Anerkennung weniger ihres quasiritterlichen Ranges als ihres Bedürfnisses. Die Feder war, wie so oft, nicht mächtiger als das Schwert; sie bedurfte seiner vielmehr ergänzungsweise. Das schlichte Volk, seit der Rezeption des römischen Rechts nicht fähig, dem Vortrag der Rechtsgelehrten zu folgen und oft von deren Schlussfolgerungen unangenehm überrascht, lauerte ihnen anschließend gern auf, um ihnen ein Leid anzutun.

Heute dagegen genießt der Anwaltsstand volles Vertrauen. Dennoch kann es nicht schaden, wenn bei Vorträgen eines bestimmten Rechtsanwalts mit weltweiter Funktion die anwesenden Juristen das Gesagte mit besonderer Genauigkeit in ihren Herzen bewegen. Die deutsche Sprache mit allen Entlehnungen aus dem Lateinischen bis zum Parteifernöstlichen ist reich an Bedeutung, sie ist noch reicher an Doppelbedeutungen. Was, beispielsweise, ist ein Einvernehmen im Unterschied zu einem Beschluß?

Und wann bedeutet Schweigen Zustimmung?

Dem Historiker in München paßt die ganze Richtung des Juristen in Bonn nicht. Womit er in breiten Kreisen der Republik Sympathie genießt. Andererseits lohnt nicht wegen jedes einzelnen Spatzens ein ganzer Artilleriepark. Der Autorität der Regierung, an der (wie es in einem berühmten ägyptischen Papyrus heißt) „der die Hauptstadt bedrängende Große des Südens“ genau so interessiert ist wie deren Mitglieder, ist das alles nicht zuträglich.

Der Riese des Westens wird daraus Schlüsse ziehen müssen. Vielleicht geht es wirklich nicht anders, als daß man jeden Beschluß eigens beschließt und ihn umständlich in ein beweisendes Protokoll diktiert. Dann mag, wer immer mit welcher Lösung nicht einverstanden ist, nachher seine Minister intern zur Rechenschaft ziehen, weil sie nicht zur rechten Zeit den Advokaten statt mit einem Degen mit Worten aufspielten.

Sir Samoras Sorgen

Von Monika Germani

Als Mosambiques Präsident Samora Machel vor zwei Jahren nach seinem Staatsbesuch in Großbritannien von der Königin zum Ritter geschlagen wurde, und als er sich damals mit dem südafrikanischen Großindustriellen Harry Oppenheimer traf und die Grundlagen für den im März 1984 unterzeichneten Nkomati-Vertrag legte, begannen die Hoffnungen auf ein Umschwenken des Marxismus ins westliche Lager zu keimen. Sie keimen neuerdings wieder mit Sir Samoras Reise nach Washington.

Machel hätte es nötig. Seine Wirtschaft ist ruiniert, teils wegen der „Geißel Afrikas“, der Trockenheit, mehr wegen ihrer sozialistischen Form. Die rund zwanzigtausend antikomunistischen Guerrilleros der Renamo, von der viele nach Nkomati den Zusammenbruch erwarteten, hat den bewaffneten Kampf in alle Provinzen des Landes getragen.

Sie konnten zwar mit Hilfe von Truppen aus Zimbabwe vorerst in den Busch abgedrängt werden; im verlassenen Hauptquartier „Casa Banana“ wurde peinlicherweise das Tagelager eines ehemaligen Mitarbeiter von Renamo-Führer Alfonso Dhlakama gefunden, aus dem Hilfforderungen aus Südafrika, im Widerspruch zum Nkomati-Abkommen, bestätigt wurden. Aber das ändert nichts daran, daß der Krieg weitergeht.

Er fordert nicht nur Menschenleben, er kostet auch viel Geld. Machel erhofft sich neunzig Millionen Dollar von den wohlmeinenden Beratern des US-Präsidenten. Sie erhoffen sich davon den Schwenk. Und manche Senatoren mit ihnen.

Andere erinnern an den Freundschaftsvertrag mit Moskau von 1977 und die daraufhin über Beira und Maputo ins Land kommenden Waffenlieferungen, an den hauptsächlich von „DDR“-Leuten geleiteten Geheimdienst SNASP, an die sowjetischen und sonstigen Ostblockberater, die weiterhin die kümmerliche Infrastruktur des Landes beherrschen. Sie wollen erst Beweise für einen Gesinnungswandel Machels sehen. Es wäre ein gefährliches Signal Reagans, wenn er ausgerechnet hier, entgegen seiner Gewohnheit, Vorleistungen erbrächte. Zumal da der Auftakt wenig überzeugend war – Machel reiste in einer Ilyuschin mit sowjetischer Besatzung an.

Beinliches

Von Klaus Blume

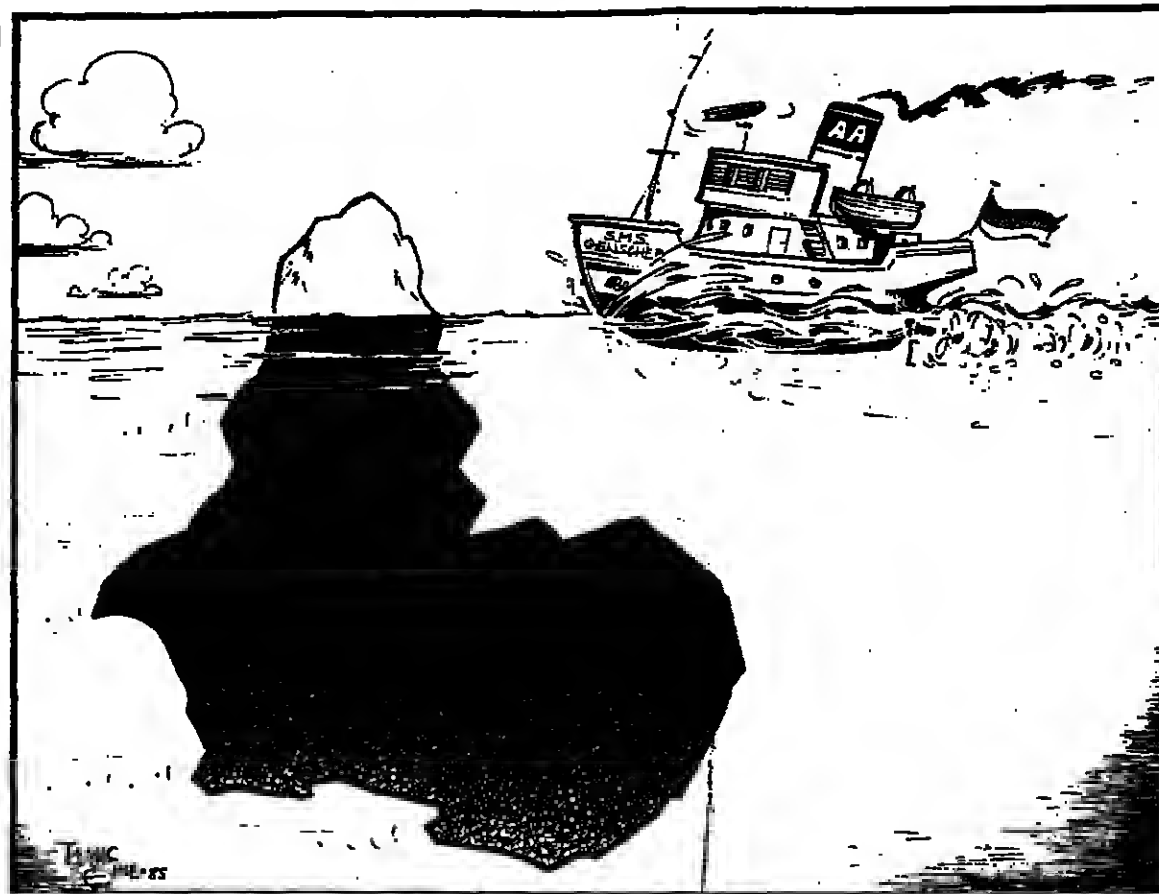
Vom Balkan ereilt uns die Hiobsbotschaft, daß es wohl mit den Knie nichts mehr werde. Selbst Fachleute in den USA und in der Schweiz haben ihre Bedenken. Gemeint ist das Knie des Slalom-Läufers Franko Jurc, und damit handelt es sich gewissermaßen um das Knie des Vielvölkerstaates Jugoslawien. Bekommene Frage: Hält es oder knickt es?

Lothar Matthäus, der Fußball-Nationalspieler vom FC Bayern, muß sechs Wochen pausieren. Er hat es am Knie. Das bringt Beckenbauer ins Schwitzen. Und die Stammtisch-Strategen auch. Was wird aus Deutschland in Schweden ohne das Knie von Lothar Matthäus?

In Zürich kursierte gestern eine Nachricht, fast so wichtig für die Stimmung der Eidgenossen wie eine Hausse an der Börse: Das Knie des Pirmin Zurbriggen sei fast in Ordnung. Der alpine Hang-Raser darf damit schon wieder Nachtmärsche einlegen, beim Schweizer Militär. Mit dem Skifahren hapert es allerdings noch etwas. Aber es ist ja erst Herbst. Richtig, Herbst: Beim großen klassischen Herbst-Rennen der Radprofis von Paris nach Brüssel stieg der Franzose Bernard Hinault schon kurz nach den Stadtgrenzen von Paris vom Fahrrad. Ihn plagten schon wieder Stiche im rechten Knie. Von Stund an werden wir das An- und Abschwelen dieses Gelenks in täglichen Bulletins der gallischen Presse verfolgen können.

Wobei die Sachlage in London nicht bagatellisiert werden darf. Denn dort geht es um das Knie des Sebastian Coe. Just auf dem Einlaufplatz in Brüssel hat es den Meilenläufer vor drei Wochen erwischt. Und nun ist die Frage: Muß er weiterhin Ferien machen, oder darf er endlich ins Training einrücken?

Dies alles ist für die Betroffenen mit Schmerzen verbunden, auch solchen finanzieller Art. So mag man die Bitterkeit verstehen, mit der die Knie-Fälle der Sportstars aller Windrichtungen beklagt werden, bis zum Aufschrei des französischen Fernsehsehers Antenne 2 in Sachen Hinault über „das Knie der Nation“. Dennoch, man scheint sich nach Abwechslung. Und wäre es ein ganz gewöhnlicher Ziegenpeter. Wo, übrigens, sind die Zeiten, wo allein Damenknie die Publizistik in Atem hielten?



KLAUS BÖHME

Nachher sind viele klüger

Von Manfred Schell

Spieler, gefolgt oder verhaftet, werden wohl auch noch in den kommenden Wochen für Schlagzeilen sorgen. Jedenfalls ist ein Kreis von Personen ins Visier der Abwehr geraten. Alte Akten werden durchforstet. Lebensläufe von Geheimnisträgern, von denen es allein in Bonn Tausende gibt, werden abgeklippt. Überraschungen sind nicht ausgeschlossen.

Insofern könnten die Fälle Tiedge, Lüneburg und Willner auch gute Beispiele sein – so depressiv sie sind. Dem beliebten Argument freilich, auch die Flucht von Spionen sei schließlich ein Erfolg, weil Ost-Berlin dadurch Quellen verliert und das östliche Agentennetz nervös werde, fehlt die letzte Überzeugungskraft. Noch besser wäre es, Ost-Berlin verliere seine Agenten, bevor sie zu Quellen werden.

Aber die Sozialdemokraten, die jetzt den Rücktritt des Bundesinnenministers fordern: wieviel haben sie zur Sicherheit des Staates beigetragen? Abgesehen davon, daß Frau Willner unter dem Kanzleramtsschirm in die Regierungszentrale übernommen wurde, ist da der Fall Guillaume.

Die Eschenburg-Kommission hat im November 1974 dazu gefordert: „Besondere Sorgfalt wäre aber auch deshalb am Platze gewesen, weil den Sicherheitsdienststellen seit Mitte der sechziger Jahre bekannt war, daß in der Zeit von 1955 bis 1981 besonders viele Agenten aus der DDR eingeschleust worden waren.“ In einem Vermerk der zuständigen Abteilung des Innenministeriums an den damaligen Bundesinnenminister Baum (FDP) vom 24. April 1979 heißt es: „Von allen erkannten Agenten ... waren 30 Prozent Zuwanderer; auch so weit diese Agenten unter Legende tätig geworden sind, wies die Legende sie zu 95 Prozent als Zuwanderer aus.“

Damals ging es um eine Neufassung der Richtlinien für die Sicherheitsüberprüfung. Durch einen Schriftwechsel zwischen Baum und Schumde ist belegt, daß sich der SPD-Politiker gegen eine verschärfte Überprüfung von „Zuwanderern“ aus der „DDR“ sperrte. Staatssekretär Hartkopf vom Bundesinnenministerium hat in einem Vermerk vom 18. April 1979 ein Gespräch mit Schumde so beschrieben: „Beim Problem der Zuwanderer hält Minister Schumde seine Auffassung aufrecht, daß der Bundesinnenminister bisher den

Beweis für die besondere Gefährdung aus diesem Personenkreis schuldig geblieben ist. Es müsse daher dem Bundesinnenminister zugemutet werden, anhand konkreter Zahlen aus den letzten Jahren das behauptete erhöhte Sicherheitsrisiko zu beweisen. Dieser Beweis ist nach Ansicht von Minister Schumde nicht zu führen. Selbst wenn die Risikorate etwas höher läge als normal, müsse demgegenüber der allgemeinpolitische innerdeutsche Aspekt den Vorrang erhalten.“

Nicht nur das. Auch sonst wurde dem Datenschutz Vorrang vor der Sicherheit gegeben. Mit dem Schlagwort vom „Schlüsselstaat“ wurde den Verfassungsschutzbehörden der Zugriff auf die Melderegister verweigert, obgleich Einschleusungswege des MIS am leichtesten über sie aufgedeckt werden können. Versäumt wurde auch, Lebensgefahren in die Sicherheitsüberprüfungen von Beamten und Angestellten einzubeziehen, obwohl gerade über sie so oft die östliche Spionage ansetzte. Man sollte zudem annehmen, daß jeder, der in sensiblen Positionen beschäftigt werden möchte, eine Überprüfung seiner Person und seines Umfeldes akzeptiert und das weder für Spionagetätigkeit, noch bezogen auf frühere Bewohner der „DDR“, für Diskriminierung hält.

Dies alles kann und sollte gerade jetzt erörtert werden, und zwar am besten mit denjenigen, die den Rücktritt von Bundesinnenminister Zimmermann fordern. Soweit allein von „politischer Verantwort-



„Selbst wenn die Risikorate höher läge“, Schumde FOTO: DPA

lung“ geredet wird, geht das fehl. Sie wäre dann gegeben, wenn Zimmermann Fehler bei der Einschätzung der Sachverhalte unterlaufen wären oder wenn er die Personalauswahl bei Schlüsselpositionen fahrlässig gehandhabt hätte.

Das hat auch die SPD bisher nicht vorgebracht. Der Hinweis auf den Rücktritt des früheren Verteidigungsministers Georg Leber verfehlt nicht. Leber mußte nicht gehen, weil es in seinem Amtsbereich gravierende Spionagefälle gegeben, sondern weil er dem Parlament Auskünfte über „Lausachgriffe“ des ihm unterstellten Militärischen Abschirmdienstes vorenthalten hatte.

Jedoch werfen Kritiker dem Bundesinnenminister vor, er hätte im Fall Willner dem Drängen des Verfassungsschutzes nachgeben und einen Antrag zur Überwachung des Post- und Telefonverkehrs bei der zuständigen Kontrollkommission des Parlaments stellen müssen. In der Tat ist es nicht undenkbar, daß durch solche Überwachung der Nachweis für eine Agententätigkeit Herbert Willners doch noch hätte geführt werden können. Hier aber hat das Innenministerium (der Minister selbst war damit nicht befaßt) entschieden, auf diesen Eingriff zu verzichten, weil das Beweismaterial des Verfassungsschutzes nicht ausreichte.

Tatsächlich verlangt das Gesetz „konkrete Anhaltspunkte“, und wenn solche Anhaltspunkte nicht vorliegen, sondern nur ein „ungutes Gefühl“ und ein verschlungener Werdegang, so reicht das nach der jetzigen Gesetzeslage für G-10-Maßnahmen nicht aus. Auch den Generalbundesanwalt hat das nicht überzeugt, was der Verfassungsschutz erbringen konnte. Über das Gesetz aber kann sich auch der Minister nicht aus politischen Gründen hinwegsetzen.

Die Frage lautet nun, ob der Fall Willner beweist, daß das Gesetz höhere Anforderungen stellt, als mit der Sicherheit des Staates vereinbar ist. Wenn ja, dann muß man es ändern. Am besten wäre es, Zimmermanns Kritiker Vogel setzte sich mit dem Minister zusammen und prüfte diese Frage. Es wäre jedenfalls nicht logisch, an dieser Fassung des Gesetzes festzuhalten und den Minister zu bestrafen, weil sein Amt sich auch daran hielt.

Im Kern ist Amerikas Bankensystem gesund

Neugründungen und Gewinne nehmen zu / Von Horst-Alexander Siebert

Es gehört schon viel Kühnheit dazu, aus den kleinen Krisen im US-Bankensystem eine bevorstehende große zu konstruieren, wie es jetzt in einem Informationsdienst geschehen ist. So brüchig ist Amerikas Finanzstruktur nicht, auch wenn die Zahl der Problem-Institute wächst und in diesem Jahr vielleicht hundert pleite gehen. Niemals wiederholten werden sich Katastrophen wie 1907 und 1933.

Natürlich beschleicht einen Unbehagen, wenn so große Namen wie BankAmerica, First Chicago oder das Federal Farm Credit System, ein riesiges Netz landwirtschaftlicher Genossenschaftsbanken, ins Gerede kommen. Aber schon die Beibehaltung der Continental Illinois im Mai 1984 hat als warnendes Beispiel ausgedient. Teilweise ist und mit gezielten Geldspritzen versehen, ist die damals schtröngste US-Bank auf dem Wege der Besserung und Reprivatisierung.

Vermutlich macht es die Angst ums Geld, daß „Shakeouts“ unter

Banken und Sparkassen so viel mehr Aufsehen erregen als Konkurse von Industriefirmen. Von ihnen springen in den USA jährlich etwa 20 000 über die Klinge. Vergessen wird, daß auch Finanzinstitute Teil des marktwirtschaftlichen Ausleseprozesses sind, solange es den Aufsichtsbehörden gefällt.

Weiter: Stünde eine Krise bevor, gäbe es in Amerika nicht so viele Neugründungen von Banken. Ihre Zahl ist jedoch seit 1981 von 14 913 auf 15 046 gestiegen. Hinzu kommt, daß von den rund hundert Instituten, die in diesem Jahr geschlossen werden, achtzig weiter existieren, meistens unter dem Namen der übernehmenden Bank. Ohne Not fusionieren in Amerika überdies jährlich etwa tausend Institute, aber die Neugründungen sorgen dafür, daß sich das Konzentrationsniveau seit vierzig Jahren nicht verändert hat.

Es ist keine Frage, daß viele US-Banken eine zweifelhafte, leichtsinnige Ausleihpolitik betrieben haben, daß die Zahl der Pleiten und

Problem-Institute hoch ist und daß die faulen Farm-, Energie-, Schiffbau- und internationalen Kredite noch lange große Schmerzen verursachen werden. Die Masse der Banken in den Vereinigten Staaten ist jedoch betriebswirtschaftlich gesund, das heißt, sie machen Gewinne und verfügen über qualitativ gute Bilanzsummen sowie tadellose Einrichtungen.

Untätig geblieben sind überdies weder die Aufsichtsorgane wie die US-Notenbank, der Comptroller of the Currency und die Federal Deposit Insurance Corporation (FDIC), die alle Einlagen bis zu 100 000 Dollar versichert, noch der Gesetzgeber. So haben sich die im Dezember 1981 erlassenen Eigenkapital-Richtlinien als eine wichtige, Vertrauen schaffende Risikoabsicherung erwiesen. Angestrebt wird ein noch größerer Schutz bei besonders riskanten Ausleihungen.

Bei Holdinggesellschaften beträgt das Verhältnis von Grundkapital und Rückstellungen zur Bilanzsumme heute in Amerika 6,33

IM GESPRÄCH Jürgen Merschmeier

Auf schnelltem Weg

Von Günther Bading

Jürgen Merschmeier hat einen ungewöhnlichen Weg beschritten, um Journalist zu werden. Der am 16. November 1946 im westfälischen Münster geborene neue Sprecher der CDU hat nach dem Abitur zunächst in seiner Heimatstadt und dann in Rom und in Bonn katholische Theologie studiert. Danach allerdings zog er es vor, sich der Politik und später dem Journalismus zu widmen.

Im Konrad-Adenauer-Haus, wo er seit Anfang dieser Woche für die Partei spricht, der er seit 1971 angehört, begann Merschmeier 1973 seine Tätigkeit als persönlicher Referent des damaligen CDU-Bundesgeschäftsführers Karl-Heinz Bilke. Und er stürzte sich in die Kommunalpolitik. Seine Bonner CDU-Karriere wies als erste Station den Vorsitz in der Jungen Union auf. Später wurde er stellvertretender Sprecher des Bonner Kreisverbandes der CDU. Von 1975 bis 1977 gehörte er dem Rat der Stadt Bonn an.

Im April 1977 trat Jürgen Merschmeier in die Redaktion der „Kölnischen Rundschau“ ein. Von da an ging alles sehr schnell. Schon im November 1977 beendete er das Volontariat und begann, was in diesem Stadium ungewöhnlich früh ist, sofort mit der Parlamentarischen Berichterstattung aus Bonn für seine Zeitung. Anfang 1983 hatte er es in der „Kölnischen Rundschau“ schon bis zum stellvertretenden Chefredakteur gebracht.

Jürgen Merschmeier gilt als ein Mann, der nicht nur schnell denken und dabei gut formulieren kann, sondern der auch zu raschen Entscheidungen fähig ist. Das bewies er am 1. Dezember 1982. Das freie Fernsehen begann gerade, seine ersten Sendungen vorzubereiten, als er seine Position bei der Zeitung verließ und in das Team des „Aktuell-Presse-Fernsehen“ (APF) eintrat. Das elektronische Medium



Setzt auf das persönliche Gespräch: CDU-Sprecher Jürgen Merschmeier FOTO: AP

kam seiner Fähigkeit entgegen, Sachverhalte knapp und bündig, dabei aber verständlich darzustellen. Dennoch entzog er sich nicht der Chance, die sich ihm mit dem Auslaufen des Vier-Jahres-Vertrages von Wolter von Tiesenhausen bot, der vom Parteivorsitzenden Helmut Kohl in das Sprecherteam geholt worden war, jetzt aber wieder in den aktiven Journalismus zurückkehrt.

Schon in seiner Zeit bei der „Kölnischen Rundschau“ hatte Merschmeier guten und engen Kontakt zu CDU-Generalsekretär Heiner Geißler und Parteigeschäftsführer Peter Radunski gehalten. So lag es nahe, daß beide dem tüchtigen jungen Mann, der über exzellente Kontakte nicht nur in der Politik, sondern auch in der Bonner Journalistenszene verfügt, ein Angebot machten. In seinem neuen Amt will Jürgen Merschmeier dem Waschtisch-Journalismus mit zahllosen schriftlichen Pressemitteilungen pro Tag den Kampf ansagen. Er setzt auf das persönliche Gespräch.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

SÜD-OUEST

Die in Bonn am 1. Dezember 1982 erschienene Zeitung trug den Titel: „Der Staat ist ein Gefangenhaus“.

Es war die Aufgabe des Verteidigungsministers, nach den direkt gegen ihn erhobenen Vorwürfen Rede und Antwort zu stehen. Das hat er getan. Er hat jedoch nicht den geringsten Beweis erbracht und gleichzeitig auch nicht geleugnet, daß er den Spionageauftrag gebilligt hatte und daß eine Nichtbeachtung seiner Befehle durch die DGSE-Agenten nicht auszuschließen sei. Es fällt einem schwer, zu glauben, daß die Regierung über keine zuverlässigen Informationen verfügt, die es ihr zumindest erlauben würden, die wirklich Schuldigen zu bestrafen. Wahrscheinlich sind Herrn und vor allem François Mitterrand der Ansicht, daß Frankreichs Verteidigungspolitik bei allen Franzosen genügend Unterstützung findet, um nichts unternommen zu müssen, was diesem Konsens schaden könnte.

SÜDWEST PRESSE

Das Unterthema heißt: „Zimmermanns und seiner Spitzenbeamten klebt der Makel einer erheblichen Fehleinschätzung der Gefährdungslage.“

Zimmermann war bekannt, daß die Spionageabwehr eine Chefsekretärin im Kanzleramt im Visier hatte. Die Regierungszentrale ist bekanntlich kein Patentamt oder eine Versorgungskasse. Günter Guillaume war nahe am damaligen Kanzler Brandt dran, aber die Sekretärin Willner viel näher an geheimen Vorgängen. Man

hat den Minister nachdrücklich auf diese Gefahrenlage hingewiesen, ohne erkennbaren Erfolg.

ABENDZEITUNG

Zur Spionageaffäre heißt es in dem Münchner Blatt:

Nach dem derzeitigen Stand der Erkenntnisse ist dem Innenministerium des Dr. Friedrich Zimmermann, aus dessen Wirkungsbereich das spionageverdächtige Ehepaar Willner entstanden konnte, ausdrücklich zu applaudieren. Und die Opposition, eingeschlossen der Jurist Dr. Hans-Jochen Vogel, macht sich mit ihrem Lechzen nach dem Blute des Ressortchefs lächerlich. Nach der eigenen, aber anscheinend unwiderlegbaren Darstellung hat das Ministerium mit genau der Skrupellosigkeit, die eine auf Wahrung der Bürgerrechte eingeschworene Opposition von ihm verlangen muß, auf die Ansinnen der Verfassungsschutz reagiert, heimlich oder offen in die Bürgerrechte der Verdächtigen einzugreifen.

NEUE RUHR ZEITUNG

Zur Brandt-Reise weist das Essener Blatt:

Brandts Reise in der DDR ist also auch eine Reise in seine politische Vergangenheit. Er wird sich wohl in Ost-Berlin und in Thüringen nicht in Sentimentalitäten verlieren, aber möglicherweise wird er gerade in diesen beiden Tagen prüfen, was von seiner Politik des Aufbruchs in den späten 60er und frühen 70er Jahren geblieben ist, was sich als dauerhaft erwiesen hat. Viele Hoffnungen dieser Jahre haben sich nicht erfüllt.

Frankreichs Schiffer drohen im Wettbewerb unterzugehen

Die selbständigen französischen Binnenschiffer stecken in der Krise. Mit einer Seilblockade in Paris protestieren sie gegen die Härten des Wettbewerbs, in dem vor allem die kleinen Schiffseigner kaum noch konkurrenzfähig sind. Der Verkehrsweg Wasser gerät gegenüber Straße, Luft und Schiene immer mehr ins Hintertreffen.

Von JOACHIM SCHAUFUSS

Seit gut zwei Wochen ist die Seine auf der Höhe des Pariser Regierungsviertels gesperrt. Zwischen der Concorde und der Alexandre-Brücke liegen um die 50 Lastkähne in mehreren Reihen quer. Sie stören vor allem die Touristen. Wer ein „Bateau-Mouche“ bestiegt, bekommt gerade noch den Eiffelturm zu sehen. Als Ersatz für Notre-Dame zeigt man ihm stromabwärts jetzt das wenig erbauliche Fabrikgelände von Renault in Boulogne-Billancourt aus der Flußperspektive.

Die selbständigen Binnenschiffer (Bateliers) proben wieder einmal den Aufstand. Vor einem Jahr gingen sie gegen die im Namen der Reedereien verkehrenden „Kollegen“ vor, die inzwischen die Hälfte des französischen Binnenschiffverkehrs bestreiten, und zwar mit der Forderung, sie sollten ihnen, den Selbständigen, einen Teil der Kohlentransporte abtreten. Diesmal wollen sie vor allem eine günstige Aufteilung der Getreidetransporte erwirken.

Bisher besaßen die Unabhängigen in diesem Sektor der Binnenschiffahrt das Monopol. Jetzt aber dürfen auch die Schiffe der Reedereien unbegrenzt Getreide befördern. Die Regierung hat sie dazu ermächtigt, weil die Getreideernte im letzten Jahr einen Rekord erreichte und auch in diesem Jahr sehr reichlich ausgefallen ist. Allerdings sollen durch diese Ermächtigung wohl auch bei den Reedereien drohende Entlassungen verhindert werden.

Außerdem wenden sich die „Bateliers“ – und da sind sie sich mit den Selbständigen einig – gegen die zunehmende Konkurrenz der französi-

schen Staatsbahnen (SNCF), die ihnen, so behaupten sie, zu Dumpingpreisen Kunden abjagen. Tatsache ist aber, daß die Kilometertonne auf dem Wasserweg nur etwa ein Drittel der Eisenbahntarife kostet. Allerdings hat die Bahn ihre Wettbewerbsfähigkeit jedenfalls beim Getreide dadurch erhöht, daß sie neue Anschlußgleise bis zu den Silos baute.

Gleichwohl ist die Binnenschiffahrt in diesem Bereich immer noch mit 43 Prozent am gesamten Verkehrsaufkommen beteiligt. Auch beim Baumaterial ist ihr Anteil von 44 Prozent beachtlich – allerdings bei insgesamt stark rückläufigen Verkehrsleistungen infolge der Baukrise. Das gleiche gilt für die Kohle (47 Prozent) und die Erdölprodukte (39 Prozent), deren Verkehr unter der Konkurrenz der Kernenergie und unter dem Energiesparprogramm zu leiden hat.

Mit 8,8 Milliarden Tonnenkilometern stellte die französische Binnenschiffahrt 1984 nur noch 5,7 Prozent des gesamten französischen Verkehrsaufkommens – gegenüber 7,8 Prozent im Jahre 1971. Gleichzeitig ist allerdings auch der Anteil der Schiene von 37 auf 33,5 Prozent zurückgegangen, während der Straßenverkehr seinen Anteil von 40 auf 46 Prozent ausdehnte. Er und der Luftverkehr waren die großen Nutznießer der Strukturveränderungen im Verkehrswesen.

Nun weisen die französischen „Bateliers“ darauf hin, daß in der Bundesrepublik die Binnenschiffahrt ihren Marktanteil laufend vergrößert und inzwischen auf über 20 Prozent gebracht habe. Sie vergessen aber hervorzuheben, daß ein großer Teil der deutschen Industrie an dem mit großen Lastschiffen befahrbaren Rhein angesiedelt ist. Demgegenüber besitzt Frankreich über 20 Prozent der Binnenschiffahrt, aber nur einen kleinen Teil der Industrie. Aber es ist sehr eng angelegt und mit zahlreichen verkehrsbehindernden Schleusen versehen, deren Unterhaltung überdies zu wünschen übrig läßt.

Wenn der Rhein-Rhône-Kanal endlich gebaut und damit der Anschluß an das deutsche Schiffsnetz hergestellt würde, wären wir ge-

rettet“, behaupten die Bateliers. Aber mit ihren derzeitigen Lastkähnen, von denen keiner mehr als 400 Tonnen befördern kann, würden sie wohl kaum konkurrenzfähig sein. Im übrigen hat die Regierung das Kanalprojekt aus Gründen der Sparsamkeit zunächst einmal zu den Akten gelegt. Für die Infrastruktur und die Unterhaltung des französischen Binnenschiffahrtsnetzes gibt sie in diesem Jahr gerade 100 Millionen Franc (rund 33 Millionen Mark) aus. Zum Vergleich: In der Bundesrepublik sind es 1,7 Milliarden Mark.

Rückständig sind aber vor allem die Bateliers selbst. Dieser noch 2800 Personen umfassende Berufsstand hat sicherlich nicht den Wettbewerb erfunden. Er war von jeher korporativ und auf Privilegien wie kartellmäßige Absprachen bedacht. Daß auch heute noch kein Kunde seinen Schiffer selbst auswählen darf, mußt in einem marktwirtschaftlichen System fast mittelalterlich an. Und wenn er sich nach der Entladung in der Reihe der wartenden Schiffe hinten anstellen muß, andernfalls ihm Öl in seine Getreideladung gekippt werden kann, so grenzt das fast an Mafia-Methoden.

Daß unter solchen Umständen immer mehr Kunden zur Bahn abspringen, überrascht nicht, zumal sie dort auch sich verständlich beraten werden, während sich die Schiffer als reine Transporteure verstehen. Im Grunde wäre es ihnen am liebsten, der Staat würde ihnen eine Rente zahlen. Dann könnten sie sich mit ihren farbenprächtigen Traditionsfesten hauptsächlich der Folklore widmen. Nur ist auch auf Frankreichs Flüssen und Kanälen Romantik heute kaum noch gefragt.

Die Regierung hat bisher der Seilblockade gelassen zugehört: Solange eine Notfahrtrinne offengehalten wird, sollen die Bateliers ruhig „streiken“. Auch hat man ihnen zur Beschäftigung Aufschwung von Steuer- und Sozialversicherungs-Zahlungen in Aussicht gestellt. Aber in der Sache selbst wird man hart bleiben. Auch die Bateliers müssen sich dem Wettbewerb stellen. Es sieht nicht gut aus für diesen Berufsstand.



Im Foyer des Staatsrats-Gebäudes empfing SED-Chef Erich Honecker Willy Brandt, der zuvor die Opfer des Faschismus mit einem Kranz geehrt hatte. FOTOS: DPA/AP

Eine Begegnung auf Distanz

Mit allen protokolllarischen Aufmerksamkeiten, die sonst für Regierungschefs reserviert sind, ist SPD-Chef Willy Brandt in Ost-Berlin empfangen worden. Die SED-Führung will die Affäre Guillaume vergessen machen.

Von PETER PHILIPPS

Rund 15 Jahre nach Erfurt, nach den lauten „Willy, Willy“-Rufen, blieb es auf Berlins alter Prachtstraße unter den Linden fast gespenstisch still: Ein erster SPD-Vorsitzender, der seine Frau Brigitte mit einer dezentierten Geste an seine Seite winkle, war vor Schinkens Alter Wache einem dunkelblauen Volvo entstieg, um ein Blumenbouquet mit gelben Astern und Chrysanthemen am Mahmal für die Opfer von Faschismus und Militarismus niederzulegen, an Urnen, die Sand von den Schlachtfeldern bei Stalingrad, Narvik oder El Alamein, aber auch aus dem KZ Buchenwald enthielten. „Den Opfern des Naziregimes und der Kriege“ sowie „Willy Brandt“ stand auf den beiden schwarz-rot-goldenen Schleifen, die abends auch ausführlich in der Nachrichtensendung des „DDR“-Fernsehens „Aktuelle Kamera“ gezeigt wurden.

Ein einziger verschämter „Willy“-Ruf tönte von der anderen Straßenseite herüber, als der SPD-Vorsitzende nach einer Gedenkminute die Halle wieder verließ, um nebenan im Alten Zeughaus das „Museum für deutsche Geschichte“ zu besichtigen. Ansonsten hatten sich ringsum, hinter weitläufig gespannten Absperrkordeln zwar einige hundert Zuschauer versammelt – darunter viele Besucher aus dem Westen –, aber kein Ton war zu hören. Stumm verfolgte die Menge den Auftritt, der in keiner „DDR“-Zeitung angekündigt war.

Es war aber auch aus anderem Grund ein ungewöhnliches Schauspiel: Die „DDR“-Führung hatte dem Wunsch Brandts entsprochen und auf den sonst üblichen Stechschritt-Aufmarsch des Volksarmee-Wachbattalions verzichtet. Es war, wie erfahrene Beobachter anmerkten, eine von vielen Gesten, mit denen die SED dem ehemaligen Bundeskanzler im Andenken an den von ihr ausgelösten Rücktritt entgegenkam. In diese Rubrik gehört auch ein Artikel des Bonner sozialdemokratischen Presse-

dienstes „ppp“, den die SED-Partei-Zeitung „Neues Deutschland“ gestern kommentarlos nachdruckte und in dem darauf hingewiesen wurde, daß Brandts erster offizieller Besuch nach nunmehr fünfzehn Jahren auch „mit den Bestimmungen in der Guillaume-Affäre“ zusammenhänge. Brandt selbst, in kleinerem Kreis darauf hingewiesen, sprach für sich davon, daß „ich weiß, was man tunlichst irgendwo einkapselt, wenn man vernünftiges tun will“. Aber: „Wichtiges vergißt man nicht.“

Die ausdrucksvollste Geste aber war vermutlich Honeckers Entschluß, das vereinbarte Protokoll umzustößeln und Brandt bereits im Foyer des Staatsratsgebäudes entgegenzugehen, anstatt ihn – wie sonst üblich – erst im Empfangsraum im ersten Stock zu begrüßen. Im hellen Anzug, um Gelöstheit bemüht, trat der erste Mann der SED dem ersten Mann der SPD gegenüber. Mit starren Gesichtsausdruck war Brandt, im dunkelblauen Anzug, durch das Portal des alten Berliner Schlosses getreten, unter dem Balkon hindurch, von dem aus 1918 Karl Liebknecht versucht hatte, eine sozialistische Republik auszurufen.

Brandt mühte sich immer wieder um eine freundliche Miene, als beide gemeinsam vor den Kameras posierten, doch es gelang kaum. Selbst die tiefere, aber wohl unbeabsichtigte Ironie konnte ihn nicht sichtlich erheitern, als ein von Fotografen umzingelter und genervter Honecker sagte: „Wir sind ja die reinsten Gefangenen.“

Zwei über Siebzigjährige setzten sich hier an einen Tisch, die beide, auf ihre Weise, die gemeinsame Geschichte aller Deutschen als Basis ihrer Politik ansehen, doch der eine, um nach Mitteln zur Stärkung der Zusammengehörigkeit, zu suchen, der andere, um den eigenen Teilstaat auf Dauer stark und lebensfähig zu machen und auf diese Weise die Teilung zu zementieren. Zwei Männer, die das Ende ihres politischen Lebens vor Augen haben und das von ihnen Erreichte sichern wollen, saßen sich – zuerst mit ihren Begleitern im Konferenzraum, später unter vier Augen im Arbeitszimmer des SED-Chefs – gegenüber.

Um einerseits möglichst lange und ohne Unterbrechung miteinander reden zu können, wurde das Abendessen gestrichen und durch ein Arbeitsessen am Mittag ersetzt. Brandt schlug in seiner Tischrede den Bogen von der ersten innerdeutschen Spitzenbegegnung 1970 in Erfurt bis heute, schob „die früher so genannten

deutschen Querelen“ als „Bedeutungslosigkeit“ ins Abseits. Statt dessen sprach er von „der deutschen Chance“, die „für eine nicht überschaubare Zeit davon abhängt, was die beiden Staaten für die Sicherheit in Europa zu leisten vermögen“.

Es waren zwei Gedanken, die sich durch alle Reden Brandts in Ost-Berlin zogen: Die SPD „setzt sich nicht an die Stelle der Bundesregierung“, sondern wolle „diese unterstützen, wo es um den Ausbau der praktischen Zusammenarbeit geht“. Hierzu war in der SPD schon vor Antritt der Reise mit viel Nachdruck darauf hingewiesen worden, daß die Bundesregierung Brandt „sehr gut informiert“ sowie „vollständig und erstklassig über alle aktuellen bilateralen Fragen“ unterrichtet habe.

Insbesondere Kanzleramtsminister Schäuble hat offenbar neben den auf solchen Reisen traditionell auch angesprochenen humanitären Einzelproblemen eine dicke Mappe mit umfangreichen Unterlagen via Bahr an Brandt geleitet. Brandt wollte denn auch „die berechtigten Wünsche der Bundesregierung, man kann sogar dabei sagen der Bundesrepublik, in Ost-Berlin unterstützen und fördern“, wie es ein Vertrauter ausdrückte. „Kontinuität“ tauchte in diesem Zusammenhang immer wieder als Schlüsselwort auf.

Der andere Gedanke war bereits in Erfurt von Brandt ausgesprochen worden, wurde in seiner Tischrede von ihm selbst wieder aufgegriffen: „Wir sind uns sicher einig, daß von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen darf.“ Von den „identischen Sicherheitsinteressen“ war immer wieder die Rede. Ein Brandt-Vertrauter brachte dies auf die Formel: „Im Untergang wären wir vereint“, dies dürfte aber „nicht die Perspektive“ sein. In seiner Tischrede sagte Brandt: „Beide Staaten, loyal in ihren Bündnissen, die für eine nicht überschaubare Zeit bleiben werden, erkennen ihre gemeinsame Verantwortung an, nützen die Chance ihrer Nähe, um – auch im Interesse ihrer Freunde – ihren hoffentlich nützlichen Beitrag zu leisten, damit das unfruchtbare Gegeneinander der Bündnisse schrittweise durch eine Partnerschaft der Sicherheit abgelöst werden kann.“

Trotz aller freundlichen Worte und Gesten wurde dies kein Besuch der Umarmungen, sondern die Distanz der grundsätzlichen Differenzen blieb unübersehbar. In der SPD-De-

legation ließ die örtliche Markierung in Ost-Berlin ebenso wie der bevorstehende Jahrestag der Zwangsvereinigung in der damaligen Ostzone zur SED nichts anderes aufkommen – von Mauer, Stacheldraht und Todesstreifen ganz abgesehen, die am Mittwoch bei der Überfahrt von der Bornholmer Straße nicht übersehen werden konnten.

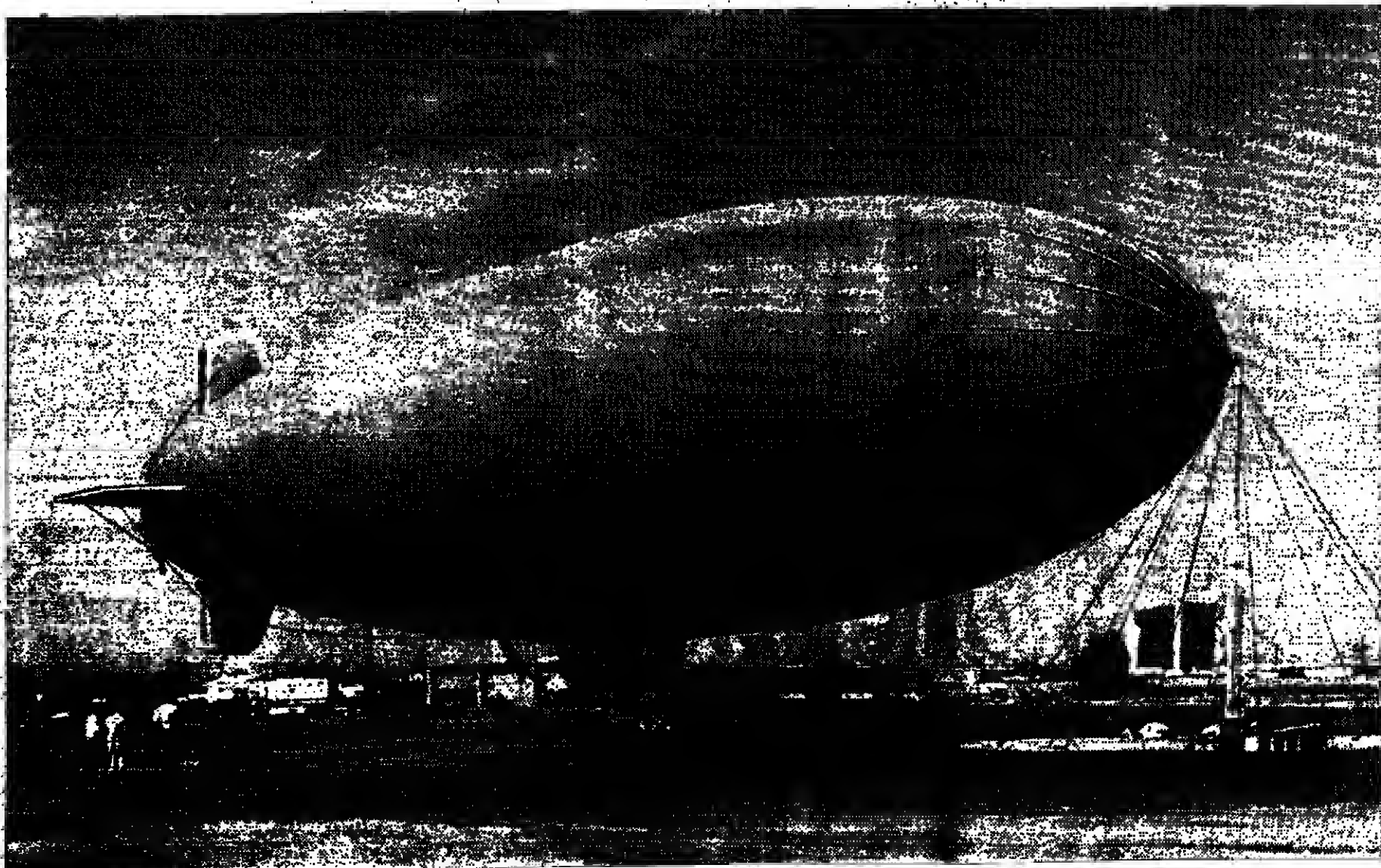
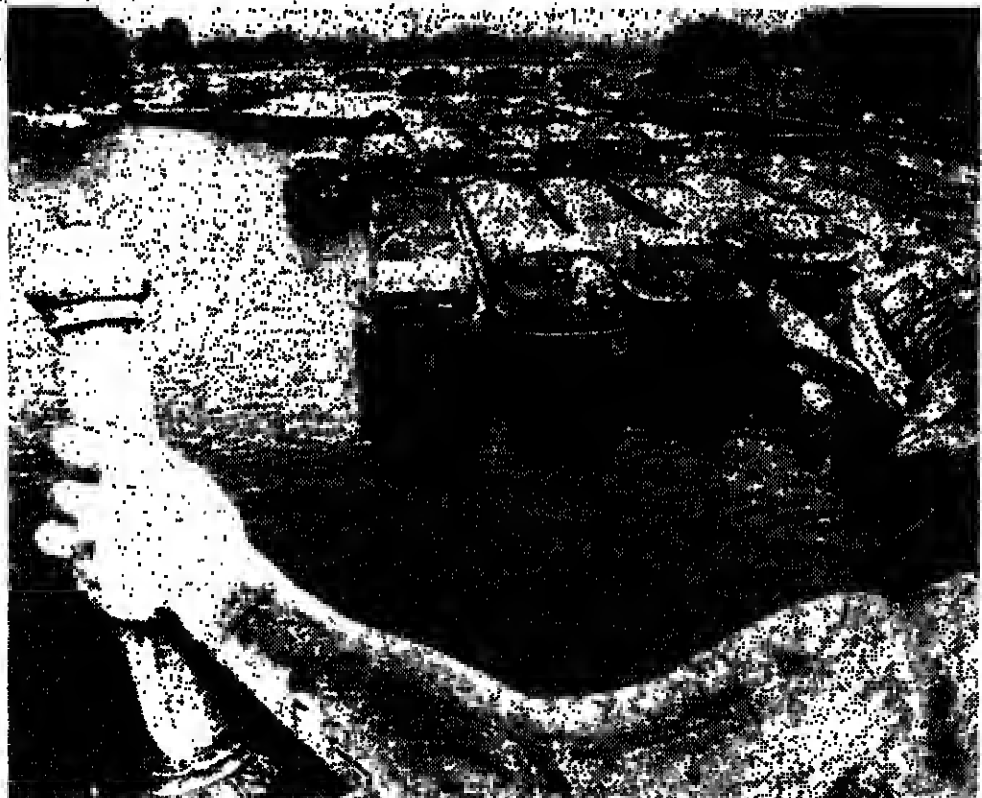
Brandt selbst griff dies während seines mehr als einstündigen Museumsrundgangs auf, als ihm auch Exponente der Arbeiterbewegung, der Geschichte der SPD bis 1945 und ein Aufruf des Jahres 1936 aus Paris gegen das NS-Regime in Deutschland gezeigt wurden, unter dem auch der Name „W. Brandt“ stand. Er verwies auf die Vergangenheit, die so weit zurückliege, daß eine Ausstellung der SED in dieser Form möglich sei. Die Zeit bis zu den sechziger Jahren, also auch die Phase von Verfolgung und Zwangsvereinigung der Sozialdemokraten, wurde denn auch von der Museumsleitung lieber ausgespart. Die Führung wurde in einem anderen Raum fortgesetzt.

Ein Begleiter sprach davon, daß das, was vor fast 40 Jahren geschehen sei und dessen die SPD im kommenden April auch entsprechend gedenken werde, „von niemandem vergessen ist, von Willy Brandt am allerwenigsten“.

„Tacheles“ wollte der SPD-Vorsitzende bei seinen Gesprächen mit der SED-Führung reden. Die ideologische wie auch durch die persönliche Erfahrung als Regierender Bürgermeister von Berlin begründeten und verstärkten Reserven gegenüber den Mächtigen in der „DDR“ wollte Brandt überhaupt nicht verstecken. Mehr als zwei Jahre lang hatte er die Einladung immer wieder liegenlassen. Jetzt, meinte er, wäre es wohl „komisch“ gewesen, wenn er in allen Hauptstädten der westlichen und östlichen Welt herumreise und dort für seine Vorstellung von Sicherheitspartnerschaft werbe. Ost-Berlin aber auspare.

Und der Gast mutete dem Gastgeber SED auch zu, daß er sich mit den Kirchenführern Bischof Hempel und Konsistorialpräsident Stolpe zum vertraulichen Treffen zurückzog, um mehr über das zu erfahren, was die Menschen zwischen Elbe und Oder bewegt, als er von den Herrschenden erfahren konnte. „Was Stolpe von der DDR nicht weiß, lohnt nicht zu wissen“, sagte einer der Begleiter.

Da liegen sie und rühren sich nicht mehr. Zwischen der Pont Alexandre III und der Pont de la Concorde (im Hintergrund) sperren in Paris ein halbes Hundert „Bateliers“ mit ihren Lastschiffen die Seine. Sie protestieren nicht nur gegen die Konkurrenz der Eisenbahn, sondern auch gegen die Konkurrenz zu Wasser, die Reedereien. In Frankreich, dem Land mit dem dichtesten Wasserstraßen-Netz Europas, ist der Anteil der Binnenschiffahrt an gesamten Frachtverkehr auf 5,7 Prozent gesunken. FOTO: AP



Innovations-Bank

Das gute alte Luftschiff ist heute ein Oldtimer der Technik. Und doch ist es seit den Zeiten des Grafen Zeppelin ein Symbol dafür, daß auch kühne Innovationen realisierbar sind. Heute sprechen viele innovative Unternehmer mit der IKB. Versprechen ihre Investitionen Erfolg, geben oder vermitteln wir ihnen Langfristkapital zu annehmbaren Konditionen – auch für die Verwirklichung weitgreifender Pläne. Die Unternehmerbank sorgt für Rückenwind. Wann sprechen Sie mit uns?

Industriekreditbank AG
Deutsche Industriebank



Die Unternehmerbank

Düsseldorf Berlin Frankfurt Hamburg München Stuttgart Luxemburg

Berlin bleibt ein Magnet im In- und Ausland

hrk. Berlin

Neue Rekordzahlen für den Monat Juli beweisen, daß die „Berlin-Weile“ ungebrochen ist und die Stadt in der Gunst der Besucher aus dem übrigen Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und dem Ausland voran liegt. 130 000 Besucher kamen allein aus Westdeutschland – ein Drittel mehr als im Juli 1984. Rund 10 000 Amerikaner sahen sich die alte Reichshauptstadt an. Insgesamt reisten in den vergangenen sieben Monaten zwölf Prozent mehr Berlin-Touristen an als vor einem Jahr – knapp eine Million. Im Durchschnitt hielten sich die Gäste knapp drei Tage auf.

Zu den besonderen Anziehungspunkten dieses Sommers zählen die

natur im Oktober Zigaretten noch gefährlicher als angenommen.

natur bringt die Testergebnisse über den Anteil von Cadmium, DDT und Nitrat. 35 Marken auf dem Prüfstand: Zigaretten: Alka, brunette, Camel, Ernte, Gauloise, Gitanes, HB, Krone, L & M, Lord, Marlboro, Mary Long, Pall Mall, Parisienne, R.G. Reval, Reyno, Roth-Hande, Selaci, Peter Stuyvesant, West, Zigarettenfabrik, Drum, Javanese, Jangens, Samsen, Van Nelle, Pfeifentabak, Danish de Luxe, Germain's Mixture No. 7, Mac Baren Mixture, Rum and Maple, Sweet Dublin, Zigaretten: Corps Diplomatique, Herbstjagd, Hirschsprung, Nuestra Glorie, Quintero.

natur Das Umweltmagazin.

Jetzt im Handel.

Bundesgartenschau, die Ausstellung alter Schätze aus dem Kaiser-Palast in Peking und die Veranstaltungen des Kulturspektakels „Sommer-nachtsraum“.

Pharmazie soll solidarisch sein

Mk. Bonn

Bundesarbeitsminister Norbert Blum hat die pharmazeutische Industrie zu einem Solidaritätsbeitrag zur Kostenstabilisierung im Gesundheitswesen aufgefordert. In einem Gespräch mit dem Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie stimmten beide Seiten gestern in Bonn überein, daß die Ausgabenbegrenzung der gesetzlichen Krankenversicherung für Arzneimittel um 6,4 Prozent im ersten Halbjahr 1985 „unbefriedigend und besorgniserregend“ gewesen sei. Blum wies auf die Beiträge zur Stabilisierung durch die Ärzte und Zahnärzte hin.

Frieden in der Frage des Friedens

iden, Bonn

Das Verhältnis zwischen Bundeswehr und evangelischer Kirche hat sich verbessert. Die rund 250 000 evangelischen Soldaten fühlen sich in der Kirche nicht mehr als Außenseiter. Das erklärte der Leiter des evangelischen Kirchenamtes für die Bundeswehr, Militärgeneralsekretär Reinhard Gramm (Bonn). Die Wunden aus den Jahren der heftigen Kontroversen vernarben zusehends, berichtete Gramm. Der heftige innerkirchliche Streit um den richtigen Weg der Friedenssicherung habe sich gelegt. Heute herrsche eine „verständliche Vielfalt“ der verschiedenen friedenspolitischen Meinungen. Auch die Militärpfarrer sehen sich nicht mehr wie noch vor einigen Jahren heftigen Angriffen der Soldaten auf die Kirche ausgesetzt.

DIE WELT (USPS 405-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 345,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Albrecht setzt weiter auf die Verkabelung

Von MICHAEL JACH

Angesichts der Absicht von Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling (CDU), den Preis für Breitbandkabel-Anschlüsse von Familien- und kleineren Mehrfamilienhäusern drastisch zu erhöhen, geben sich niedersächsische Regierungen zuversichtlich, die im Ländervergleich erzielte Führungsposition beim Stand der Verkabelung behaupten zu können. Das Land hätte einiges einzubüßen. Unter den Flächenländern hat, gemessen an der Bevölkerungsdichte, Niedersachsen gemeinsam mit Bayern statistisch „die Nase vorn“; mit den bereits anschließbaren („versorgten“) Wohn-einheiten im Verhältnis zum Gesamtwohnungsbestand als Maßstab belegt das Land seit Ende letzten Jahres Platz zwei nach Rheinland-Pfalz (12,6 und 13,6 Prozent der Wohnungen).

Bei der „Annahmefähigkeit“ (neudeutsch „Akzeptanz“) der möglichen Anschlüsse macht die hannoversche Staatskanzlei sogar mit „mehr als 50 Prozent“ den absoluten Spitzenrang unter allen Bundesländern geltend. Geht es weiterhin nach den Planzahlen der Deutschen Bundespost für „versorgte Wohn-einheiten“, so ergäbe sich zum Jahresende mit etwa 660 000 immerhin noch die vierte Stelle hinter Nordrhein-Westfalen (935 000), Bayern (knapp 700 000) und Berlin (665 000).

Solche Konkurrenzvergleiche zeigt die Regierung Albrecht um so lieber her, als die Kabelnetze hier

Braunschweig/Wolfsburg“ mit neuem Zündstoff anreichern. Die beiden im Oktober 1983 gegründeten, über die Landesgrenzen hinaus als richtungweisend betrachteten örtlichen Gemeinschaftsunternehmen von Bundespost, Kabelherstellern, Elektrohandwerk und Programminteressenten sollen nach zweijähriger Vorbereitungsphase in Kürze die Verkabelung der beiden Städte aus der Alleinregie der Bundespost übernehmen. Um in Braunschweig 122 000, in Wolfsburg 39 500 Wohnungen zu „versorgen“, sind Investitionen in Höhe von 60 Millionen Mark vorzuzufinanzieren.

An Eigenkapital brachten die Kabel-Gesellschaften lediglich 9 Millionen ein, der Rest wurde je zur Hälfte durch Bankkredite und eine Landesbürgschaft abgesichert. Diese 25-Millionen-Bürgschaft haben SPD und Grüne im Landtag heftig befohlen. Es sei überhaupt nicht sicher, daß – wie in vorgelegten „Akzeptanzprognosen“ vorhergesagt – mehr als die Hälfte der Haushalte einen Kabelanschluß kaufen würden und somit das Land sein Steuergeld am Ende wiederhole. Des Postministers jüngste Pläne standen da noch gar nicht in Rede.

Aufgrund eben jener Prognosen zeichnet sich nun, wie die WELT in Erfahrung brachte, eben erst eine finanzpolitische Entlastung für die Landesregierung ab. Eine Gruppe privater Geldanlage-Interessenten ist offenbar im Begriff, mit exakt 25 Millionen „einzusteigen“, die als Landesbürgschaft dann praktisch nicht mehr benötigt wurden. Was aber, wenn die Kabel-Nachfrage deutlich nachlassen oder gar zusammenbrechen sollte – und es ist nur, weil in Bonn Unsicherheit erzeugt wird? In Niedersachsen berichten zuständige Poststellen bereits von „heißlaufenden Telefonen“.

Die Regierung in Hannover setzt auf mehrfachen Grund auf stetigen Fortgang der hiesigen Verkabelung. Ein Kabelbruch würde politisch-psychologische Zuversicht kosten, die man gerade mit Hinweis auf große nachrichtentechnische Feinheiten im Lande zu verbreiten sucht: kleine Glasfaser-Fernstrecken und künftige Glasfaser-Ordnnetze, digitale Fernvermittlungsteile oder bevorstehende Betriebsversuche mit telefonischen Fernbedienungsanlagen („Tennex“) in Hannover und Osnabrück. Kabelprobleme müßten sich zudem als Schlinge um den Hals der eben an den Start gehenden privaten Funk- und Fernsehanbieter erweisen – und damit die Medienpolitik der Regierung Albrecht hart treffen.

Jenseits der zur Schau getragenen Gelassenheit erinnert sich die Landesregierung an die Worte des Postministers vom Juni dieses Jahres in Hannover. Da hatte er dem Land gemeinsam mit Wirtschaftsministerin Birgit Breuel eine „Vorstellung“ bei den neuen Nachrichten- und Medientechniken angekündigt.

„DDR“-Kirche bereitet sich auf Treffen mit Honecker vor

„Grundvertrauen“ zum Staat auf Tagesordnung der Synode

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Wenige Wochen vor dem für den Spätherbst fest vereinbarten neuen „Gipfeltreffen“ zwischen Partei- und Staatschef Erich Honecker und der Führung der mitteldeutschen Protestanten tritt heute die Bundessynode des „Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR“ in Dresden zusammen. Das im Frühjahr verabredete Gespräch findet nach siebenjähriger Pause statt. Die Kirchenforderungen sind seither unverändert geblieben: „Handhabbare Richtlinien“ für die formelle Gleichberechtigung der Christen, Zugang zum waffenlosen Bausoldatendienst, Gewissensfreiheit und Toleranz in der Schule, ungehindertes eigenständiges Friedensengagement in den Gemeinden.

Darüber wird auch bei der Tagung des höchsten „DDR“-Kirchenparlamentes, die von heute an bis Dienstag stattfindet, zu reden sein. 60 Synodale aus acht Landeskirchen vertreten rund sechs bis sieben Millionen evangelische Christen. Die Zahl der tatsächlichen Kirchgeld-Zahler (der Staat zieht diese Steuer nicht ein) soll

jedoch nur um vier Millionen Protestanten liegen. Bei der Bundessynode vom letzten Jahr in Greifswald hatte der Vorsitzende, Bischof Johannes Hempel (Dresden), in seinem Lagebericht von einem „Grundvertrauen“ zwischen Staat und Kirche gesprochen. Angesichts vieler versteckter und offener Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche schwächten die Synodalen diese umstrittene Formulierung später in die Formulierung vom „tragfähigen Grund“ ab.

Auf dem jüngsten „DDR“-Kirchentag im Juni in Greifswald kritisierte Hempels Stellvertreter Manfred Stolpe (Ost-Berlin) vor allem noch immer vorhandene Defizite bei den Menschenrechten in der „DDR“.

Zum 10. Jahrestag von Helsinki im August druckte das SED-Blatt „Neues Deutschland“ eine Stellungnahme des Kirchenbundes ab, in der ausdrücklich angenommen wird, die deutsch-deutschen Reisemöglichkeiten „nicht länger hinter international üblichen Regelungen“ zurückbleiben zu lassen. Auch dieses Thema ist auf der Tagesordnung.

Warum ehrt Ost-Berlin Borm?

STEFAN HEYDECK, Bonn

Verblüfft reagiert die FDP zunächst auf eine Auszeichnung, mit der Ost-Berlin den ehemaligen Ehrenvorsitzenden der Liberalen, Wilhelm Borm, am 25. September würdigt. Bei einem Empfang aus Anlaß seines 90. Geburtstags am 7. Juli hatte der Gesamtdirektor Gienke von der Ständigen Vertretung der „DDR“ in Bonn angekündigt, Borm solle die Ehrendoktorwürde der Karl-Marx-Universität in Leipzig erhalten. Damit solle „sein humanistisches Wirken im Dienst des Friedens und der Völkerverständigung und sein stetes Suchen nach Lösungen für den Abbau von Spannungen“ gewürdigt werden.

Sogar der sowjetische Botschafter Wladimir Semjonow meinte auf dem Empfang des Jubiläums, verbunden mit zwei Wangenküssen: „Sie müßten lange leben, weil Sie sehr nützlich sind für Ihr Volk und für den Frieden.“ Die FDP schloß sich dann der Reihe der offiziellen Gratulanten an, obwohl Borm nach der „Wende“ unter Protest die Partei verlassen hatte und demonstrativ Ende November 1982 in Bochum bei dem bald darauf gescheiterten Liberalen Demokraten (LD) eingetreten war. Das alles war vor dem Bekanntwerden der jüngsten Spionagefälle.

Jetzt werden Skepsis und Vorbehalte gegenüber der aus Ost-Berlin angehenden Auszeichnung laut. So meint FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann, die Ehrung hinterlasse gerade im Hinblick auf die noch gefohlenen Ost-Agenten „einen gewissen schalen Nachgeschmack“. Es dränge sich der „Verdacht“ auf, daß sich Borm „mißbrauchen läßt“. Auch von jüngeren Mitarbeitern.

Borm gehörte nach 1945 zu den Mitbegründern der LDP in Berlin. 1948, nach seinem Eintritt und schnellen Aufstieg in der FDP der Stadt, beteiligte er sich nach eigenen Angaben aktiv an der Brechung der Blockade. Prompt wurde er zwei Jahre später, 1950, an der Zonengrenze verhaftet und wegen „Kriegs- und Boykottbetriebe“ zur Höchststrafe von zehn Jahren in der „DDR“ verurteilt. Von ihnen mußte er neun Jahre verbüßen. Unmittelbar nach seiner Rückkehr nach West-Berlin setzte er seine politische Karriere in der FDP fort. Er wurde Landesvorsitzender, Mitglied des Berliner Abgeordneten-Hauses, war bis 1972 sieben Jahre lang Bundestagsabgeordneter und eröffnete im Oktober 1980 als Alterspräsident die siebte Legislaturperiode.

An eine Art „Wiedergutmachung“

Friderichs: Ich wurde nicht bestochen

Ehemaliger Wirtschaftsminister: Bonner Staatsanwaltschaft schuf Korruptionsklima

WERNER KAHLE, Bonn

Blatt um Blatt trug gestern im Bonner Parteispitzenprozess Hans Friderichs (FDP) mehrere Stunden seine Erinnerungswidersprüche mit gleichbleibender ruhiger Stimme dem Gericht vor. Nach der zweitägigen Auseinandersetzung des mitangeklagten Eberhard von Brauchitsch, des früheren Flick-Gesellschafters, mit der Anklageschrift zerpflückte auch der frühere Bundeswirtschaftsminister die Bestechlichkeitsvorwürfe als teils unbeweisbare, teils spekulative, teils unvollständigen verarbeitete Unterstellungen. Heute soll mit Otto Graf Lambsdorff (FDP) der dritte Angeklagte vor der 5. Großen Strafkammer des Bonner Landgerichts das Wort zur Erwiderung auf die Anklage erhalten.

Seiner Einlassung zur Sache schickte Friderichs eine Erläuterung der Funktion eines Wirtschaftsministers und dessen Amtes voraus. Es gehe zu den Aufgaben des Ministeriums, im Interesse der Volkswirtschaft und zum Wohl der Arbeitnehmer wie Unternehmer Antragsteller zu beraten, wie sie zu Förderungsmitteln kommen, insbesondere, wenn es sich um Rechtsansprüche handele, erklärte Friderichs. Dabei sei es gleich, ob es um Mittelstandsförderung, regionale oder Forschungsförderung gehe.

Vorwürfe zurückgewiesen

In Seminarform erläuterte der frühere Vorstandssprecher der Dresdner Bank den Prozessbeteiligten Probleme der Kapitalmobilität eines Unternehmens mit damit verbundenen Ansprüchen steuerlicher Vergünstigungen an einem Schulbeispiel. Damit leitete Friderichs die Anklageschrift ein, in dem die Staatsanwaltschaft den Vorwurf erhebt, der ehemalige



Nach der Wende ausgestiegen: Wilhelm Borm. FOTO: GERHARD E. LUDWIG

wird im Zusammenhang mit der jetzt angebotenen Auszeichnung durch Ost-Berlin nicht geplant. Denn, so „DDR“-Kenner, totalitäre Regime neigen nicht zu derartigen Gesten. Sie würden keine Fehler – auf jeden Fall nicht in einer solchen Form – eingestehen. Dies würde auch im Widerspruch dazu stehen, daß sowohl die ehemalige Sekretärin von Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann, die sogenannte Sonja Lüneburg, als auch der frühere Mitarbeiter der FDP und der Friedrich-Lambsdorff-Stiftung, Herbert Wüller, teilweise in engem Kontakt zu ihm standen, daß sie auch ihm möglicherweise ausgeforscht hätten.

Die 60jährige „Sonja Lüneburg“ war 1969 von Borm als Mitarbeiterin unter drei Bewerberinnen ausgewählt worden. Er hatte sie, der er „beidseitig aufgeschlossen und stetig Mißtrauen“ bescheinigte, bei seinem Ausscheiden aus dem Bonner Parlament vergeblich an seinen Nachfolger Hans-Günter Hoppe vermittelt wollen. „Sonja Lüneburg“, deren Einschleusungsmuster nach Einschätzung der Sicherheitsorgane

auf den „DDR“-Geheimdienst schließen läßt, wurde dann zunächst vom damaligen FDP-Generalsekretär Karl-Hermann Flach und später von Bangemann übernommen. Inzwischen hat Ost-Berlin über „gewisse Kanäle“ signalisiert, nichts (mehr?) mit der Frau zu tun zu haben. Eine Spur weist jetzt nach Moskau.

Wüller wiederum galt als enger Zuarbeiter für Borm in Fragen der Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik. Er unterstützte den Vorsitzenden des Fachausschusses Außenpolitik bei dessen Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluß. Das massiv und offen gegen den Kurs der FDP. Wüller könnte ihn also in der Anti-Haltung beeinflusst haben.

Weiter gehörte Jürgen Bernd Runge zu den engen Vertrauten von Borm, der im auch in den Medien zu „verkaufen“ versuchte. Runge setzte sich bei den nordrhein-westfälischen Landtagswahlen an wesentlichen Stelle für die „Friedensliste“ ein. Die DKP hatte diese Gruppierung, die am 12. Mai auf 0,7 Prozent kam und damit möglicherweise den Einzug der Grünen (4,6 Prozent) in den Düsseldorf-Landtag verhinderte, klar unterstützt.

Bereits Mitte 1973 war der in Hamburg geborene Borm in die Negativschlagzeilen geraten. Damals hatte der Verfassungsschutz gegen den ebenfalls aus der Hansestadt stammenden FDP-Funktionär Werner Hoffmann Ermittlungen eingeleitet. In der Wohnung von Hoffmann, der sich rechtzeitig in die „DDR“ absetzen konnte, wurden nach Presseberichten damals Unterlagen gefunden. Sie hatten angeblich auch Verdachtsmomente gegen Borm ergeben. Bevor offiziell dementiert wurde, daß gegen ihn Untersuchungen eingeleitet würden, hatte sich sogar der damalige Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher persönlich sämtliche Dokumente vorlegen lassen.

Vor diesem gesamten Hintergrund bekommt ein Hinweis des Staatssekretärs im Bundesinnenministerium, Hans Neusel, auf die Karl-Marx-Universität in Leipzig im Fall Wüller eine makabre Bedeutung. Dort hatte Wüller Journalistik studiert. Unter Bezug auf Details aus dem Fachbuch „Das rote Kloster“ von Brigitte Klump, das sich auch mit Zusammenhängen zwischen der Universität und dem „DDR“-Staatssekretärsdienst befaßt, hatte Neusel berichtet, daß viele Studenten sich an der Hochschule zur Mitarbeit beim Ostberliner Geheimdienst verpflichten mußten.

Keine Geschenke erhalten

Von dem späteren Majordomus Kaletsch habe er, obwohl sein, Friderichs, Name in den Unterlagen der Staatsanwaltschaft viermal als angeblicher Geldempfänger genannt worden sei, keinen Pfennig erhalten. Das gelte auch für die Verdächtigungen im Zusammenhang mit der Anklage gegen von Brauchitsch, mit dem er in den letzten Jahren freundschaftliche, durchaus familiäre Kontakte unterhalten habe. „Der Vorwurf der Bestechlichkeit ist jedoch unbegründet“, versicherte Friderichs.

Der Staatsanwaltschaft warf er ferner vor, sie habe einen Zeiss-Musterkoffer für neue Objektive als Synonym für Schmiergelder benutzt. Tatsächlich hätte die Firma die Geräte für eine Woche zum Ausprobieren zur Verfügung gestellt. Ebenso schloß Friderichs die Strafanzeige über „Verungeltungsgespräche“ mit Vertretern der Wirtschaft und Industrie, darunter Eberhard von Brauchitsch. Die Staatsanwaltschaft habe eine Korruptionsklima geschaffen. „Ich habe auch keine Geschenke erhalten, nicht einmal welche angeboten bekommen“, schloß Friderichs. Wenn die Staatsanwaltschaft erkläre, schließlich habe das Gericht die Anklage zugelassen, so gehe er davon aus, daß das Gericht die Anklageschrift wohl aus anderen Erwägungen zugelassen habe, als der Oberstaatsanwalt jetzt annehme.

Bangemann: Am „Beispiel Auto“ orientieren

HANS BAUMANN, Bonn

„Einigkeit herrscht in der Politik der großen Parteien, daß die Probleme der Ökologie nur mit Hilfe der Ökonomie in den Griff zu bekommen seien. Die Deutsche BP hatte 300 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zu einem Umweltforum nach Bonn eingeladen, das unter dem Motto stand „Erkennen und Handeln“.

In seinem Grußwort sagte der Schirmherr der Veranstaltung, Philipp Jenninger, Präsident des Deutschen Bundestages, daß gerade die Umweltproblematik Impulse des Parlamentes brauche. Die Einsetzung einer Enquete-Kommission für die Abschätzung von Technologie-Folgen sei sicher nicht der letzte Schritt in diese Richtung gewesen.

Wähler ernst nehmen

Nach Jenninger peigt ein großer Teil der Wähler dazu, seine Wahlentscheidung an der umweltpolitischen Kompetenz einer Partei zu orientieren. „Tatsächlich entscheidet er da mit beim Gang zur Wahlurne aber auch darüber, welche Parteiprogramme auf anderen Politikfeldern – von der Wirtschaft- und Sozialpolitik bis zur Außenpolitik – im Parlament dominiert“, sagte Jenninger. Gelänge es Gegnern der Marktwirtschaft, die Mehrheit der Wähler davon zu überzeugen, daß die Marktwirtschaft nicht in der Lage sei, die Umweltprobleme der modernen Industriegesellschaft zu lösen, so werde das nicht nur tiefgreifende Konsequenzen für die Gestaltung der Umweltpolitik haben, sondern für das ganze Wirtschaftssystem und für die gesellschaftliche Ordnung.

Auch Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann spricht davon, daß Umweltschutz zu einem eigenständigen Thema von Wirtschaft und Politik geworden ist. Aufgabe sei nicht, Tagesereignissen hektisch nachzulaufen, „heute Formaldehyd, morgen Cadmium und übermorgen etwas anderem“. Mit „Stimmungsde-mokratie“ werde die politische Arbeit nur behindert und die Auswahl der politischen Themen zu Lasten der wirklich wichtigen Fragen anderen, „meist unseren politischen Gegnern“, überlassen.

Das „Beispiel Auto“ zeige, daß es ohne staatliche Vorgaben nicht gehe. Deshalb sei es Aufgabe der Politik, die Grenzen für die Umweltbelastung zu ziehen. „Diese Grenzsetzung kann nicht durch den Markt geschehen, sondern sie entsteht im politischen Willensbildungsprozeß, der die Wähler kontrollieren“, sagte Bangemann.

Für Volker Hauff, den Vorsitzenden des Arbeitsbereiches Umweltschutz der SPD-Bundestagsfraktion, ist der gesellschaftliche Befund eindeutig: Die Umweltpolitik habe trotz guter Ansätze mit der Umweltzerstörung nicht Schritt halten können. Gefragt sei jetzt die „ökologische Modernisierung der Volkswirtschaft“. Bisherige Fehler seien gewesen, Umweltschutz in Gegensatz zu Arbeitsplätzen zu stellen, Umweltpolitik isoliert zu betrachten und Umweltschäden immer nur nachträglich zu reparieren.

„Staatliche Vorgaben“

„Der Staat hat nach Hauff die Aufgabe, umweltpolitisch notwendige Anpassungs- und Umstellungsprozesse einzuleiten. Dabei möchte ich nicht mißverstanden werden“, sagte Hauff, „es geht nicht darum, in einzelbetriebliche Entscheidungen einzugreifen. Vielmehr müssen innerhalb des vorgegebenen Rahmens die umweltbedingten Vorgaben marktwirtschaftlich eingearbeitet werden.“

Eine der wesentlichen Ursachen der „Begrenzungs- und Umstellungsprozesse“, wie Kurt H. Biedenkopf, Landesvorsitzender der CDU Westfalen-Lippe, die Umweltfrage nennt, sei die ständige Zunahme des „Verbrauchs von Umweltressourcen“. Dieser Verbrauch überfordert zunehmend die Regenerationsfähigkeit der ökologischen Basis menschlicher Gesellschaft und führt zum endgültigen Verzeir nicht erneuerbarer Ressourcen, vor allem im Bereich fossiler Energieträger. Der Grund: Umweltschäden hätten in der Vergangenheit keinen „Preis“ gehabt.

Heilmuth Buddenberg, Chef der veranstaltenden BP, sieht ein Kernproblem darin, daß sich die Wirtschaft im Spannungsfeld von Ökologie und Ökonomie befindet. Sie dort herauszulösen, sei ein vordringliches Ziel.



Die Deutschen im späten Mittelalter

S. Fischer-Fabian

DER JÜNGSTE TAG

Droemer
Knaur®

Bei Fischer-Fabian wird Geschichte lebendig. Sein neues Sachbuch: genau recherchiert, blitzgeschwind kommentiert und spannend bis zur letzten Seite. 352 Seiten. Geb. DM 42,-

Arbeiterpilger in Tschestochau verurteilt

KNA, Warschau
Fünf Warschauer Jugendliche, die während einer Arbeiter-Pilgerfahrt in den Marien-Wallfahrtsort Tschestochau am vergangenen Sonntag verhaftet worden waren, sind zu einer Geldstrafe von 45 000 Zloty oder ersatzweise 45 Tagen Haft verurteilt worden. Der Ankläger hatte ihnen vorgeworfen, durch die Straßen der Stadt ein Spruchband in den Nationalfarben mit der Aufschrift „Solidarność“ getragen zu haben. Die Jugendlichen wurden nach dem Artikel im Strafgesetzbuch verurteilt, der „den Schutz der Nationalfarben“ betrifft.
An der Arbeiter-Wallfahrt am vergangenen Sonntag hatten in Tschestochau rund 80 000 Polen teilgenommen, darunter Arbeiterführer Lech Walesa. Er versicherte dem Papst in einem Telegramm von Tschestochau aus, daß die Arbeiter in Polen weiter für ihr Recht auf die Gründung unabhängiger Gewerkschaften kämpfen wollten.

Moskau verschärft Kampf gegen Alkohol

AP, Moskau
Der Ende Mai in der Sowjetunion gestartete Feldzug gegen den Alkoholmißbrauch, ein wichtiger Teil des innerpolitischen Reformprogramms, findet offenbar nicht überall im Lande volle Zustimmung. So heißt es in einer von der „Prawda“ veröffentlichten Erklärung des Zentralkomitees der KPdSU, die Kampagne werde von der „überwältigenden Mehrheit“ der Sowjetbürger unterstützt, doch gebe es andere, die sich mit den gegen die Trunksucht getroffenen Maßnahmen unzufrieden zeigten. Die Veröffentlichung in der „Prawda“ brachte zum Ausdruck, daß das Zentralkomitee neue Bestimmungen ergelien hat, um das Vorgehen gegen Alkoholmißbrauch durchschlagskräftiger zu machen.

Bericht über Tod im Arbeitslager

AFP, London
Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) hat die Sowjetunion aufgefordert, einen Bericht über den Tod von vier Insassen eines Arbeitslagers bei Perm, 1200 Kilometer östlich von Moskau, anzufertigen. AI beschuldigt die sowjetischen Behörden, die vier schwer erkrankten Männer nicht rechtzeitig entlassen zu haben. Sie gehörten der Kolonne VS 389 386-1 an, eines der härtesten Arbeitslager der Sowjetunion.

Das Schweizer Eherecht soll zeitgemäßer werden

Mehr Rechte für die Frauen / Referendum am Sonntag

WALTER H. RÜEB, Bern
In einer Volksabstimmung entscheiden die Schweizer am Sonntag darüber, ob das eidgenössische Eherecht, das seit 1907 revidiert wurde, gegen den Gesetzesentwurf war von Anhängern des geltenden Rechts nach dem Referendum beantragt worden, nachdem das Parlament einer Revision mit 160 zu drei und die kleine Kammer mit 33 zu fünf Stimmen zugestimmt hatten.

Obwohl sämtliche wichtigen Parteien und Organisationen für das neue Eherecht votierten, gab es in der Öffentlichkeit heftige Auseinandersetzungen über Für und Wider einer Revision. Auf Prognosen über den Ausgang der Volksabstimmung mag sich kaum jemand einlassen. Zwar sind laut Meinungsumfragen 44 Prozent der Eidgenossen für und nur knapp 20 Prozent gegen ein neues Eherecht, doch 36,8 Prozent sind noch unentschieden, was nach bisheriger Erfahrung bedeutet, daß das Potential der Nein-Sager noch beträchtlich ansteigen wird. Die Unentschiedenen entzogen sich in der Schweiz am Abstimmungstag nämlich stets als Gegner von Neuerungen.

Einigkeit besteht in der Schweiz darüber, daß es an der Zeit ist, ein neues Eherecht einzuführen. Manche Gegner sind jedoch mit dem einen oder anderen Passus nicht einverstanden und lehnen die Vorlage deshalb in ihrer Gesamtheit ab - in der Meinung, schon in einigen Jahren könne ein neuer und verbesserter Entwurf vorgelegt werden.

Bereits 1928 bezeichnete eine Juristen-Tagung das Schweizer Eherecht als unzeitgemäß. Tatsächlich wärt man sich angesichts gewisser Inhalte des 70-jährigen Rechts in der Zeit der Jahrhundertwende: Nach der Leitidee kommt dem Mann die dominierende Rolle zu, der Ehefrau verbleibt Unterordnung und Abhängigkeit vom Mann.

Nach geltendem Recht ist der Mann das Familienoberhaupt, der den materiellen Unterhalt sichert, während die Ehefrau den Haushalt macht und die Kinder betreut. Im Gesetzesentwurf werden bei der Aufgabenverteilung in der Familie beiden Ehegatten die gleichen Möglichkeiten eingeräumt - entsprechend ihren persönlichen Fähigkeiten und Neigungen.

Bisher mußte die Frau bei der Eheschließung Name und Bürgerrecht ihres Ehemannes annehmen, künftig kann die Frau auf Wunsch ihren Mädchennamen und das Familienname voranstellen, und das Bürgerrecht aus der Ledigkeit behält sie auch nach der Vermählung.

Lange: 20 Agenten waren tätig

Unter ihnen angeblich die Franzosen, die die „Rainbow Warrior“ versenkten

A. GRAF KAGENECK, Paris
Das scharfe Dementi des französischen Verteidigungsministers Charles Hernu zu Behauptungen in der Pariser Presse, französische Agenten hätten am 10. Juli in Auckland das Greenpeace-Schiff „Rainbow Warrior“ versenkt, hat die neuseeländische Regierung offenbar nicht zufriedengestellt. Premierminister David Lange ließ wenige Stunden später mitteilen, daß in der fraglichen Zeit „nachweislich mehr als fünf französische Geheimdienstler, vermutlich bis zu 20“ auf neuseeländischem Boden tätig gewesen seien. Unter ihnen habe sich die Mannschaft befunden, die das Schiff versenkte.

Der mit dem Fall betraute Polizeikommissar Galbraith in Auckland will „Spuren eines Sabotageversuchs“ festgestellt haben, dann aber noch keine näheren Mitteilungen machen. Die französische Regierung spricht nach wie vor von nur fünf Angehörigen ihres Spionageschwerdienstes DGSE, die mit dem klaren Auftrag zur Beobachtung der Greenpeace-Tätigkeit nach Neuseeland entsandt worden seien. Zwei von ihnen befänden sich in neuseeländischer Untersuchungshaft.

Paris kann jetzt erst einmal den weiteren Gang der Dinge abwarten. Die Regierung hat sich wie ein Mann hinter den Staatspräsidenten und den

Verteidigungsminister gestellt. Ihre Haltung ist sowohl von Premierminister Fabius wie von Hernu klar umrissen worden. Kein französischer Agent hat je einen Auftrag zur Versenkung des Schiffes erhalten.

Sollten Nachforschungen ergeben, daß ein Untergebener auf eigene Faust handelte und seinen Auftrag überschritt, oder sollte die neuseeländische Regierung schlüssiges Beweismaterial für das Zutreffen einer solchen Annahme liefern, wird der Verantwortliche zur Rechenschaft gezogen. Es scheint ausgeschlossen, daß der Attentäter auf französischer Seite aufgedeckt wird. Die neuseeländische Seite wird dazu noch einige Zeit brauchen.

Damit ist der Sturm, der die Regierung in Paris nach den Veröffentlichungen zweier Zeitungen am Dienstag 24 Stunden lang schüttelte, erst einmal abgeflaut. Minister Hernu hatte den Spieß schon am Mittwoch nachmittags umgedreht und auf einer allends zusammenberufenen Pressekonferenz „die Botschaft, die im Schatten operieren“, gewarnt, weiter gegen die vitalen Interessen Frankreichs zu verstoßen. Es sei „nicht zufällig“, daß diese Leute in ihrer Bloßstellung von hohen Militärs „gegen Vertreter unserer nuklearen Befehlshaber“ vorgehen. Er ließ durchblicken, daß sie im Solde einer fremden Macht stehen könnten.

Hernu stellte sich vor die beiden in Neuseeland verhafteten Geheimdienstoffiziere Majot Mafart und Hauptmann Prieur und verlangte von der neuseeländischen Regierung eine faire juristische Behandlung ihres Falles. Das gleiche hatte am Vortage Präsident Mitterrand in einem Brief an Premierminister Lange getan.

Die politischen Parteien lassen indes nicht nach in ihrem Drängen auf rasche und volle Aufklärung der Affäre. Nach den Gaullisten hat auch die Kommunistische Partei das Erscheinen des Premierministers vor dem auswärtigen Kammerausschuß verlangt. Die Sozialistische Partei fordert den Staatschef zur Offenlegung der „vollen Wahrheit“ auf.

Wie dpa ergänzend meldet, reichte die Pariser Zeitung „Le Monde“ gestern Einzelheiten zu der Enthüllungsgeschichte nach: So sei eine dritte Gruppe von französischen Agenten - außer den in Neuseeland inhaftierten Dominique Prieur und Alain Mafart und den drei Mann des Seglers „Ouvea“ - an dem Anschlag beteiligt gewesen. Es handle sich um zwei Kampfschwimmer des Ausbildungszentrums Aspretto auf Korsika, zu dem auch Mafart gehört. Die beiden, die die Sprengladung an dem Greenpeace-Schiff angebracht haben sollen, seien ein Hauptmann und ein Unteroffizier aus Aspretto.

Israels Kabinett über Taba zerstritten

Arbeiterpartei will Schiedsgericht anrufen, der Likud nicht / Rücktritt der Regierung?

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem
Ein Stück Strand, weniger als einen Quadratkilometer groß, südlich von Eilat gelegen, hält nicht nur den Friedensprozeß zwischen Israel und Ägypten auf, sondern hat auch eine Kabinettkrise ausgelöst. Beobachter schließen einen Rücktritt der Regierung mit anschließenden Neuwahlen nicht aus.

Es handelt sich um die Enklave von Taba. Beim endgültigen Rückzug der Israelis aus Sinai vor drei Jahren konnte man sich nicht über den Grenzverlauf bei Taba einigen. Israel behielt das Gebiet unter seiner vorläufigen Verwaltung. Alle weiteren Verhandlungen scheiterten. Der ägyptische Präsident Mubarak besteht nun auf der Klausel im Friedensvertrag mit Israel, der für solche Zwistigkeiten vorgesehen ist: Schlichtung, und wenn diese ergebnislos verläuft, ein Schiedsgericht.

Israels Premier Peres und mit ihm die Arbeiterpartei streben dies an. Doch Vizepremier Shamir und der von ihm geführte Likud-Block wollen sich unter keinen Umständen auf ein

Schiedsgericht einlassen. Der Likud befürchtet, daß Israel ein solches Verfahren verlieren würde.

Auf diese Weise wurde die Lösung des Taba-Problems schon drei Jahre lang verschleppt. Peres, der seit einem Jahr im Amt ist, ist bereit, den Verlust von Taba zu riskieren. Denn er ist überzeugt, daß er den jetzt neubeginnenden Normalisierungsprozeß mit Ägypten nur dann weiterführen kann, wenn die noch offenen Grenzprobleme beseitigt sind.

Im Kabinett, in öffentlichen Ansprachen und in Interviews vertritt er die These: „Wenn Taba Rechts unter uns läge, dann hätten wir von einem Schiedsgericht nichts zu befürchten. Wenn es uns nicht zusteht, dann sollen wir es auch nicht behalten.“

Die Argumente des Likud, wie sie von Shamir wie auch von dem stellvertretenden Außenminister, Ronnie Milo, vertreten werden, laufen in zwei Richtungen. Die eine bezieht sich darauf, daß „wir den Ägyptern ganz Sinai mit seinen 60 000 Quadratkilometern zurückgegeben haben. Warum bestehen sie auf Taba, das nur

900 000 Quadratmeter groß ist.“ Mit seinem zweiten Argument stößt der Likud auf großen Widerhall unter der Bevölkerung - auch unter jenen, die sonst nicht die Politik des Likud hillingen: „Die volle Normalisierung, die uns Mubarak verspricht, kann mit einem Federstrich rückgängig gemacht werden. Aber wenn wir Taba aufgeben, so ist das für immer. Wir können es nicht zurücknehmen, falls Mubarak vertragsbrüchig wird.“

Mehrere Minister, die die Position der Arbeiterpartei stützen, drängen Peres, er solle die Gelegenheit wahrnehmen, um die Große Koalition aufzulösen und Neuwahlen anzusetzen. Parteipolitisch gesehen wäre die Stunde günstig für Peres. Dann könnte er nämlich die in einem Jahr fällige „Rotation“ vermeiden. Nach dem Koalitionsvertrag hat sich Peres verpflichtet, nach Ablauf der ersten Hälfte der Legislaturperiode Shamir seinen Platz zu überlassen. Dieser Verpflichtung könnte er nur entgehen, wenn die Koalition zerfiele und zwar so, daß Peres die Schuld dafür dem Likud geben könnte. (SAD)

Carrington: Streit über SDI ist gefährlich

rrt, Lissabon

NATO-Generalsekretär Lord Carrington hat die Partner der Allianz auf beiden Seiten des Atlantiks aufgefordert, das Streitpotential zu erkennen, das dem Thema der Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) inne- wohne. Sie sollten alle nötigen Schritte tun, um die daraus entstehenden Gefahren abzuwehren. Auf der Jahresversammlung der Atlantischen Vertragsgesellschaft (ATA) in Porto betonte Carrington, die öffentliche Debatte über SDI dürfe nicht solchen Leuten überlassen bleiben, die andere glauben machen wollen, daß die USA vorsätzlich oder fahrlässig mit SDI ein „Frankenstein-Ungeheuer“ aufbauten, das unweigerlich eine Katastrophe auslöse.

Lord Carrington meinte, das Spiel von Information und Desinformation über SDI werde in und um Genf wahrscheinlich noch weiter getrieben werden. Es sei erstaunlich, wie rasch sich der Druck zur Veränderung der westlichen Verhandlungspositionen verstärken könne, nicht weil sich diese Standpunkte von selbst als unsicher erwiesen hätten, sondern weil die Sowjetunion den völlig durchschaubaren Kurs verfolge, Zeichen der Schwäche oder Ungeduld im Westen auszunutzen. Der NATO-Generalsekretär betonte, die Information über SDI dürfe nicht zum Monopol der Gegner des Programms werden.

Ausnahmezustand in Bolivien verhängt

rrt/AP, La Paz

Die bolivianische Regierung hat gestern den Ausnahmezustand über das Land verhängt und Tausende von Gewerkschaften verhaften lassen, um die Beendigung des vor 17 Tagen begonnenen Generalstreiks zu erzwingen. Die überraschende Maßnahme erfolgte kurz nach dem Vertreter der Regierung in der Nacht zum Donnerstag mit Gewerkschaftsführern über die Beendigung des Streiks verhandelt hatten.

Ein Mitarbeiter des Präsidenten Victor Paz Estenssoro teilte mit, die Regierung habe angeboten, 440 streikende - und deshalb entlassene - Angestellte der Zentralbank wieder einzustellen und 16 inhaftierte Streikführer wieder freizulassen. Anlaß für den Streik war Widerstand gegen Maßnahmen des Präsidenten zur Sanierung der Finanzen Boliviens. Dazu gehören ein Lohnstopp im öffentlichen Dienst, Abstriche am Kündigungsschutz, die Abwertung der Währung um 95 Prozent und die Abschaffung von Subventionen für Lebensmittel und Benzin.

Über die „Doppelrolle“ der CSU

DW, Bonn

Auf der Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Schloß Kirchheim (Schwaben) spricht heute der Passauer Professor Albrecht (AI) Mintzel über „Die Rolle der CSU-Landesgruppe im politischen Kräftespiel der Bundesrepublik Deutschland“. Die WELT zitiert aus dem Referat Mintzels.

Der bundespolitische Machtanspruch der CSU, der sich in der Institution und Rolle der CSU-Landesgruppe manifestiert, gehörte von Anfang an zur historischen Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der bayerischen Regierungspartei. Schon kurz nach dem Krieg haben führende CSU-Politiker die Maxime formuliert, „nicht mehr durch politische Verhältnisse im Norden... überspielt werden (zu) können“. Und schon 1951 apostrophierte der damalige bayerische Ministerpräsident Hans Ehard „die Verantwortung, die sich aus der Ausstrahlung der politischen Verhältnisse in Bayern auf die Weiterentwicklung im übrigen Deutschland ergibt“. Der historisch-bayerischen Maxime, sich niemals mehr vom Norden, von den „Nordlichtern“, politisch überspielen zu lassen, entsprach das strategische Konzept, die Bastion Bayern so auszubauen, daß von dieser uneinnehmbaren Operationsbasis aus die größtmögliche bundespolitische Wirkung erzielt werden kann. Die bayerische Regierungspartei und ihre Landesgruppe verstanden sich als Vollstrecker des historisch begründeten politischen Mitsprachenspruchs und Gestaltungsanspruchs Bayerns, und dies nicht nur in Angelegenheiten des Föderalismus...

In den 50er Jahren halfen die überaus große Gestalt Konrad Adenauer und der kräftige Rückenwind des wirtschaftlichen Aufstiegs der CSU, den innerbayerischen „Bürgerzwist“ zu ihren Gunsten auszugleichen zugunsten der Gesamtunion zu entscheiden. Später gelang es der CSU zunehmend aus eigener Kraft, die sie nicht zuletzt aus Bayern kontinuierlich und hohen Wahlsiegen in Bayern schöpfe, als den Faktor in der Bundespolitik zu positionieren, den sie heutzutage ausmacht.

bayerischen Mutterboden und seiner Geschichte... Mit ihrer gesellschaftsgestaltenden Kraft, von der linke Gesellschaftstheoretiker und -konstrukteure nur träumen können, vereinigte sie und verschweißte sie die überkommenen Sozialmilieus zu einer neuen, modernen staatsbayerischen Gesellschaft. Und gerade kraft der Gesellschaftspolitik der CSU behielt die Gesellschaft Bayerns im Prozeß des Umbruchs zur Industriegesellschaft und trotz der charakteristischen Begleiterscheinungen im Prozeß der Vollindustrialisierung die kulturelle Eigenprägung einer regionalen Teilgesellschaft mit großer Integrations- und Verschmelzungskraft.

Gewiß, Bayerns Landschaften nahmen in vieler Hinsicht die Physiognomie einer modernen westlichen Industriegesellschaft an und damit so manche Fälschlichkeit. Gewiß, das ländliche Sozialgefüge unterlag einem Destruktions- und Umgestaltungsprozeß. Doch gelang es der CSU, in dem rapiden Industrialisierungsprozeß überkommene konservative und liberale Traditionen zu erhalten, die Gleichzeitigkeit der Ungleichzeitigkeit historisch-gesellschaftlicher Prozesse und Erscheinungsformen zu ermöglichen, aus vorindustrieller Zeit überkommenes und moderne Industriegesellschaft zu verbinden.

Die CSU, anfangs noch Resultante überkommener Strukturen und Kräfte, wurde zur Gestalterin einer neuen „politischen Kultur“, eines neuen, modernen Gesichts Bayerns. Das macht die Eigenprägung und politische Lebenskraft Bayerns aus. Der CSU ist es gelungen, in der Öffentlichkeit - und dies gilt nicht nur für Bayern - das Bild einer weitgehenden Identität von CSU und Bayern zu vermitteln. Diese Identität ist nicht nur ein propagandistisches Kunststück und Kunstprodukt der CSU, also ein den Bürger eingeredetes Wunschbild der Partei, sondern ein Stück mentaler Realität. Wer darin nur die „Kultivierung einer Strauß-Bauern-Demokratie“ sieht und wer angesichts dieser Realität von einem „Identitäts-Komplex“ der CSU spricht, macht es sich mit seiner vermeintlich empirisch abgesicherten wissenschaftlichen Analyse viel zu einfach und hat nichts von der bayerischen Wirklichkeit begriffen.

Zur Logik der Situation gehört meines Erachtens, daß bei allen gegebenen Spannungen und Schwierigkeiten im Aktionsbündnis mit der CDU die CSU und ihre Landesgruppe aus vielen historischen und aktuellen Gründen im Kräftenspiel letztendlich die Fraktionsgemeinschaft immer wieder fortsetzen muß. Nur in der Bonner Fraktionsgemeinschaft mit der CDU, in dieser einzigartigen und wirkungsvollen Konstruktion von Integration und Selbstbehauptung, kann die CSU-Landesgruppe als geschlossene „Fraktion“ bundespolitische Handlungsspielräume wirkungsvoll nutzen und ein weit über Bayern hinausreichendes bundespolitisches Eigengeometrie zur Erfüllung ihres bayerischen Mitsprachenspruchs und Gestaltungsauftrages erringen...

Die Dramaturgie muß sich an das gesellschaftlich-politische Drama halten, das von vielen gesellschaftlichen und politischen Kräften geschrieben wird. Das bayerische Bürgertum hat einen anderen politischen Stil und eine andere politische Reaktionsweise entwickelt, die katholische Arbeiterbewegung des Rheinlandes versteht sich in einer Tradition, die in den Erfahrungen des Industrialisierungsprozesses im 19. Jahrhundert begründet liegt. Die CDU hat in zehn Bundesländern eine andere Integrationsleistung zu erbringen als die CSU in Bayern.

Die Existenz und die Rolle der CSU-Landesgruppe gehören zum historischen Spielplan des „bayerischen Welttheaters“. Der moderne Freistaat hat in einer veränderten Kräftekonstellation in Deutschland, in Europa und in der Welt sein modernes politisches Spielprogramm aktualisiert - und dieser Spielplan besteht nicht nur aus innerbayerischen Stücken, sondern impliziert auch Weltprobleme.

Hörte die CSU auf, ihre historisch geprägte Doppelrolle zu spielen, und gäbe sie ihre politischen Hauptstützen aus der Hand, Parteiautonomie und gesonderte parlamentarische Repräsentanz, so verkörperte sie, was ihren eigentlichen Charakter, ihre Stärke und ihre Identität ausmacht. Deshalb habe ich auch nie etwas von den Ausweitungspunkten einer „Vierten Partei“ gehalten.

Weil bei uns der SERVICE groß geschrieben wird, vertrauen uns mehr als 1,1 Mio. private Haushalte.

Wenn Sie mehr über die Unternehmensziele der KKB Bank erfahren wollen, fordern Sie unseren Geschäftsbericht an.
Name: _____
Adresse: _____
KKB Bank, Hauptverwaltung, Kasernenstr. 10, 4000 Düsseldorf 1.
RMZ 5130/Wc 31

KKB Bank

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Leichtfertige Illusionen

Nationalsozialisten: WELT vom 12. September

Sehr geehrter Herr Hertz-Eichenrode,

ich bin Ihnen zu Dank verpflichtet, weil Sie die leichtfertigen Neutralisations-Illusionen romantischer Sozialdemokraten so schonungslos zerpfückt haben.

Lenin hat einmal das Wort geprägt: „Wer Berlin hat, hat Deutschland, wer Deutschland hat, besitzt Europa“. Wie wir wissen, haben die Sowjets ihr Ziel inzwischen zur Hälfte erreicht. Zur anderen Hälfte wollen ihnen die Sozialdemokraten um Brandt, Bahr und von Bülow verhelfen.

Wer der Sowjetunion Friedensliebe nachsagt, hat entweder aus der Geschichte nichts gelernt oder verschließt die Augen vor den Tatsachen. Ich möchte hier nicht weiter Afghanistan strapazieren, sondern einmal an den längst vergessenen Überfall auf Finnland im Herbst 1939 erinnern. Das kleine Land wurde aus heiterem Himmel überfallen und leidet noch heute unter den Folgen. Im Sommer 1940 habe ich selbst den Überfall der Sowjets auf meine baltische Heimat Lettland erlebt.

Friedliebende Völker attackieren ihre Nachbarn im allgemeinen nicht. Zwar ist es müßig zu spekulieren, was geschehen wäre, wenn Deutschland nicht 1941 in die Sowjetunion eingegriffen wäre. Ich habe aber keine Zweifel, daß das Kriegsende genauso verlaufen wäre wie gehabt.

„Der Friede muß bewahrt sein“, lautet ein Leitwort in der „DDR“. In dieser Hinsicht muß man ihr zustimmen!

Mit freundlichen Grüßen
Victor Hiltnering,
Ludwigsburg

Sehr geehrter Herr Hertz-Eichenrode,

Ihre Kritik an den Ausführungen des Andreas von Bülow, Vorsitzender der Sicherheitskommission beim SPD-Parteivorstand, hat ins Schwarze getroffen.

Vor jeder Lagebeurteilung und daraus sich ergebenden Schlussfolgerungen hat eine Tatsachenbeschreibung zu stehen, von der auszugehen ist. Von Bülow glaubt, darauf verzichten

Aus dem Herzen

Die Sekretäre: WELT vom 22. August

Sehr geehrter Herr Dr. Kremp,

Ihr Kommentar ist uns aus dem Herzen geschrieben, und ich danke Ihnen im Namen aller Sekretärinnen und unseres Verbands dafür, daß Sie so engagiert für unseren Berufsstand eingetreten sind.

Uns tut das Lob gut, das selten öffentlich von Chefsseite geäußert wird (und wohl noch seltener in so anschaulichen Formulierungen); aber vor allem erfüllt es uns mit Genugtuung, daß Sie die Öffentlichkeit dazu auffordern, die bedauerlichen Einzelfälle in Bonn, in denen Sekretärinnen – aus welchen Beweggründen auch immer – untreu und ungesetzlich gehandelt haben, in die richtige Relation zur zuverlässigen Gesamtgruppe der Sekretärinnen zu setzen und sie als Ausnahmen von der Regel zu sehen.

Ich habe in den letzten Tagen in mehreren Interviews natürlich unseren Berufsstand verteidigt und dieselbe Auffassung vertreten, aber eine Ehrenrettung von einer Seite, die nicht „pro domo“ spricht, und zudem an der Stelle einer maßgebenden Tageszeitung, an der politische und gesellschaftliche Ereignisse von allgemeiner Bedeutung durch den Kommentar eine besondere Würdigung erfahren, hat selbstverständlich noch eine viel stärkere Wirkung.

Mit freundlichen Grüßen
Annemarie Weighardt,
1. Vorsitzende, Deutscher
Sekretärinnen-Verband e.V.,
Mannheim

Eine Anmaßung?
„Der Kanzler fordert Proteste an schwarzem Handeln auf“: WELT vom 12. September

Sehr geehrte Damen und Herren,
ist es nicht eine Anmaßung, wenn ein deutscher Bundeskanzler der südafrikanischen Regierung politische Ratschläge insbesondere zu Fragen der Apartheid erteilt?

Was versteht er denn schon von der schwarzen Mentalität? Haben wir nicht genug eigene Probleme, mit denen wir kaum fertig werden? Wenn man den Schwarzen das Stimmrecht gibt, so können sich die Weißen nur auf und davon machen – siehe Zimbabwe oder Mosambik.

Mit freundlichen Grüßen
Bernhard Klemm,
St. Augustin 2

Was geht es uns an, was die südafrikanische Regierung in ihrem Land betreibt? Leben unsere Landsleute in der DDR nicht ebenfalls in einer Art von Apartheid – sollten wir uns nicht um diese kümmern?

Aber es ist ja ungefährlicher, Südafrika Ratschläge zu erteilen, als sich mit dem „großen Bruder“ im Osten anzulegen.

Mit freundlichem Gruß
Edda Hellmann,
Hamburg 13

Auch rückwärts

„Denkmal“: WELT vom 22. August

Sehr geehrte Damen und Herren,
entgegen Ihrer Annahme kann ein normaler Pkw-Motor rückwärts laufen, wenn es sich um einen Dieselmotor handelt. Und dieser saugt dann tatsächlich Luft durch den Auspuff an und drückt das Auspuffgas aus dem Luftfilter heraus. Seit geraumer Zeit werden von den meisten Herstellern der Motoren Rücklaufsperrn eingebaut.

Sonst würde es Ihnen so ergehen wie mir: Ich stand mit meinem Diesel vor einer Ampel auf einer anliegenden Straße und wartete, den ersten Gang eingelegt, auf Grün. Beim Anfahren gab ich zu wenig Gas und würgte den Motor fast ab, aber eben nicht ganz.

Er lief dann rückwärts und ich war bestürzt, daß ich mit eingeleitetem Vorwärtsgang rückwärts fuhr. Gott sei Dank konnte ich einen Schaden mit meinem Hinterrad vermeiden.

Diese Fälle sind mir in meiner Praxis später öfter vorgekommen (Werkstatt). Die Gefahr bei einem rückwärtslaufenden Motor besteht darin, daß die Ölpumpe das Öl aus den Lagern herausaugt und daß diese dann sehr schnell Schaden nehmen.

Ein Benzinmotor kann aus verschiedenen technischen Gründen nicht rückwärtslaufen.

Mit freundlichen Grüßen
Klaus Staats,
Stade

Wort des Tages

„Gutsein ist ein gewaltigeres und kühneres Abenteuer als eine Weltumsegelung.“

Gilbert Keith Chesterton, englischer Autor (1874–1936)

Milchüberschuß

„Wer sieht die Brenne auf dem Acker?“: WELT vom 18. September

Ein Viertel des Artikels von Professor Dr. Sommer erläutert die sogenannten Bestandsobergrenzen, ein sehr interessantes Problem, für eine drastische Änderung der Verhältnisse auf dem Agrarmarkt wenig geeignet. Die Milchkontingentierung oder Milchmengenregelung, die bekanntlich seit Mai 1984 in Kraft getreten ist, hat durchaus Wirkungen gezeigt. Von Dezember 1983 bis Juni 1985 hat die Zahl der Milchviehhalter im Bundesgebiet von 394 000 um 30 000 auf 364 000 und die Zahl der Milchkuhe von 5,74 Millionen um 290 000 auf 5,45 Millionen abgenommen. Auch sind erstmals seit vielen Jahren die Jahresmilchleistungen pro Kuh nicht mehr gestiegen, sie waren vielmehr von 1983 auf 1984 leicht rückläufig.

Bei Butter ging der Selbstversorgungsgrad zum Beispiel um 18 und bei Magermilchpulver um 25 Prozent zurück.

Wer weitere Eingriffe seitens der EG mit Bremswirkung befürwortet, darf nicht vergessen, daß zum Beispiel der Anteil der tierischen Erzeugung am gesamten Produktionswert der Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland 68,8 Prozent ausmacht und daß es sich bei der Masse der landwirtschaftlichen Betriebe bei uns um kleine bis mittlere Familienbetriebe handelt, die im Durchschnitt pro Betrieb nur 15,4 Kühe halten, dafür aber mit 38,5 Arbeitsstunden pro Woche nicht auskommen, sondern mit 60 bis 80 Stunden, je nach Größe und Technisierungsgrad des Betriebes. Und noch sind keine Kühe gezüchtet worden, die sonntags die Milchproduktion einstellen.

Otto Keune,
Hildesheim

Bergführertaxe

„Bergführer“: WELT vom 12. September

Sehr geehrter Herr Rueb,
Ihren Artikel über den Bergdort für Leichtsinige und ihren Geiz habe ich mit Interesse gelesen.

Ich habe im Frühjahr an das Bergführer-Büro in Zermatt geschrieben und um Mitteilung der Führertaxen und um Mitteilung der Führertaxen und um der notwendigen Ausrüstung gebeten. Das Bergführer-Büro hat es nicht einmal für nötig befunden, mir eine Antwort zukommen zu lassen. Offenbar wird mit der Helikopterrettung von in Bergnot Geratenden genügend verdient.

Dr. Christoph Ottow,
Bonn-Endenich

Personalien

GEBURTSTAGE

Victor Kirst, von 1909–1976 FDP-Bundestagsabgeordneter, be- geht am 21. 9. in seiner Wahlheimat Hamburg seinen 60. Geburtstag. Der gebürtige Leipziger und diplomierte Volkswirt trat 1949 der FDP bei, stand jahrelang an der Spitze ihrer Hamburger Jugendorganisa- tion und gehörte dem Hamburger Landesvorstand an. Von 1953–1970 saß er in der Hamburger Bürger- schaft. Von Januar 1971 bis Ende 1976 war er einer der drei Stellver- treter Wolfgang Mischnicks im Vor- sitz der FDP-Bundestagsfraktion. Es wurde allgemein sehr bedauert, daß er 1976 von seiner Hamburger FDP-Spitzenposition durch Helga Schmehardt verdrängt wurde und so nicht mehr in den Bundestag kam. Heute ist Kirst leitender Ange- stellter der Öffentlichen Bauspar- kasse und noch aktiv als Mitglied im Landesausschuß seiner Partei.

Karl Atzenroth, einer der ältesten ehemaligen Bundestagsabge- ordneten, vollendet am 22. 9. in seiner Heimatstadt Koblenz sein 90. Lebensjahr. Hier hatte er zusa- men mit seinem Vater eine Möbelfab- rik gegründet, die er 1970 auflöste. Er übernahm wichtige Funktionen in Verbänden der Möbelindustrie und fungierte über Jahre hinweg als Präsident auf nationaler und euro- päischer Ebene. Von 1949–1965 ge- hörte er der FDP-Bundestagsfrak- tion an. Atzenroth nimmt noch an allen Veranstaltungen der Vereini- gung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages teil.

EHRUNGEN

Der in Hannover lebende Maler Hanns Jatzian erhält den von der niedersächsischen Landesregie- rung gestifteten und mit 10 000 Mark dotierten „Kulturpreis Schlie- sen 1985“. Mit dieser Entscheidung der Jury wird das künstlerische Ge- samtwerk des 1926 im schlesischen Lignitz geborenen Künstlers ge- würdigt, der jetzt in Hannover lebt. Den diesjährigen Sonderpreis in Höhe von 5000 Mark erhält der Schriftsteller Dr. Reinhard Baum- gart, die mit jeweils 5000 Mark do- tierten Förderpreise gehen an den Maler und Bildhauer Horst Kah- nert und an den Komponisten Chri- stian Bialil. Die Preisverleihung fin-

det am 16. November in Hannover statt. Mit dem „Kulturpreis Schlie- sen“ des Landes Niedersachsen werden seit 1977 jährlich hervorra- gende Werke auf den Gebieten der Literatur, der bildenden Kunst und der Musik ausgezeichnet.

*

Birgit Kienzie (Südwestfunk) und Jürgen Roth (ZDF), Bärbel Döring (Südwestfunk) sowie Mar- got Dienkerth-Kienzie (Express, Köln) und Gerda Klier („Frau im Leben“) wurden die Jahrespreise 1985 der Bundesarbeitsgemein- schaft der Freien Wohlfahrtspfle- ge e.V. unterteilt in einen Fernseh-, Hörfunk- und Journalistenpreis, in Bonn übergeben. Mit der Auszeich- nung sollen in den Medien Tüchte ermutigt werden, die Problematik jener Gruppen darzustellen, welche die in der Bundesarbeitsgemein- schaft zusammengefaßten freien Wohlfahrtsverbände betreuen.

BESUCH

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat ein Bundestagspräsident einen offi- ziellen Antrittsbesuch bei der Stadt Bonn gemacht. Philipp Jenninger trug sich nach Empfang durch Oberbürgermeister Hans Daniels und Abspielen des Deutschlandli- des am Mittwoch in das Goldene Buch der Stadt ein und absolvierte dann ein ausführliches Besuchspro- gramm. Im Hinblick auf die 2000- Jahr-Feier von Bonn, 1889, lobte der Oberbürgermeister das Geschenk der Regierung für dieses bedeutsa- me Jahr: die Fertigstellung des um- gebauten Plenarsaals im Bundes- haus. Jenninger zitierte die „Neue Zürcher Zeitung“ in seiner Anrede, in der er auf den Text des Blattes hinwies, daß „gerade dieser un- scheinbare Parlamentsbau in Bonn aufs engste verwachsen ist mit der lebendigsten und stabilsten Demo- kratie, die es je auf deutschem Bod- en gegeben hat“. Erstmals, wie dieser Besuch, der mit der „Heim- fahrt“ zum Bundeshaus auf einem Feuerboot der Berufsfeuer- wehr beendet wurde, war auch der Umstand, daß Bonn-Stadt die bun- desweite Sirenenprobe um 10.00 Uhr nicht mitmachte – sie wäre ex- akt mit der Nationalhymne zeitlich zusammengetroffen.

„In 8 Min. nach Manhattan!“



Buchen Sie bei Ihrem
Pan Am Vertragsreise-
büro. Oder bei uns.

Auch Helicopter-Transfer in die

City gehört zu Pan Ams

Clipper Class Service.



Pan Am. Erleben, was Erfahrung heißt.

Trends und Tendenzen im Vorabendprogramm der regionalen Fernsehsender

Die Attraktivität des Hausgemachten

Immer stärkeren Tobak, sprich attraktiveren Sendungen, führen die „Regionalen“ ins Feld, die sich zwischen 18 und 20 Uhr aus dem ARD-Zusammenschluß ausklinken und ihr eigenes Programm gestalten. Nicht nur die „hausgemachten“ Nachrichtensendungen und Kulturfilme oder die Unterhaltungssendungen erfreuen sich eines stets wachsenden Zuschauerkreises; auch Filme, die eigens für die Vorabendprogramme produziert werden, können es von Inhalt und Machart her durchaus mit dem aufnehmen, was dem Zuschauer nach „Tagesschau“ und „heute“ geboten wird – bzw. was er sich bieten lassen muß. Die Statistik zeigt, daß die Programmzeiten für die Stunden zwischen 18 und 20 Uhr auf eine beachtliche Sehbeteiligung verweisen können: „Fast jeder zweite Zuschauer ab 14 Jahren schaltet täglich zur Vorabendprogrammzeit den Fernseher ein.“

Verständlich, daß man diese Gruppe nicht mit lieblos abgespulten Geschichten vergarben will. „Der alte Richter“ und „Wenn Kuli kommt“ wären auch im Hauptprogramm gut aufgehoben. Und „Der Fahnder“ (ab 3. Oktober in den Regionalprogrammen) könnte Sonnyboy „Magnum“ mühelos von seinem Platz vertreiben. Auf Einwände, daß der Vorabend-

Platz für viele dieser Serien „verschwenkt“ sei, reagieren die Verantwortlichen ein wenig säuerlich. Wolfgang Hofmann, Pressesprecher der ARD: „Wir wollen nicht länger qualitative Unterschiede zwischen Vorabend- und Abendprogrammen machen. Warum sollen wir die Zuschauer, die zwischen 18 und 20 Uhr vor dem Bildschirm sitzen, nur mit Lückenbüßern abspeisen?“

Daß zwischen 18 und 20 Uhr qualitativ Hochwertiges auf dem Bildschirm zu sehen ist, haben die Verantwortlichen für das „Hauptprogramm“ auch schon gemerkt. Die Serien „Jauche und Levkojen“ und „Nirgendwo ist Pönlchen“ zum Beispiel liefen erst eingebettet in der Werbung, ehe sich die Dritten Programme die Wiederholung sicherten.

Weit entfernt von den betöhlenden Familienserien ist auch die von dem (während der Dreharbeiten verstorbenen) Martin Morlock und seiner Frau Heidi geschriebene Reihe „Was war, Rickie?“, die in den Vorabendprogrammen der Südschweizer bereits läuft und ab 2. Oktober auch im Westen und Norden des Landes zu sehen sein wird. Erzählt wird die Geschichte einer vierköpfigen Familie, die aus der Stadt ins Eigenheim im Grünen gezogen ist. Da gibt es natürlich Schwierigkeiten, sich an die neue

Situation zu gewöhnen (vor allem für die Tochter, die ihre Freunde vermisst), Probleme mit der Nachbarin, die den Antifurter allerdings etwas zu aufdringlich blickt, geraten ist in Gestalt der pathologisch-neugierigen Frau Sattler (Helga Anders), und nicht zuletzt die Schulden spielen eine Rolle in der Familie Steiger.

Renate Schroeter spielt diese Ricki haarscharf neben der Figur, wahrhaft dem Zuschauer verdankt, daß sie die ganze Sache nicht so fürchtbar ernst nimmt – ebenso wenig wie ihre Aufgabe als „Nur-Hausfrau“, in die die ehemalige Diplom-Dolmetscherin seit dem Umzug ins Grüne hineingeraten ist. Gerd Balthus als Familienoberhaupt blickt meistens verstört drein und fragt sich offenbar ständig, welches Unheil ihm in nächster Zukunft droht. „Eigentlich“, so H. Morlock, „ist die Rickie eine Figur, die überhaupt nicht zu den Werbepots paßt, die rund um die Filme liegen. Denn sie ist weit davon entfernt, so perfekt und sauber zu sein, wie es die Putzmittelwerke vormachen.“

In dieser Hinsicht eine Anti-Figur also. Hoffentlich merkt die Werbestudie nicht. Denn auf deren Geldern sind die „Vorabendmacher“ schließlich angewiesen.

RAINER NOLDEN

KRITIK

Schlagzeilendramaturgie

Wer die metaphysischen Dimensionen und fast kriminalistischen Raffinessen Stormscher Novellen liebt, hatte sich auf diesen Film gefreut. Aber wer nach 50 Minuten das Ende der „Sylter Novelle“ (ARD) sah, sah sich vor allem getäuscht und war deshalb zutiefst enttäuscht, denn hier haben sich zwei Zeitgenossen (Drehbuch: Peter M. Thout, Regie: Peter Deutsch) etwas herausgenommen, was sie bei mehr Sensibilität im Umgang mit großer Literatur unterlassen oder eben ganz anders gemacht hätten. Vorlage für den Film war ein erst spät entdecktes Novellen-Fragment Storms über einen Sylter Strand-Räuber und Mörder von Schiffbrüchigen: Megels ist zwar ein verachteter Außenseiter auf der Insel,

die zum Zeitpunkt des Dramas noch dänisch ist, aber er wird strafrechtlich nicht verfolgt, weil die Inselbewohner vom mörderischen Handwerk des Alten profitieren: sie kaufen und verkaufen den Raub.

Die eigentliche Tragödie aber beginnt mit Megels Tochter, die einen dänischen Seemann liebt, ein Kind von ihm bekommt und während der Geburt stirbt. Gorig, der Enkel Megels, der den Alten haßt, weil dessen blutiges Tun ihn stigmatisiert, wird nun seinerseits in Dramatisches verwickelt, weil er Anna, die Tochter des Inselvogts, liebt, sie aber nicht heiraten darf und schließlich resigniert auf einem Walfänger anheuert. Anna, die ein Kind vom ihm erwartet, läßt ihre Hochzeit mit dem Sohn eines Rei-

chen platzen und flüchtet zum alten Megels. In dieser Nacht liegen wieder Schiffbrüchige am Strand, die erschlagen und ausgeraubt werden: einer von ihnen ist Gorig, der Enkel des Mörders. Das hätte ein eindrucksvoller Film werden können, aber nicht im 50-Minuten-Prokrustesbett. Keine Gestalt konnte sich entwickeln, das Fragment wurde nochmals fragmentiert: Schlagzeilendramaturgie. Da nützte auch manch schönes Landschaftsbild nichts, zumal: Selbst in dieser Hinsicht versagten die Verhörer Storms total: Denn ewig jaulte die Windmaschine, aber höchst selten bewegten sich Gräser, Kleidung und Wellen. Storms „Sylter Novelle“ wartet auf ihre Verfilmung.

ULRICH SCHACHT



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesschau
10.15 Hippodrom im ZDF
11.10 Jugend '85
Schule – echt atzend?

13.00 Lord Peter Wimsey
Fünf falsche Führer (4)
14.00 Tagesschau
14.10 Was ich dem Prinzen nicht sagte
Zeichentrickfilm nach dem Märchen „Der glückliche Prinz“ von Oscar Wilde

14.30 Am Wege
2. Teil: Katinka zerbricht an ihrer Liebe
Katinka weiß nach dem Ausflug zum Jahrmarkt endgültig, daß ihre Gefühle für Hans nicht nur für einen kleinen Flirt reichen. Doch eine engere Beziehung würde gegen die Konventionen verstoßen.

17.00 Tagesschau
Danz. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Amerikanischer Spielfilm (1959)
Mit Susan Hayward, Stephen Boyd, Barbara Nichols u. a.
Regie: Henry Hathaway

21.00 Gott und die Welt
Ich wollte nicht 18 werden
Vor 18 Jahren wurde Dominic Hoppert (18), ein koreanisches Findelkind, über die Organisation „Jere des hommes“ an eine deutsche Familie vermittelt, die ihn adoptierte. Wie es ihm und anderen fremdlichen Adoptivkindern bei uns ergeht, zeigt dieser Film von Marianne Riedel.

22.30 Tagesschau
Mit Bericht aus Bonn
23.00 Moment mal
Die ARD-Rundezeit
Heute aus Stuttgart
Anschl. Tagesschau



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

11.50 Unschov
12.10 Aus Forschung und Technik
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

14.45 Da bist die Welt für mich
Österreichischer Spielfilm (1953)
16.30 Fraßfisch
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-illustrierte
17.45 Väter der Krimothek
18.20 Heute mal mit Rosenstiel
19.00 heute

19.30 Auslandsjournal
Kolumbien: Die Kinder vom Strich / Afghanistan: Unter sowjetischer Besatzung / Indien: Die kranke Gesundheit / Großbritannien: Nobeldress Londoner Hafen

20.15 Da bist die Welt für mich
21.15 Der Sport-Spiegel
Seit Jahren schon wird vom Deutschen Sport-Bund die Verbesserung der sportmedizinischen Betreuung verlangt. Doch die Fortschritte lassen zu wünschen übrig, meinen jedenfalls einige der Experten, die heute in der Dokumentation von Hannes Kramik und Wolfgang Richter zu Wort kommen. Lobenswerte Ausnahme: der Idealismus des unkonventionellen Mediziners Professor Dr. Armin Kämper.

21.45 heute
22.00 Aspekte
Kulturmagazin
Moderation: Alexander U. Martens

22.45 Die Sport-Reportage
Mit Ralf Kramer
23.15 Stabesamt lockt den Wolf
Amerikanischer Spielfilm (1967)
Mit Shirley MacLaine u. a.
Regie: Vittorio de Sica
0.50 heute



„Stabesamt lockt den Wolf“ – Shirley MacLaine in sieben verschiedenen Rollen, ihr Partner: Peter Balken
FOTO: TELEBUNK

III.



WEST

18.00 Telekolleg II
18.30 Das Dörschloßchen
19.00 Altschule Stunde
20.00 Tagesschau

20.15 Lieder – Menschen – Abenteuer
Auf Achse nach Kommandu
Bericht von Bruno Schneider

21.45 Mettlingen – Ein Dorf und seine Kunsthandwerker
Film von Georg Bühren

22.15 Kein schöner Land (2)
22.30 Rockpoint
0.30 Letzte Nachrichten

NORD

18.30 Geschichten vom Franz
Ein Trickfilm
19.00 Yeludi Menzies
Film von Gerd Kairat

19.45 Internationales TV-Kochbuch
Swisskochen

HESSEN

18.30 Geschichten vom Franz
19.00 Busenleise von Old Bailey ...
und die Show muß weitergehen
Gemeinschaftsprogramm:

NORD / HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Rufes Sie was and
Gespräche über Verbraucherprobleme: Gift im Essen
Moderation: Bernd Lepthn
Zuschauer-Telefon:
040/56 60 04/05/06

21.15 Kitzgeschmecke
Wo Britanniens Prinzen die Schulbank drücken
Nur für Nord und Berlin:
22.00 Talk op platt
0.00 Nachrichten

Nur für Hessen:
22.00 My home is my castle
SÜDWEST
18.00 Der Mann von Button Willow (2)
18.15 Krimothek
18.30 Telekolleg II
Gemeinschaftsprogramm:

19.30 Nachrichten
19.30 Formel Eins
20.15 Ausgewildert – eingebürgert
21.00 Postfach 830
Zuschauer-Meinungen

21.15 Rausche Zeiten (16)
Rußland und Japan
21.45 Markt
Wirtschafts-Cocktail

22.30 So leben
Mit Jürgen von der Lippe
1.00 Nachrichten
BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Unser Land
19.45 Menschen mit einem Kontrast
20.25 Z. E. N.
20.30 175 Jahre Oktoberfest

21.30 Rundschau
21.45 Schweizer Kabarett
22.30 Mix für uns
22.35 Sport heute

22.50 „Größe ich Back, ein später Glorator“
23.05 Rundschau
23.40 Queen Kelly

18.50 Stadtschloß Abenteuer
In der Diamantenschlucht
19.00 Von drei noch zwei bis zwei vor drei
Robin Hood und seine Freunde

19.00 Gabelst
Familie Metzger: In den Händen der Mafia
19.30 Mecklen
19.40 Robi-Robi-Robbi Hood
Der schwarze Ritter

19.50 Die Leute von der Schilke Ranch
Zwei feine Damen
19.50 Betty Boop
Artistsches und Militärisches
oder Regionalprogramm

19.50 APF blickt
Nachrichten und Quiz
19.50 Aufgeklärt
Ein Frauenmagazin

19.50 Land-Kommission Wanda Valley
Lucky Weg zum Glück
20.30 M – Ein Wissensmagazin
Von Monogram, Muskel, Mut und Mädchen

21.30 APF blickt
News, Show, Sport
21.35 BUNTE Talkshow
Prominente diskutieren über aktuelle Themen

21.45 APF blickt
Letzte Nachrichten
22.30 Chicago 1950
Das Syndikat

0.20 In den Schlägen von Scotland
Yard
Englischer Spielfilm (1955)

3SAT

18.00 Großstadtschlagel Singapur
Exotische Tierwelt in einer Millionenstadt
19.00 heute
19.30 Zur Sache
Politisches Magazin

20.30 Ringstraßenpolizei
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Tagesschau
Aus der evangelischen Welt

22.00 Evangelische Tageszeiten
23.00 Auslandsjournal
23.45 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.35 Reserviert für ...
Musical-Star Bodo Erny
18.55 7 vor 7 – Newsshow
19.18 Karikatur
19.22 RTL-Spiel
19.30 Klepperade

Der Kebab von Palawan
oder
Joseph
21.10 RTL-Spiel
21.15 Frauen die Käder für CD 7
Franz-ital-span. Spielfilm (1966)

22.35 Zeichentrick für Erwachsene
22.45 Wetter
22.50 Horoskop
23.55 Bettelreport

Die beruhigenden Eigenschaften von WestLB-Festverzinslichen.

Haben Sie Ihr Geld erst einmal gut angelegt, haben Sie die Zeit, sich anderen Dingen zu widmen.

WestLB-Festverzinsliche sind da ein rentables Beispiel. Die WestLB ist als Landesbank und Sparkassen-Zentralinstitut von Nordrhein-Westfalen mit über

60 Milliarden DM der größte Daueremittent.

Daraus resultieren gewichtige Vorteile, die für WestLB-Festverzinsliche sprechen.

Zum einen ein breitgefächertes Angebot für eine ertragreiche Anlage: WestLB-Pfandbriefe,

Kommunal-Obligationen, Bank-Schuldverschreibungen sowie Schuldverschreibungen und Namensschuldverschreibungen.

Zum anderen überschaubare Laufzeiten für eine maßgeschneiderte Anlage.

Vor allem aber die gesicherten

Erträge über die gesamte Laufzeit sprechen für WestLB-Festverzinsliche, die darüber hinaus jederzeit zu marktgerechten Kursen veräußerbar sind.

Ist es nicht beruhigend zu wissen, wie sicher Ihr Geld arbeitet, auch wenn Sie aussparen?

WestLB Die Bank Ihrer Initiativen.

Westdeutsche Landesbank Girozentrale

Einspruch gegen Debatte über Südafrika

ms. Bonn

Die Behandlung der Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der Grünen zur „Finanzierung der Apartheid in Südafrika und Namibia durch deutsche Banken“ in der vorigen Woche im Bundestag ist aufgrund eines Einspruchs von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) abgesetzt worden. Federführend in dieser Sache ist das Bundesfinanzministerium, das seinen Vorschlag mit Datum vom 15. August abgelehnt hat. Das Auswärtige Amt hatte am 10. September Änderungsansprüche unterbreitet.

Zimmermann begründete seinen Einspruch damit, daß die neuen Formulierungen des Auswärtigen Amtes noch „näher geprüft“ werden müßten. Um ist die Antwort der Bundesregierung offenbar „zu defensiv“ abgelehnt. Der Bundesinnenminister möchte, daß die Behauptungen und Vorwürfe in den Fragen der Grünen ausdrücklich zurückgewiesen werden.

In der Vorlage des Finanzministeriums heißt es, bei Krediten an Südafrika und Namibia handle es sich nicht um Kredite der Bundesregierung, sondern um einen Kapitalverkehr, der „weder gesteuert“ noch „eingeschränkt“ sei. Er unterliege ausschließlich dem Markt. Die Schulden Südafrikas und Namibias werden, Ende 1984 gerechnet, mit rund 3,4 Milliarden Mark beziffert.

Zimmermann gefällt die Linie der Antwort nicht, weil sie einen „entschuldigenden und damit einen rechtfertigenden Charakter“ habe, heißt es. In der kommenden Woche wird sich das Kabinett erneut damit befassen. Ein kritischer Ansatz aus der Sicht des CSU-Ministers ist auch die Formulierung des Auswärtigen Amtes, Bonn wolle auf eine friedliche und schnelle Veränderung der Verhältnisse in Südafrika hinwirken. Realistischerweise, so der Innenminister, müsse man wissen, daß beides zusammen kaum möglich sei. Er ist vielmehr dafür, daß die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit Südafrika herausgestellt wird, denn nur so könne Einfluß auf Pretoria genommen werden. Dazu gehörten selbstverständlich auch politische Kontakte und ausgeprägte Wirtschaftsverbindungen.

Die Chronik des Streits um Südafrika

GÜNTHER BADING, Bonn

Um 19.11 Uhr am Mittwochabend meldete das Auswärtige Amt über Fernschreiber an Zeitungen und Agenturen, daß zum Thema Südafrika „kein Meinungsunterschied mehr darüber besteht“. Damit schien die Geschichte des Kabinettsstreits um „Beschluss“ oder „Nicht-Beschluss“ von Maßnahmen gegen Südafrika abgeschlossen.

Und so kam es zum Streit zwischen Außenminister Genscher und dem Bundesminister des CSU:

● Dienstag, 10. September: Am Abend treffen sich in Bonn zehn führende Politiker von CDU und CSU, an ihrer Spitze die Parteivorsitzenden Helmut Kohl und Franz Josef Strauß. Zum erstenmal wurde in der Zehnerrunde über die Außenpolitik gesprochen. Am Beispiel Südafrika machte der CSU-Vorsitzende seine Kritik am Kurs des freidemokratischen Außenministers deutlich. Man wurde sich einig: Es darf keine Sanktionen gegen Südafrika geben. (WELT v. 12.9.)

● Mittwoch, 11. September: Im Kabinett berichtet Bundesaußenminister Genscher (FDP) über die Luxemburger Beschlüsse der europäischen Außenminister vom Vorabend. Es gibt keinen schriftlichen Bericht, geschweige denn eine Beschlüßvorlage. Man geht mit der Feststellung des Kanzlers auseinander, der Bericht sei „zur Kenntnis“ genommen worden.

● Am selben Tag wird Strauß informiert, das Kulturabkommen sei mit sofortiger Wirkung „gekündigt“. Unmittelbar vor einem Empfang der CSU-Landesgruppe zu seinem 70. Geburtstag diktiert er, gestützt auf eine dpa-Meldung, einen Brief an Kohl und erinnert an die CDU/CSU-Runde vom Vorabend: „Lieber Helmut! Bei unserer eingehenden Aussprache über das Problem Südafrika hatte ich, wie alle anderen Teilnehmer, die Überzeugung mitgenommen, daß die Bundesrepublik Deutschland gemeinsam mit England weitgehende Maßnahmen ablehnt.“

● Finanzminister Stoltenberg informiert mittags den Bundestag über die Kabinettsitzung. Fragen nach Südafrika weicht er aus. Genscher habe mündlich vorgetragen, er verfüge über keine schriftlichen Unterlagen.

● Donnerstag, 12. September: Abends führen Kanzler und Strauß ein langes Telefongespräch. Kohl stellt klar, daß er Pretoria nicht „durch Sanktionen isolieren“ wolle.

● Freitag, 13. September: Aktuelle Stunde. Genscher schildert die Beschlüsse der europäischen Außenminister. Dann der entscheidende Satz: „Die Bundesregierung hat entschieden, die Anwendung des Kulturabkommens mit sofortiger Wirkung auszusetzen und gegenüber der Regierung Südafrikas eine Änderungskündigung mit dem Ziel von Verhandlungen auszusprechen, durch die wir eine rechtliche Absicherung der Teilnahme aller Bevölkerungsgruppen Südafrikas an kulturellem, wissenschaftlichem und sportlichem Austausch erreichen wollen.“ Genscher fügt, ganz auf Kanzler-Linie, hinzu: „Wir sehen darin eine geeignete Möglichkeit, durch positive Einwirkungen und nicht durch Sanktionen Veränderungen in dem von uns gewünschten Sinne in Südafrika zu bewirken.“

● Montag, 16. September: „Jour fixe“ der CSU-Bundesminister mit Strauß in München. Die Minister versichern, sie hätten den Luxemburger Beschlüssen nicht zugestimmt. „Sie sind gar nicht zur Abstimmung gestellt worden“, heißt es in einer Sechspunkte-Erklärung (WELT v. 17.9.). Zum Kulturabkommen heißt es, daß nicht die Kündigung beschlossen, sondern dessen Erweiterung in Aussicht genommen worden sei. Strauß hatte vor der Sitzung sein zweites Telefonat mit dem Kanzler zu diesem Thema.

● Dazu erklärt das FDP-Präsidium, ihm sei die Kritik aus München völlig unverständlich. In der Sache gebe es keinen Dissens. Ein Sprecher des Außenministeriums: Es sei im Kabinett sehr wohl „beschlossen“ worden.

Kanzleramtsminister Schäuble habe das gegenüber Genscher bestätigt.

● Dienstag, 17. September: Von 7.30 Uhr bis 8.30 Uhr frühstücken Kohl und Strauß. Erneut stellt man fest, daß man in der Sache – keine Sanktionspolitik gegenüber Pretoria – einig sei. In einem Interview der WELT (Ausgabe 18.9.) stellt Kohl diese gemeinsame Linie heraus und schildert den Ablauf der Kabinettsitzung vom 11. September. Im Kabinett habe „Einvernehmen bestanden“, das Kulturabkommen zu kündigen, mit dem Ziel, neue Verhandlungen aufzunehmen.

● Mittwoch, 18. September: Im Kabinett geht der Streit weiter. Die CSU-Minister bestehen darauf, die Erklärung (WELT v. 19.9.) „zu Protokoll zu geben“, daß die Aussprache eine Woche zuvor „nach unserer Auffassung nicht mit einer Beschlussfassung“ geendet habe. Genscher kontert ebenfalls „zu Protokoll“. Ihm sei „nicht widersprochen worden“. Nach üblichem Verfahren sei damit sein Vorschlag angenommen.

Mehr Sorgfalt „spart Kosten am Bau“

adh. Frankfurt

Der Bundesrechnungshof beklagt eine immer häufiger auftretende „schlampige Planung“ bei der Konzeption öffentlicher Bauten, die den Steuerzahler mit erheblichen Summen belastet. Bei mehr Sorgfalt, erklärte der scheidende Präsident des Rechnungshofes, Karl Wittrock, gestern in Frankfurt, ließen sich erhebliche Kosten vermeiden. So bedauern die Rechnungsprüfer, daß bei Planungen der öffentlichen Hand noch immer auf die niedrigsten Herstellungskosten gesehen werde, ohne dabei mögliche teure Sanierungsfolgen einzukalkulieren. Der Rechnungshof rügt in seinem jüngsten Bericht deshalb auch die Unsicht, Herstellungskosten möglichst niedrig zu veranschlagen und dann auf einen „Nachschlag“ über Nachtragshaushalte zu vertrauen. Er fordert die für öffentlichen Bauten Verantwortlichen auf, grundsätzlich eine Rechnung über die zu erwartenden Folgekosten aufzustellen und erst danach die Planung konkret in Angriff zu nehmen. Die Planungen der öffentlichen Hand sind ohnehin nach Einschätzung der amtlichen Prüfer oft zu ungenau und oberflächlich. Auch dies produziere zusätzliche Kosten.

Brandt bei Honecker

● Fortsetzung von Seite 1

de und „offizielle“ Kontakte zwischen Volkskammer und Bundestag aufgenommen würden.

In Fortsetzung der jetzt beendeten Zusammenarbeit von SPD und SED an Vorschlägen über eine chemiewaffenfreie Zone vereinbarten beide Parteichefs die Arbeit einer neuen Arbeitsgruppe über die Palme-Vorschläge zu einer atomwaffenfreien Zone. Beginn soll im November sein.

hbk. Berlin

Otto Wolff von Amerongen, Spitzenmanager der deutschen Wirtschaft, schlug am Mittwochabend im „DDR“-Fernsehen Brandt um Längen. Die „Aktuelle Kamera“ widmete Otto Wolff fünf Sendeminuten, der SPD-Chef mußte sich am ersten Tag seiner Drei-Tage-Tournee durch Berlin und Thüringen mit knapp drei Minuten begnügen.

Die „DDR“-Kameras hielten bei ihren Aufnahmen so dicht auf die Brandt-Gruppe mit Frau Brigitte und Egon Bahr, daß die Ost-Berliner tat-

sächlich nur als Randfiguren sichtbar waren. Anders als bei Frankreichs Premier Laurent Fabius beispielsweise oder Italiens Ministerpräsident Craxi blieb auch jegliches Fächelschwenken oder anderes Emotionales betont ausgespart. Den Ost-Berlinern erstarben etwaige „Willy“-Rufe schon angesichts der Distanz – 100 Meter und mehr.

Der Adlershofer Fernsehreporter besaß offenbar über Willy Brandts politische Herkunft nur flüchtige Kenntnisse: Der TV-Mann vermeldete mit Inbrunst in der Stimme, Brandt habe sich im „Museum für deutsche Geschichte“ – Kanzler Kohl will diesseits des Brandenburger Tor nur 1000 Meter entfernt das Gegenstück gebaut sehen – über die „Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung informiert“. Als seien beim SPD-Vorsitzenden in dieser Hinsicht Wissenslücken zu schließen. Man habe beim Rundgang, so das „DDR“-Fernsehen weiter, „angeregte Gespräche über August Bebel“ geführt.

Madrid beugt sich Regeln des Cocom

dpa, Madrid

Die spanische Regierung hat sich nach langem Zögern bereit erklärt, das Land den Cocom-Regeln zu unterwerfen, so daß bestimmte sicherheitsgefährdende Technologien strengen Exportkontrollen unterworfen werden können. Cocom, dem Koordinationskomitee für die multilaterale Kontrolle von Exporten, gehören alle NATO-Staaten und Japan an. Ziel der Cocom-Vereinbarung ist zu verhindern, daß moderne technologische Verfahren und Produkte, die zivil wie militärisch nutzbar sind, in die Staaten des Ostblocks, nach China, Vietnam, Kambodscha oder Kuba exportiert werden.

Vor allem die US-Regierung, die gerade einen erneuerten Bericht über den Nutzen westlicher Technologie für die sowjetische Rüstung vorlegte, bestand auf dem Beitritt Spaniens zu Cocom als Voraussetzung für die Lieferung modernster Computer und Waffen.

KGB jagt nach Elektronik

● Fortsetzung von Seite 1

Marschflugkörper von strategischer Reichweite, der für die Navigation über sehr viel Speicherkapazität verfügen muß, bauen zu können. Schließlich erwähnt der Bericht noch ein Testgerät der US-Firma „Fairchild Instrument“ für den Speicher von Mikrochips. Mit Hilfe von beschaffter „Hardware“ und begleitenden Dokumenten sei es der Sowjetunion gelungen, dieses Modell ebenfalls nachzubauen. Besonders stellt der Bericht dabei heraus, daß in diesem wie in anderen Fällen die Technologie zivil und militärisch nutzbar sei.

Für die Zukunft erwartet das Pentagon aufgrund der sowjetischen Praktiken neue Waffensysteme, die dank der Nutzung westlicher Technologie viel schneller entwickelt werden als ohne sie. Besonders erwähnt werden unter „einigen hundert Beispielen“ etwa ein taktisches Kampfflugzeug der neunziger Jahre, eine wiederverwendbare Weltraumfähre, ein chemischer Hochenergie-Laser zur Stationierung im Weltraum, neue U-Boote und strategische Raketen.

Unter den illegal für die Sowjetunion arbeitenden Beschaffern erwähnt der Bericht auch den Deutschen Richard Müller, nach dem die Fährdung laufe, Müller werde zur Last gelegt, zahlreiche Produkte, die auf der westlichen Cocom-Liste stünden, wie Computer, mikroelektronische Teile und ähnliche Produkte, an die Sowjetunion verkauft zu haben. Für seine verbotenen Transaktionen habe Müller zeitweise mehr als 75 Tarn- und Scheinfirmen in Österreich, Frankreich, der Schweiz, in Großbritannien, der Bundesrepublik und den USA unterhalten. Zwischen 1978 und 1983 habe Müller Ausrüstung im Wert von mehreren zehn Millionen Dollar in die Sowjetunion verschoben. 1983 sei seine Transaktion gescheitert, den VAX Computer der US-Firma „Digital Equipment Corporation“ mit Software in die Sowjetunion zu transportieren. Dieses Modell ist dem Bericht zufolge für die Sowjets als besonders kleiner Supercomputer interessant, der anwendbar sei zur Herstellung von Mikrochips mit Hilfe von Computer Aided Design (CAD).

Größere Last für die Arbeitnehmer

dpa, Bonn

Die Abgabenlast mit Einkommenssteuer und Sozialversicherungsbeiträgen hat sich in den vergangenen Jahren zu Ungunsten der Arbeitnehmer und zugunsten der Unternehmer und Selbständigen entwickelt. Das geht aus der Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf eine parlamentarische Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion hervor. Danach sank der Anteil der Arbeitnehmer-Nettoeinkommen am Volkseinkommen (Nettolohnquote) von 67,3 Prozent im Jahr 1981 auf 61,6 Prozent im vergangenen Jahr, also stärker als der Abstieg der Bruttolohnquote – die von 74,4 auf 70,8 Prozent sank. Entsprechend stieg der Anteil der Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen am Volkseinkommen von 32,7 auf 38,4 Prozent; steller als der Bruttoanteil – von 25,6 auf 29,2 Prozent.

Erst kommt der Mensch, dann das Auto. Und so soll es auch bleiben.

Opel schafft neue Werte.



Die Wünsche und Bedürfnisse der Menschen sind im Wandel: Die Freizeit wird wichtiger. Die Familie gewinnt an Bedeutung. Das Umweltbewußtsein ist größer als je zuvor. Wir von Opel nehmen diese Entwicklung ernst und stellen uns auf sie ein.

Neue Werte für eine saubere Umwelt. Alle Opel-Diesels – einschließlich Kadett und Ascona mit dem neuen 1.6 D – erfüllen heute die Normen für schadstoffarme Fahrzeuge. Bei unseren Benzinern bieten wir Katalysator-Versionen in fast jeder Modellreihe. Asbestfreie Kupplungsbeläge sowie kadmiumfreie Kunststoffe und Lacke helfen, die Qualität unserer Umwelt weiter zu verbessern.

Neue Werte für die neue Individualität. Neue und interessante Sondermodelle bieten Ihnen günstige Möglichkeiten, Ihr Auto zu einer ganz persönlichen Sache zu machen: z. B. der Ascona GT/Sport, der Rekord Sport oder der Senator CS.

Neue Werte für Ihre persönliche Freiheit und Freizeit. Viele unserer Fahrzeuge sind außergewöhnlich aerodynamisch und damit außergewöhnlich wirtschaftlich. So sparen Sie Geld für andere angenehme Seiten des Lebens. Beim Service und der Zuverlässigkeit lag Opel schon immer vorn. Und so soll es auch bleiben.

OPEL 
ZUVERLÄSSIG IN DIE ZUKUNFT

Belasteter Ölmarkt

In London - Den in der Nordsee operierenden Ölgesellschaften und insbesondere den überwiegen britischen Betrieben der Off-shore-Industrie für die Herstellung von Bohrgeräten und anderer Ausrüstung wird es bang und bäng. Die Instabilität am Weltölmarkt hat inzwischen nämlich ein Ausmaß erreicht, das die Durchführung ethischer Öl- und Gasprojekte in der Nordsee immer fraglicher erscheinen lässt.

So überschlagen sich gegenwärtig die Nachrichten über immer tiefere Risse innerhalb der Organisation der Erdölproduzenten (Opec). Da ist einmal Saudi-Arabien, das entschlossen ist, sich über ein Opec-Gebot hinwegzusetzen und ein Wettbewerbsgeschäft im Wert von gut elf Milliarden Mark zur Hälfte mit Ölförderungen zu bezahlen. Dies wird den Weltölmarkt ebenso belasten wie die Entscheidung der Saudis, ihr Öl mit einem Preisschlag von 2,50 Dollar je Barrel anzubieten und die Produktion um eine Million Barrel pro Tag zu erhöhen.

Nicht weniger problematisch für das Ölgeschäft und für das Preisniveau am Weltölmarkt ist das Abkommen zwischen Bonn und Irak, einen Teil der Schulden gegenüber der Bundesrepublik mit Öl zu begleichen. Zudem hat Irak bereits angekündigt, daß es auf der nächsten Opec-Sitzung eine Anhebung

seiner Förderquote fordern wird. Es ist längst nicht mehr ausgeschlossen, daß der Ölpreis bis zum Jahresende von gegenwärtig 26 Dollar je Barrel auf 20 gefallen sein wird. Die meisten künftigen Projekte sind aufgrund der schwierigeren Bohrbedingungen aber auf der Basis von 40 bis 50 Dollar kalkuliert. Die jetzt kursierenden Ängste sind verständlich.

Zugpferd

adh. - Einmal mehr scheint sich die Automobilbranche als Zugpferd für die lange der allgemeinen Entwicklung hinterherhinkenden Konsumgüterkonjunktur zu erweisen. Funktlich zur internationalen Automobilindustrie, die mit ihrem Messeauftrieb die anhaltende Auto-begeisterung der Bürger dokumentiert, kommen weitere positive Daten aus den Werken der Autohersteller. Unbeschadet der kleinen sommerlichen Delle, die auch die Flensburger Zulassungszahlen für Kraftfahrzeuge signalisieren, geht es weiter aufwärts mit Produktion, Export und Bestellungen. Gerade die schadstoffarmen Automobile, bisher freilich vor allem solche mit Dieselmotoren, erfreuen sich steigender Beliebtheit. Die Freude der Kunden, auch der oft als technisch verunsicherten deutschen Autofahrer, an Kraftfahrzeugen mit neuester Technik, trägt Früchte. In allen Autofirmen steigen die Beschäftigtenzahlen. Den Technikfeinden sollte dies zu denken geben.

PROTEKTIONISMUS / Verheerende Folgen für Entwicklungsländer befürchtet

Die Weltbank warnt vor Erosion des Systems freier Handelsströme

Der sich ausbreitende Protektionismus erschüttert das globale System relativ freier Handels- und Finanzströme. Eine weitere Erosion läßt sich nur durch beschleunigtes Wirtschaftswachstum und abnehmende Arbeitslosigkeit verhindern. Diese Warnung richtet die Weltbank an die 148 Mitgliedstaaten, die sich in Kürze in Seoul zur Jahrestagung versammeln.

Der Hinweis auf drohendes Unheil - Einfuhrbarrieren schaffen Probleme und lösen sie nicht - ist die wichtigste politische Aussage, die der Geschäftsbericht der multinationalen Organisation enthält. Er unterstützt in kritischer Zeit besonders die Versuche des US-Präsidenten Reagan, im Kongreß geforderte Handels-sanktionen zu blockieren. Als gefährlich bezeichnet die Bank aber auch den wachsenden protektionistischen Druck in Europa.

Das Entwicklungsinstitut denkt hauptsächlich an die Folgen für die Dritte Welt. Sie können verheerend sein: Mit Sicherheit nicht fortsetzen würde sich dort die wirtschaftliche Erholung, die 1984 nach dreijähriger Stagnation zu einer Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens um 1,8 Prozent führte. Gegenüber dem Vorjahr stieg das zusammengefaßte Bruttoinlandsprodukt immerhin von 2,1 auf 3,8 Prozent (katastrophal blieb die Lage in Afrika südlich der Sahara).

Aber die noch größere Gefahr wäre, daß die Entwicklungsländer Märkte verlieren, die Finanzierung des Schuldendienstes also noch schwieriger würde. Nicht auszuschließen wäre sogar eine Neuaufgabe der Krise. Nach nur 0,8 Prozent in den Jahren 1980 bis

1982 nahmen die Exporte 1983 um 5,6 und 1984 um 8,6 Prozent zu, wobei Afrika wieder das Schlußlicht bildete. Trotz der höheren Erlöse wuchs das Verhältnis Schuldendienst/Exporte von 18,7 auf 33,4 Prozent.

Auch die Umschuldungsaufgaben zwangen viele Länder, den Austeritätsgürtel noch enger zu schnallen. Die ausstehenden Verpflichtungen der Ölimportstaaten stiegen weiter, und zwar um 42,8 auf 454,3 Mrd. Dollar, wovon 182,3 auf öffentliche und 272 Mrd. Dollar auf private Kredite entfielen. Diese Gruppe brachte 1984 für den Zinsendienst 36,7 und für Tilgungen 23,5 Mrd. Dollar auf.

Die Schuldenlast der Ölimportländer gegenüber dem Ausland erhöhte sich um 24, also prozentual stärker, auf 232,2 Mrd. Mit 174,2 Mrd. Dollar bestand hier die Masse aus privaten Darlehen, während öffentliche Gelder mit 57,9 Mrd. Dollar zu Buch schlugen. Die Zinszahlungen erreichten 21,3, die Tilgungen 18,4 Mrd. Dollar. Ohne offizielle Transfers sank das zusammengefaßte Leistungsbilanzdefizit, das 1981 noch 105 Mrd. Dollar ausgemacht hatte, 1984 um weitere 20 auf 35,6 Mrd. Dollar. Der Anteil der Ölimportstaaten schrumpfte um 13,6

auf 33 Mrd. Dollar. Im Geschäftsjahr 1985, das am 30. Juni endete, hat die Weltbank-Gruppe insgesamt 15,3 Mrd. Dollar an Darlehen zugesagt - fast 900 Mill. Dollar weniger als 1984. Die Weltbank, die 12,6 bis 13 Mrd. Dollar eingeplant hatte, brachte es auf 11,4 (1984: 11,9), die International Development Association (Ida), die den ärmsten Mitgliedstaaten hilft, auf drei (3,6) und die privatwirtschaftlich orientierte International Finance Corp. auf 0,9 (0,7) Mrd. Dollar.

Die größten Darlehensnehmer der Weltbank waren Indien mit 1,7, Brasilien mit 1,5 und Indonesien mit einer Mrd. Dollar. Von dem hohen zugesagten Betrag hat sie nur 8,6 Mrd. Dollar ausgezahlt, was geändert werden soll. Das beste „Kunden“ waren ebenfalls Indien (870), China (440) und Bangladesch (270 Mill. Dollar). Hier erreichten die Auszahlungen 2,5 Mrd. Dollar.

Ihre Geschäftsergebnisse legte die Weltbank schon im Juli vor. Sie zeichneten sich dadurch aus, daß der Nettogewinn 1,1 (0,6) Mrd. Dollar überstieg und die neuen Kreditaufnahmen 11,1 (9,6) Mrd. Dollar erreichten, davon 15 Prozent in Mark. Für 1986 veranschlagt die Bank ihren Zinsbedarf auf zwölf bis 13,5, bis 1988 auf 40 bis 45 Mrd. Dollar. Künftig fließen etwa 15 Prozent in die strukturelle und sektorale Anpassung. Geplant ist der Verkauf von Fälligkeiten in verschiedenen Währungen an Banken.

FINANZEN

Der Staatsanteil ist gesunken

Mk. Bonn

Der Anteil aller staatlichen Ausgaben am Bruttosozialprodukt wird 1986 trotz der Ausweitung der sozialen Leistungen weiter sinken. Nach einer Analyse des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung in Hamburg ist der Staatsanteil aufgrund des restriktiven Ausgabenkurses seit 1982 bereits von 49 auf 47 Prozent in diesem Jahr zurückgegangen. Zwar würden die Ausgaben des Staates 1986 mit vier Prozent stärker zunehmen als im laufenden Jahr, wozu in erster Linie die Ausweitung der sozialen Leistungen um 3,5 Milliarden Mark beitragen wird. Aber das nominale Bruttosozialprodukt dürfte nach der Prognose des Instituts im nächsten Jahr um 5,5 Prozent steigen.

Die gesamten Einnahmen der öffentlichen Hand werden 1986 mit 3,5 Prozent schwächer wachsen als in diesem Jahr. Das Finanzierungsschwarz der Gebietskörperschaften werde um 3 bis 4 Milliarden auf 30 Milliarden Mark ansteigen, also erheblich weniger, als die erste Stufe der Steuerreform mit 10 Milliarden rechnerisch ausmacht. Einschließlich der Sozialversicherung werde das Defizit 28 Milliarden Mark betragen.

Das Institut plädiert dafür, die für die nächste Legislaturperiode geplanten Steuersenkungen möglichst frühzeitig vorzunehmen. Es biete sich an, die für 1988 vorgesehene zweite Stufe der Steuerreform so aufzustocken, daß sie zu einem entscheidenden Schritt in Richtung eines linear-progressiven Einkommensteuertarifs wird.

BILLIGE BUTTER

Verfälschter Wettbewerb

Mk. Bonn

Gegen Weihnachtsbutter- oder Gratsbutter-Aktionen nach dem jüngsten Berliner Muster hat sich der Verband der Deutschen Margarineindustrie gewandt. In Berlin hatte von Mitte April an für zweieinhalb Monate jeder beim Kauf von 250 Gramm frischer Markenbutter die gleiche Menge Lagerbutter kostenlos erhalten. Diese Zugabe habe der Steuerzahler zuvor bereits bezahlt.

Der Verband versucht zu belegen, daß der Mehrabsatz eines Kilo Butters den Steuerzahler mehr als 24 Mark kostet. Daher sei dieser Test nicht nur unverträglich kostspielig gewesen, sondern auch unsinnig, da nur ein geringer Prozentsatz der Lagerbutter so abfließen konnte und dies auch nur zu Lasten der Frischbutter.

Auch die Vereinigung der Ernährungsindustrie der EG, die CIAA, hat jetzt gegen die massive Subventionierung von Lagerbeständen, die kostenlos beim Kauf von frischer Ware oder stark verbilligt angeboten werden, schwerwiegende Bedenken geltend gemacht. Durch derartige Aktionen werde reguläre Ware vom Markt verdrängt. Ferner würden, und dieses spielte für den Margarine-Verband eine entscheidende Rolle, konkurrierende Erzeugnisse ungerechtfertigt verdrängt.

Der Verband zitiert eine Entscheidung des Oberlandesgerichts Frankfurt, wonach die kostenlose Abgabe von EG-Butter in Berlin gegen das deutsche Wettbewerbsrecht verstößt. Entscheiden muß jedoch der Europäische Gerichtshof.

Auf dem Förderkurs

Von JAN BRECH

Die Entwicklung der deutschen Schifffahrt ist zur Zeit differenziert. Während der große Bereich Linienschifffahrt aufgrund des anhaltenden Exportbooms und des nach wie vor starken Dollar gut über die Runden kommt, verschlechtert sich die Situation der Massengüterfahrt zusehends. Die Raten sind tief im Keller, und auf den Märkten herrscht Unsicherheit.

Mit ruppigem, manchmal schnell umschlagendem Wetter sind die Reeder gewohnt zu leben. Diskriminierungen und Konkurrenz durch hochsubventionierte rote Flotten, Überkapazitäten und tendenziell sinkendes Ladungsaufkommen bestimmen seit Jahren die Schifffahrtsmärkte. Wenn die deutsche Schifffahrt die Stürme bislang noch immer einigermaßen abgewehrt hat, so, weil die Krisenanfälligkeit sie krisenresistenter gemacht hat und natürlich auch deshalb, weil sie nie versäumt hat, auf nationalen Ausgleich für internationale Benachteiligungen zu drängen.

Der Forderung, den Erhalt einer operationsfähigen Handelsflotte über ein breitgefächertes Hilfsprogramm zu sichern, haben sich die Politiker weder auf Bundes- noch auf Landesebene entzogen. Über Förderungsmaßnahmen wird an der Küste auch zur Zeit wieder viel und laut nachgedacht. Natürlich geht es dabei in erster Linie darum, im politischen Vorfeld die Weichen so zu stellen, daß die als notwendig erachteten Mittel im Haushalt 1986 berücksichtigt werden.

Die augenblickliche Diskussion reicht jedoch weiter. Zur Debatte stehen Veränderungen im gesamten System der öffentlichen Förderung. Die Reeder konkretisieren damit eine Absicht, die ihnen seit langem am Herzen liegt. Was heute nämlich unter der Rubrik Reederhilfe läuft, kommt weitgehend den Werften zugute. Die Subventionen werden vorrangig gewährt, um deutschen Reedern die Vergabe von Neubaufträgen auch bei den international kaum noch wettbewerbsfähigen deutschen Schiffbauern zu ermöglichen. Das ursprünglich mit der Vergabe verbundene Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der Flotte zu verbessern, wird nicht nur nicht erreicht, sondern indirekt sogar gefährdet.

Nehmen die Reeder den finanziellen Anreiz in Anspruch, leisten sie

zwar einen Beitrag zur Werftenbeschäftigung, vergrößern jedoch das ratenrückende Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage. Der Ansatz, die maritime Förderungspolitik ganz neu zu überdenken, liegt auf den Schreibtischen des Finanz- und Verkehrsministeriums. Um der Aufforderung des Bundestages nachzukommen, „die steuerlichen Rahmenbedingungen für die Seeschifffahrt denjenigen vergleichbarer westlicher Schifffahrtsländer anzupassen“, hat die Bundesregierung einen internationalen Steuerbelastungs-Vergleich angefordert, der demnächst im Kabinett diskutiert werden soll.

Das Ergebnis dieser Untersuchung kennen die Reeder aus eigenen Erfahrungen schon heute: Vor allem bei den Ertragsunabhängigen, wie etwa der Gewerbesteuer, gibt es gravierende Benachteiligungen. Der daraus entstehende steuerpolitische Handlungsbedarf soll genutzt werden, um innerhalb der Förderungskonzeption neue Schwerpunkte zu setzen. Auf der einen Seite wird ein Abbau und ein Umlernen der direkten Subventionen auf die Werften, auf der anderen Seite die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch steuerliche Entlastung angestrebt.

Eine solche Modifizierung der Förderungsmaßnahmen ist sicher vernünftig. Einmal hilft sie, die spezifischen Probleme der Schifffahrt und der Werften besser zu berücksichtigen. Die Umwandlung der Reederhilfe in direkte Bausubventionen für die Werften könnte damit gekoppelt werden, daß Zuschüsse künftig auch bei Auslandsaufträgen in Anspruch genommen werden dürfen.

Die deutschen Reeder allein sind ohnehin nicht in der Lage, über ihre Aufträge die Schiffbauindustrie über Wasser zu halten. Für die Schifffahrt, die einen guten Teil der Widerstandskraft ihrer Flexibilität verdankt, würde der Abbau direkter Subventionen zugunsten von steuerlichen Entlastungen eine weitere Reduzierung ihrer staatlichen Abhängigkeit bedeuten. Dem politischen Ziel, zu einem generellen Abbau der Subventionen zu kommen, kommt man mit den Reeder-Vorstellungen allerdings nicht näher. Aus direkten werden nur indirekte Hilfen.

AUF EIN WORT



„Nach unserer Erkenntnis kann der Abbau der Arbeitslosigkeit nur durch Initiativen der Tarifvertragsparteien für Arbeitszeitverkürzung, sozialrechtlich geregelte Teilzeitarbeit, durch Überstundenentgeltzuschüssen durch ein neues Arbeitszeitgesetz und durch sozialstaatliches Handeln der öffentlichen Hände erreicht werden.“

Hermann Rapp, Vorsitzender der IG Chemie-Papier-Keramik
FOTO: JUPP DARCHINGER

Günstige Kreditzinsen

dpa/VWD, Bonn

Die Zinsen für Kredite sind auf dem niedrigsten Stand seit sieben Jahren. Nach einem Überblick des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung ist der Kapitalmarktzins von seinem Höchststand 1981 von durchschnittlich 10,8 Prozent auf 6,5 Prozent im August 1985 gefallen. Hypothekarkredite werden jetzt zwischen 6,8 und 8,6 Prozent verzinst. Verbraucher müssen für Ratenkredite Zinssätze zwischen 6,44 und 13,64 Prozent entrichten. Die Zinsen für Kontokorrentkredite liegen zwischen acht und elf Prozent und die für Wechseldiskontkredite zwischen 4,5 und acht Prozent.

AUTOMOBILINDUSTRIE

Trotz Rückgang im August weiter auf der Sonnenseite

adh. Frankfurt

Die Automobilkonjunktur bleibt auf der Sonnenseite. Das signalisieren die Zahlen im jüngsten Konjunkturbericht des Verbandes der Automobilindustrie (VDA). Zwar registrierte die Branche im August bei Produktion und Export Rückgänge von jeweils rund einem Fünftel gegenüber den Werten vom August 1984. Diese ergeben jedoch ein schiefes Bild.

Denn einmal hatte ein großer Hersteller noch Werkstufen im August, zum anderen wurde im vergangenen Jahr, um die Streikverluste auszugleichen, teilweise die Werkstufen hin- und her geschoben. Der Produktionsanstieg bei Pkw bleibt unverändert aufwärts gerichtet, hält deshalb der VDA fest. Von Januar bis August wurden insgesamt 2.731.000 Pkw/Kombi hergestellt, das sind rund 17 Prozent mehr als in der gleichen Vorjahreszeit.

Im Export gingen davon 1.700.900 Fahrzeuge, nochmals 26 Prozent mehr gegenüber dem bereits hohen Vorjahreswert. Im Ausland liegen die deutschen Autos weiter gut im Rennen: Die Bestellungen signalisieren eine anhaltende, lebhaft Nachfrage nach deutschen Personenwagen, betont der VDA. Im Inland haben sich die Besteller dagegen im August etwas zurückhaltender als im Juli gezeigt; sie warten die auf der IAA gezeigten neuen Modelle ab.

Aufwärts gerichtet ist der Trend trotz einer Delle im August auch bei Nutzfahrzeugen: für die leichten Lkw bis 6 t summiert sich das Produktionsplus in den ersten sieben Monaten auf 16 Prozent. Die sonstigen Nutzfahrzeuge legten elf Prozent (Produktion) und drei Prozent (Export) zu. Auch die Neubestellungen von Nutzfahrzeugen aus dem Ausland fließen etwas zunumer.

STAHLGESPRÄCHE

USA wollen alle Sorten in Abkommen einbeziehen

H.A. SIEBERT, Washington

In der ersten Verhandlungsrunde über die Erneuerung des 1982 mit der EG geschlossenen Massenstahl-Abkommens, die in Washington durchgeführt wurde und innerhalb Tage dauerte, hat die amerikanische Delegation ihre Karten offen auf den Tisch gelegt: Sie verlangte die Einbeziehung aller Stahlsorten, die von den Europäern geliefert werden, in ein einziges Paket fester Mengendeckelungen. Außer Kohlenstoffstahl würden also auch Halbzug, Spezialstahl, Röhren und Legierungsstahl Bestandteil der Quote.

Die aus Brüssel angereiste EG-Delegation hat die Wünsche der USA nur entgegennahmen können, da sich ihre Instruktionen auf das auslaufende Massenstahl-Arrangement beschränkten, das den europäischen Anteil am amerikanischen Stahlmarkt auf rund 5,5 Prozent begrenzt.

Im Gegenzug forderte sie jedoch eine Entschädigung für die Liefermengen, die Neulieferung auf dem US-Markt - zu meist Entwicklungsländer - an sich gezogen haben.

Washingtons Strategie ist deutlich darauf gerichtet, die EG-Stahlführer in die Vereinigten Staaten weiter zu drücken. Denn Halbzug zum Beispiel, das noch weiterverarbeitet werden muß, unterlag bisher keinerlei Restriktionen. Andererseits verlangt die US-Stahlindustrie, daß sie Brannen frei importieren darf. Worauf man sich einigte, war eine dichte und intensive Gesprächsserie, damit der 31. Oktober als Stichtag eingehalten werden kann. So findet die zweite Runde bereits am kommenden Mittwoch in Brüssel statt. Die EG hat von Januar bis Juli 3,59 Mill. Tonnen Stahl in die USA exportiert, verglichen mit 2,96 Mill. Tonnen in der gleichen Zeitspanne 1984.

Köhler kritisiert Bonn

Bonn (dpa/VWD) - Kritik an der Verwendung großer Teile der Bundesbankgewinne der letzten Jahre im Bundeshaushalt äußerte am Mittwoch in Bonn das Direktoriumsmitglied der Bundesbank, Claus Köhler. In einem Vortrag vor der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung sagte Köhler, die jeweiligen Regierungsparteien hätten die ausgeschütteten Milliardenbeträge nicht zur Bildung eines Sondervermögens genutzt, sondern als willkommenen Beitrag zur Finanzierung der laufenden Haushaltsangelegenheiten. Kritisch dazu hätten sich die Politiker immer nur solange geäußert, wie sie der Opposition angehörten. 1984 betrug der Bundesbankgewinn 13,2 Milliarden DM. Davon fließen in diesem Jahr 12,9 Milliarden in den Bundeshaushalt. Auch in den kommenden Jahren erwarte die Deutsche Bundesbank hohe Gewinne, sagte Köhler.

Ungarische Bank als AG

Budapest (dpa/VWD) - Im kommunistischen Ungarn ist Budapest Zeitungsbereitungen zufolge eine Bank in Form einer Aktiengesellschaft gegründet worden. In Budapest wurde von 44 Aktionären die „Allgemeine Unternehmer-Bank A. G.“ ins Leben gerufen. Die Bank verfügt über ein Grundkapital von 2,2 Mrd. Forint (rund 129 Mill. DM). Sie soll „durch Anwendung von neuen Finanzierungsformen“ unter anderem Leasing- und Wertpapiergeschäften und Kredittransaktionen tätigen Wertpapieren ausgeben dürfen, Deposite übernehmen und als Vermögensverwalter auftreten.

Japan will verhandeln

Tokio (dpa/VWD) - Japans Regierungschef Yasuhiro Nakasone hat sich für umfassende Wirtschaftsverhandlungen mit den USA ausgesprochen, die eine Anpassung der Wirtschaftspolitik beider Länder zum Ziel haben müßten. Vor der Generalversammlung der japanischen Industrie- und Handelskammer sagte Nakasone gestern in Tokio, seine Regierung werde sich um eine Stärkung des Yen-Kurses gegenüber dem Dollar bemühen.

Neue Welthankanleihe

Frankfurt (dpa/VWD) - Die Weltbank leiht sich am deutschen Kapitalmarkt 600 Mill. Mark. Die Anleihe läuft über zehn Jahre, hat einen Verkaufskurs von 100 Prozent sowie eine Verzinsung von 6,5 Prozent, die auch der Rendite entspricht. Die Deutsche Bank hat nach eigenen Angaben die Forderung, es ist eine amtliche Notierung an allen deutschen Wertpapierbörsen vorgesehen.

Milchproduktion gesunken

Wiesbaden (dpa/VWD) - Die Quotenregelung zur Begrenzung der Milchproduktion in der EG zeigt Wirkung: Mit rund 25,5 Mill. Tonnen blieb die bundesdeutsche Milchherzeugung im Wirtschaftsjahr 1984/85 (bis März) um 6,1 Prozent unter der Menge des vergangenen Jahres. Seit dem Inkrafttreten der Regelung im April 1984 sei die entsprechende Vorjahresmenge in jedem Monat unterschritten worden, berichtete das Statistische Bundesamt in Wiesbaden.

Ernterekord erwartet

Wiesbaden (dpa/VWD) - Auch 1985 ist in der Bundesrepublik eine überdurchschnittlich gute Getreidernte zu erwarten. Wahrscheinlich werde das Spitzenergebnis 1984 jedoch nicht erreicht, berichtete das Statistische Bundesamt. Experten rechnen für 1985 mit 11,5 Mill. Tonnen Brotgetreide, 12,8 Mill. Tonnen Futter- und Industriegetreide und 1,1 Mill. Tonnen Körnermais. Die Qualität wird im allgemeinen als gut bezeichnet, lediglich bei Roggen wurden Auswuchschäden festgestellt.

China-Hilfe aufgestockt

Peking (dpa/VWD) - Die Weltbank ist nach den Worten ihres Präsidenten A.W. Clausen bereit, das Kreditvolumen für China zu vergrößern. Nach den Angaben der amtlichen chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua hat China von der Weltbank seit 1981 Kredite von mehr als vier Mrd. Dollar erhalten. Die Weltbank sei bereit, den Modernisierungsprozeß in dem bevölkerungsreichsten Land der Welt durch weitere finanzielle und technische Hilfe zu unterstützen.



DekaTresor[®], der Sparkassen-Rentenfonds. Für den sicherheitsorientierten Anleger.

Für DekaTresor sprechen überzeugende Gründe: **Substanzzuwachs durch Ertragsthesaurierung.** DekaTresor schüttet die erwirtschafteten Erträge nicht aus, sondern legt sie automatisch im Fondsvermögen wieder an. Dieser Substanzzuwachs kommt den Anlegern in Form einer vergrößerten Anteilpreisenentwicklung zugute und wirkt sich zudem positiv auf das Anlageergebnis aus. **Sicherheitsorientierte Anlagepolitik.** Möglichst hohe Kurssicherheit heißt die Devise der

Fonds-Manager. Sie setzen die Prioritäten auf Rentenwerte mit kürzeren Laufzeiten, um das Kursrisiko zu begrenzen. **DekaTresor eignet sich deshalb besonders für Anleger, die dem Aspekt der Kurssicherheit einen hohen Stellenwert einräumen und dabei Wert auf Substanzzuwachs ihrer Anlage legen.**

Mehr über DekaTresor erfahren Sie vom Geldberater der Sparkasse.

SparkassenFonds: Die hohe Schule der Geldanlage **Deka[®]**

WELTBÖRSEN / Paris hofft auf Stimmungsbesserung

Abgabeneigung in London

London (fu) - An der Londoner Aktienbörse haben sich hochgesteckte Kurswartungen nicht erfüllt. Nach dem Financial Times-Index für 30 führende Werte noch zu Beginn der letzten Woche den bisherigen Rekordstand von 1024,5 Punkten (er stammt vom 22. Januar) nur ganz knapp verfehlt, setzte sich anschließend eine immer stärkere Abgabeneigung durch. So gab der Financial Times-Index im Verlauf der vorigen Woche um insgesamt 8,9 Punkte auf 1011,9 nach, gefolgt um einen Rückgang zwischen Montag und Mittwoch dieser Woche um weitere 11,1 Punkte, so daß die 1000-Punkte-Marke gerade noch gehalten werden konnte. Aus-

schlaggebend waren vor allem ein anhaltender Druck auf Elektronikwerte und eine wachsende Unsicherheit am Ölmarkt. Erst gestern vormittag gab es Anzeichen für eine wieder freundlichere Tendenz.

New York (VWD) - Die New Yorker Aktienbörse schloß am Mittwoch per saldo überwiegend etwas fester.

Wohin tendieren die Weltbörsen? Unter diesem Motto veröffentlicht die WELT jeweils in der Freitagsgabe einen Überblick über den Trend an den internationalen Aktienmärkten.

Bis zum Mittag hatte sich die am Dienstag einsetzende kräftige Abwärtsbewegung unverändert weiter fortgesetzt. Ursache waren aber Verkaufsprogramme im Hinblick auf das Auslaufen der Stock-Index-Termin- und Options-Kontrakte Basis September und nicht, wie am Freitag, die schwache Verfassung des Transportsektors. Der Dow-Jones-Index für 30 Industriewerte schaffte wieder den Sprung über die 1300er Marke. Er schloß mit 1300,40 um 2,24 Punkte höher.

Nach Darstellung von Analysten hat sich die Börse von einer überkauften Situation erholt. Es stelle sich nun aber die Frage, ob die institutionellen Anleger, von denen der Abwärtsdruck ausgelöst worden war, in den nächsten Tagen ebenso agieren werden wie zur Wochenmitte. Sollte der Druck ausbleiben, sei eine kleine „niedliche“ technische Hausse denkbar.

Paris (J. Sch.) - Die französischen Aktienkurse standen in der Berichtswerte weiter unter Druck, obwohl der überraschend gut ausgefallene Preisindex und die Verbesserung der wieder ausgeglichenen Handelsbilanz (bei aktiver Leistungsbilanz) die Stimmung hätte verbessern sollen. Andererseits nahm die Arbeitslosigkeit nach mehrmonatiger Stagnation wieder leicht zu. Als Erklärung reicht das aber nicht aus. Möglicherweise hemmt die Auflage der neuen Staatsanleihe, die selbst nur zögernd gezeichnet wurde, die Kaufbereitschaft. Zu den wenigen Aktien die anstiegen, gehörte Peugeot und Thomson-CSF in Erwartung eines Großauftrags aus den Vereinigten Staaten.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT / Brüsseler Druck auf die Fluggesellschaften

Mehr Wettbewerb im Luftverkehr?

WILHELM HADLER, Brüssel

Die europäischen Luftverkehrsgesellschaften stehen unter wachsendem Druck, sich den Wettbewerbsbestimmungen des Gemeinsamen Marktes anzupassen. Auf einer vom Wall Street Journal veranstalteten Fachtagung hat der zuständige EG-Kommissar, Stanley Clinton Davis, jetzt mit „direkten Maßnahmen“ gegen die Unternehmen gedroht, falls die Verhandlungen über eine Anfröherung des gegenwärtigen Regelsystems aus zwischenstaatlichen Vereinbarungen und Absprachen der Gesellschaften nicht bis Mitte kommenden Jahres vorankommen.

Clinton Davis, der vor zahlreichen Top-Managern der Branche sprach, meinte, die Kommission habe keine andere Wahl. Er forderte dazu auf, unverzüglich Anstrengungen zu unternehmen, „ausgewogene politische Verhandlungen“ zuwege zu bringen, nicht länger nach Anstößen zu suchen. Die Kommission wäre sonst gezwungen, die Veränderungen „Stück für Stück und in unvorhersehbarer Weise durch Gerichtsentscheidungen“ herbeizuführen.

Für Verhandlungen über eine Liberalisierung der Tarif- und Zulassungsregeln im Europäischen Luftverkehr hat sich auch die holländische Verkehrsministerin Smit-Kroes ausgesprochen. Sie kündigte einen entsprechenden Vorstoß an, wenn ihre Regierung im ersten Halbjahr 1986 den Vorsitz im EG-Ministerrat übernehmen wird.

Grundlage für die Verhandlungen soll das „Memorandum“ der Kommission bilden, das bereits Anfang 1984 vorgelegt wurde. Sowohl das Europäische Parlament wie der (aus Vertretern der Sozialpartner und verschiedener Berufsgruppen zusammengesetzte) Wirtschafts- und Sozialausschuß der Gemeinschaft haben kürzlich Stellungnahmen und Änderungsanträge für die Vorschläge unterbreitet.

Die Kommission ist der Ansicht, daß eine völlige Auslieferung des Luftverkehrs an die Marktgesetze nicht möglich ist. Im Gegensatz zu den USA, wo die unter der Carter-Administration eingeführte „Deregulierung“ großen Erfolg hatte, verfügt die EG über zehn und demnach über zwölf nationale Luftverkehrssysteme und entsprechend viele Rechts- und Steuersysteme. Für die europäischen Regierungen sei es auch „politisch undenkbar“, den Konkurs einer nationalen Gesellschaft einfach hinzunehmen, sagte Clinton Davis. Ziel des Memorandums sei es dagegen, „das von starker staatlicher Einflußnahme bestimmte europäische Regelsystem elastischer und wettbewerbsfähiger zu gestalten.“

Eine Lockerung der staatlichen Kontrollen und Kartellabsprachen würde nach Meinung der Brüsseler Wettbewerbsbehörden bewirken, daß den effizienten und neuorientierten Unternehmen Gewinne zuwachsen, die die Expansion und damit die Beschäftigung fördern. Zugleich käme dies den Verbrauchern zugute. Dabei tritt die Kommission für die Bildung eines „Sicherheitsnetzes“ ein, das den Luftfahrtgesellschaften jedes Staates der Vertragspartei bilaterale Abkommen zuzieht und einen Marktanteil von mindestens 25 Prozent jedem anderen Staat garantiert.

Bei den Flugtarifen stützt sich der Vorschlag auf die in jüngster Zeit getroffenen Vereinbarungen über Referenz- und Margentarife. Er geht also von einer Preissenkung aus, innerhalb derer die Unternehmen ihre Flugtarife ohne staatliche Genehmigung festsetzen können. Freistellungen vom Kartellverbot sollen auf vier Jahre begrenzt und nach Ablauf dieses Zeitraums überprüft werden.

Handelsbilanzdefizit mit AKP-Staaten

Die Bundesrepublik hat nach Ansicht des Bundeswirtschaftsministeriums einen beachtlichen Beitrag zur Stabilisierung der Wirtschaftslage in den 65 afrikanischen, karibischen und pazifischen Entwicklungsländern (AKP-Staaten) geleistet, die besonders eng durch das Lomé-Abkommen mit der EG verbunden sind.

Die deutschen Einfuhren aus diesen Ländern sind zwischen 1981 und 1984 immerhin um 48 Prozent auf 12,81 Mrd. DM gestiegen. Dagegen sind die deutschen Exporte von 8,65 auf 4,88 Mrd. DM gesunken. War der Handel 1981 nahezu ausgeglichen, so kletterte das deutsche Defizit im vergangenen Jahr auf 7,95 Mrd. DM.

Im vergangenen Jahr kamen 18 Prozent der deutschen Einfuhren aus Entwicklungsländern; die AKP-Staaten hatten einen Anteil von drei Prozent. Der Handel mit diesen Ländern ist Schwerpunkt der Übersee-Import-Messe „Partner des Fortschritts“, die in der nächsten Woche in Berlin stattfindet.

Hoher Zuwachs bei Lieferung in „DDR“

Die Warenlieferungen aus dem Bundesgebiet in die „DDR“ haben im August einen deutlichen Sprung nach oben gemacht. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilt, wurden in diesem Sommermonat Güter im Gesamtwert von 771 Millionen DM über die deutsch-deutsche Grenze geschickt, was einem Plus von 53 Prozent gegenüber August 1984 entspricht. Den höchsten Zuwachs gab es bei den Investitionsgütern mit einem Plus von 246 Prozent sowie den Erzeugnissen des Bergbaus mit einem Zuwachs von 122 Prozent.

Aus der „DDR“ kamen im August Güter im Wert von 608 Millionen DM, das war ein Plus von sieben Prozent. Damit ergibt sich für August ein Überschuss zugunsten der Bundesrepublik von 163 Millionen DM. In den ersten acht Monaten 1985 macht dieser Überschuss 120 Millionen DM aus. In diesem Zeitraum betrugen die Lieferungen an die „DDR“ 5,2 Milliarden DM sowie die Bezüge aus der „DDR“ 5,1 Milliarden DM.

Hohe Inflation in Jugoslawien

Die mit einer schweren Krise kämpfende jugoslawische Wirtschaft kommt trotz aller Anstrengungen der Politiker nicht aus dem Tal heraus. Wie das Statistische Bundesamt in Belgrad veröffentlichte, ist die Industrieproduktion des Landes in den ersten acht Monaten gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 2,4 Prozent gestiegen. Im 1. Halbjahr hatte die Zunahme noch 2,9 Prozent betragen. Unter diesen Umständen ist eine Planerfüllung von vier Prozent nicht zu erwarten. Jugoslawien ist mit rund 30 Mrd. Dollar im Westen verschuldet.

Die Preise seien im August gegenüber August 1984 um 75,7 Prozent gestiegen. Die hohe Inflationsrate sei vor allem auf gestiegene Preise bei Nahrungsmitteln zurückzuführen. Auch die ersten Export-Zahlen aus den einzelnen Republiken zeigten, daß die Warenzufuhr in westliche Länder, die zur Begehung der Schulden drastisch vergrößert werden sollte, bei weitem unter dem Plan liege.

CHINA / Peking will überhitzte Konjunktur dämpfen

Der Privatsektor expandiert

AFP, Peking

Die Anzahl der privaten Unternehmen nahm im ersten Halbjahr in China nach offiziellen Statistiken um 14,5 Prozent auf 10,65 Millionen zu. Diese Betriebe, deren Umsatz in der Berichtsperiode im Vergleich zum ersten Halbjahr 1984 um 92,5 Prozent auf 24,5 Mrd. Yuan anstieg, beschäftigten insgesamt 15 Millionen Arbeitskräfte. Der Umsatz des chinesischen Privatsektors erreichte 14 Prozent des gesamten Einzelhandelsumsatzes. Die Anzahl der chinesischen Privatbetriebe war bereits 1984 im Vergleich zu 1983 um 57,4 Prozent und der Umsatz auf 8,6 Prozent des Einzelhandelsumsatzes angestiegen.

Die stärkste Zunahme privater Unternehmen wurde im ersten Halbjahr 1985 im Transportsektor (plus 49 Prozent) verzeichnet. Diese Betriebe transportieren in der Berichtsperiode nach offiziellen Angaben über 40 Prozent des Warenverkehrs. Der chinesische Privatsektor zählte 1976 nur 300 000 Personen. Nach den neuen Bestimmungen können private Unternehmen bis zu fünf Arbeitskräfte beschäftigen und haben das Recht, Apotheken im Oktober vergangenen Jahres das Recht, private Kliniken und Apotheken zu eröffnen. Die Privatunternehmen spielen jedoch auf dem Arbeitsmarkt weiterhin nur eine sehr bescheidene Rolle, da sie nur 3,3 Prozent der auf 450 Millionen geschätzten erwerbsfähigen Bevölkerung des Landes beschäftigen. Ministerpräsident Zhao Ziyang hatte im Februar erklärt, die Expansion der Privatbetriebe sei zwar ein „nützlicher kapitalistischer Faktor in einem sozialistischen Land“, er werde den Charakter der sozialistischen Wirtschaft nicht verändern.

Die durchschnittliche Wachstumsrate der Produktion der chinesischen Industrie und Landwirtschaft dürfte in den nächsten fünf Jahren nach Angaben des Ministerpräsidenten vor der in Peking eröffneten Nationalkonferenz der Kommunistischen Partei Chinas rund sieben Prozent erreichen und die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts diesen Prozentsatz leicht übersteigen. Diese Zahlen wurden als Planziel für den siebten Fünfjahresplan 1986 bis 1990 eingesetzt.

Zhao unterstrich, daß die Zunahme der Industrie- und Agrarproduktion leicht übersteigen. Diese Zahlen wurden als Planziel für den siebten Fünfjahresplan 1986 bis 1990 eingesetzt.

BRITISH LEYLAND / Privatisierung ist gefährdet

Weiterhin hohe Verluste

Der staatliche Automobilhersteller British Leyland kommt aus den Schwierigkeiten nicht heraus. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres mußte das Unternehmen einen Verlust in Höhe von 44,8 Mill. Pfund (173,6 Mill. DM) hinnehmen. In den ersten sechs Monaten des vergangenen Jahres lag der Verlust bei 34,9 Mill. Pfund, doch damals war noch das Ergebnis des inzwischen privatisierten Unternehmens Jaguar enthalten.

Dem Betriebsergebnis von British Leyland in der ersten Hälfte dieses Jahres in Höhe von 11,3 Mill. Pfund (43,9 Mill. DM) stand im vergangenen Jahr zur gleichen Zeit ein Rohgewinn in Höhe von 17,9 Mill. Pfund gegenüber. Dazu war ein Rohgewinn von Jaguar für das erste Halbjahr in Höhe von fast 45 Mill. Pfund enthalten. Jaguar wurde im August letzten Jahres privatisiert und brachte damit nicht weniger als 300 Mill. Pfund (1,15 Mrd. DM) in die Kasse.

Die Hoffnungen der Regierung

Thatcher, das Staatsunternehmen in absehbarer Zeit ebenfalls zu privatisieren, habe sich erst einmal zerschlagen. Es ist nämlich nicht abzusehen, wann British Leyland in die Lage versetzt werden könnte, seine Verluste wesentlich abzubauen. Gleichzeitig dürften die Forderungen vor allem aus konservativen Kreisen liegen, den Konzern nicht länger auf des Steuerzahlers Tasche liegen zu lassen. Neben einer Schließung, die allerdings vor den nächsten Parlamentswahlen ausgeschlossen zu sein scheint, käme eine letzte Regierungszahlung an British Leyland zur Reinwaschung der Bilanz in Frage.

Verschieben werden müssen aller Voraussicht nach auch Regierungspläne für eine separate Privatisierung der British-Leyland-Tochter Unipart. Das Ersatzteile- und Zulieferunternehmen, das noch vor Ende dieses Jahres privatisiert werden sollte, mußte einen scharfen Rückgang seines Betriebsergebnisses in den ersten sechs Monaten 1985 von knapp neun auf vier Mill. Pfund hinnehmen.

FRANKREICH / Arbeitslosenzahl leicht gestiegen

Überschuß im Außenhandel

JOACHIMSCHAUFUSS, Paris

Die französische Handelsbilanz war im August praktisch ausgeglichen. Saisonbereinigt entstand ein bescheidenes Plus von 4 Mill. Franc nach einem Defizit von 3,84 Mrd. Franc im Juli und einem Überschuss von 1,99 Mrd. Franc im Juni. Für die ersten acht Monate dieses Jahres ergibt sich danach ein Passivsaldo von 18,2 Mrd. Franc. Bis zum Jahresende will ihn die Regierung auf 10 Mrd. Franc reduzieren, nachdem sie ursprünglich einen kleinen Aktivsaldo angestrebt hat.

Das gleichwohl befriedigende wenn auch nicht sehr repräsentative August-Ergebnis ist vor allem dem starken Importrückgang um 4,1 Prozent gegenüber dem Vormonat zuzuschreiben. Die Exporte erhöhten sich um 0,8 Prozent auf 74,9 Mrd. Franc bei einer Saisonbereinigung um immerhin 14,1 Mrd. Franc.

Immerhin wurde zunächst einmal die Verschlechterung der französischen Handelsbilanz statistisch gestoppt. Ihre erneute Verbesserung erscheint angesichts der gebremsten Inflation nicht ausgeschlossen. Im August war der Lebenshaltungskostenindex nur noch um 0,1 Prozent und im Jahresvergleich um 5,8 Prozent gestiegen, was erstmals dem EG-Durchschnitt entsprach.

Dagegen hat sich die Lage am französischen Arbeitsmarkt erneut verschlechtert. Die Zahl der Arbeitslosen (Stellengesuche) stieg (saisonbereinigt) im August um 10 700 oder 0,4 Prozent (Juli: plus 0,3 Prozent) auf 2,425 Millionen. Gleichzeitig schrumpfte das Stellenangebot auf 30 200 (31 700) oder um 0,8 Prozent. Die Regierung weist darauf hin, daß die Arbeitslosigkeit um 7700 Personen niedriger ist, als sie es zu Beginn dieses Jahres gewesen war. Dies ist aber ausschließlich ihrer „sozialen Behandlung“ zuzuschreiben. Allein die Zahl der für Arbeiten von öffentlicher Interesse Teilbeschäftigten erhöhte sich im August um 3400 auf 140 000.

EG / Ausschuß für Haushaltskontrolle in Athen

Olivenöl-Überschuß droht

MICHAEL G. MOHNLE, Athen

Erstmals tagt der Ausschuss für Haushaltskontrolle des Europäischen Parlaments in der Hauptstadt des noch relativ jungen EG-Mitgliedsstaates Griechenland. Bis heute nachmittag will er in einem intensiven Erfahrungsaustausch mit den nationalen Kontrollinstanzen „Anregungen zu einer Vereinfachung und Vereinheitlichung der komplizierten und vielfach unterschiedlichen Verwaltungspraktiken bekommen“, erklärte der Ausschussvorsitzende Heinrich Aigner (CSU) in einem Gespräch mit der WELT.

Der Kontrollausschuss ist einer der wichtigsten Ausschüsse des Straßburger Parlamentes. Er ist für die jährliche Entlastung der EG-Kommission zuständig, die den 60-Milliarden-Mark-Haushalt der EG abwickelt. Treten bei der Kontrolle des Haushaltsvollzugs Unregelmäßigkeiten auf, kann das Parlament auf Antrag des Kontrollausschusses ein Misstrauensvotum formulieren, das zum Sturz der Kommission führen kann. Da die Behörden und Ministerien der Mitgliedsstaaten die ausführenden Organe europäischer Gesetze sind, ist es äußerst wichtig, daß sich das Parlament vor Ort über die Funktionsfähigkeit der Systeme informiert.

In seiner Sitzung in Athen befaßte sich der Kontrollausschuss insbesondere mit der EG-Entwicklungshilfe

durch die Europäische Investitionsbank und der Gemeinsamen Marktordnung für Olivenöl. Die Europäische Investitionsbank führt EG-Mittel in Höhe von mehreren Milliarden Mark an die Länder des Mittelmeerraumes, aber auch des afrikanischen, karibischen und pazifischen Raumes aus. Der Kontrollausschuss fordert vollen Einblick in diese Investitionstätigkeit, damit das Europa-Parlament seine Aufgabe als Kontrollorgan der EG wahrnehmen kann. Aigner dazu: „Dem Steuerzahler kann doch nicht zugemutet werden, daß Mittel in verfehlte oder mit den Bedürfnissen der Bevölkerung nicht zu vereinbarende Projekte fließen.“

Sehr beunruhigt zeigten sich die Ausschussmitglieder über die Situation bei Olivenöl nach der bevorstehenden Erweiterung der Gemeinschaft um Spanien und Portugal. Denn wenn hier nicht sofort Maßnahmen ergriffen werden, wird die EG der Zerstörung von Olivenbäumen im Olivenöl-Überschuß in Höhe von jährlich 230 000 Tonnen oder knapp 20 Prozent der Erzeugung haben. Andererseits müssen aber auch die sozialen Aspekte einer Reduzierung der Produktion bedacht werden: Der Produktion der Oliven kommt aus Gebieten, in denen alternative Anbaumöglichkeiten nicht bestehen. So wachsen in Griechenland 57 Prozent der Oliven auf Hainen, die kleiner als ein Hektar sind.

ZAHLENVERKEHR / Versuch in Manchester soll Bargeld beim Einkauf ersetzen

Mit der Kreditkarte in den Schnellimbis

WILHELM FURLER, London

Wer wird schon „fish and chips“ und andere Schnellimbis-Kostlichkeiten allen Ernstes mit der Kreditkarte bezahlen wollen? Und wo gäbe es das, daß der Friseur neben dem Schnellimbis-Laden für seine Dienste die gleiche Kreditkarte akzeptiert wie der Meister über Fisch und Fritten nebenan, wie der Metzger ein Haus weiter und wie der Weinhandler um die Ecke? Seit Wochen beginnt in genau dies möglich, nämlich in Europas erster Kreditkarten-Stadt, dem typisch englischen Vorort-Flecken Wilmslow südlich von Manchester.

In Großbritannien sind Kreditkarten weit stärker verbreitet als irgendwo anders in Europa. Dies gilt nicht nur für die weltweiten Kreditkartensysteme wie Visa, Access oder American Express. Sondern nahezu jede Kaufhaus-Kette, die etwas auf sich hält, stützt ihre solventen Kunden mit eigenen Plastikarten aus. Gleiches gilt für Tankstellen, Autovermiet-

ter und Hotelketten. Doch Wilmslow mit seinen überwiegend wohlhabenden Einwohnern, die tagtäglich in Manchester arbeiten und als Pendler offenbar viel Mühe haben, sich Neues einfallen zu lassen, hat jetzt als erste Stadt ihrer eigene Kreditkarte. Die „Wilmslow-Karte“ kann zwar nur innerhalb der Gemeinde benutzt werden, dafür allerdings schon jetzt, kurz nach ihrer Einführung, in einer erstaunlichen Vielfalt.

Erkunden wurde sie von Paul Robinson, dem Vorsitzenden der örtlichen Handelskammer. Nach Ansicht der Organisatoren werden bis zum Ende dieses Woche gut 2000 Kreditkarten an Wilmslow-Bürger ausgestellt sein. Es werde nicht lange dauern, bis diese Zahl auf 10 000 erhöht hat. Abgerechnet wird die Wilmslow-Karte einmal im Monat, und zwar von einer Zentralstelle, die die Karten-Konten überprüft und die Geldingänge auf die Konten der einzelnen Geschäfte und Restaurants westwärts.

Worauf die Väter der Wilmslow-Karte besonders stolz sind: „Die Bereitschaft der Geschäftsinhaber und Leiter der Kaufhäuser und auf und ab in den Einkaufsstraßen von Wilmslow, sich an der Kreditkarten-Aktion zu beteiligen, ist unwahrscheinlich“, versichert Ken Barlow enthusiastisch gegenüber der WELT. Barlow ist ein bekannter Fernseh-Schauspieler, der in Wilmslow lebt und sich für die Kreditkarte seiner Stadt einsetzt.

Bereits jetzt hat sich gut ein Viertel der rund 250 Geschäfte, Supermärkte, Restaurants und Dienstleistungsbetriebe in Wilmslow der Kreditkarten-Kette angeschlossen. Die Organisatoren sind überzeugt, daß etliche mehr hinzukommen werden. Eines nicht fernem Tages, so lautet die Devise, brauchen die Einwohner von Wilmslow kein Bargeld mehr. Schon jetzt ist abzusehen, daß Wilmslow nicht die einzige Stadt in Großbritannien mit einer eigenen Kreditkarte bleiben wird.

„Während des Fluges ruhe ich mich aus und tanke Kraft für meine Verhandlungen. Deshalb fliege ich - wenns geht - mit FINNAIR.“

Die FINNAIR Executive Class ist die Klasse für Geschäftsreisende. Mit bequemen Sitzen und mehr Beinfreiheit in einem separaten Abteil. Mit 30 kg Freigepäck pro Person. Mit vorzüglicher Küche, Champagner und erlesenen Weinen. Mit Abfertigung am Executive-Schalter in Helsinki. Und als besonderer Service: Check-In-Möglichkeit im Hotel Intercontinental Helsinki und Executive-Lounge am Flughafen. Soviel mehr Komfort zum Normaltarif sollten Sie sich leisten.



Wolfgang Wegand, Geschäftsführer Industriewerk Rheinböllen GmbH

TÄGLICH AB FRANKFURT UND HAMBURG. NONSTOP nach HELSINKI

FRA 09.40 - 13.10	FRA 07.00 - 08.30
HAM 14.30 - 17.20	HAM 08.00 - 08.55
FRA 21.10 - 00.40	FRA 18.05 - 19.40

Flüge nach und von Finnland im Pool mit Lufthansa

Buchungen und weitere Informationen in Ihrem Reisebüro.

FINNAIR
Komfort den Sie brauchen

MARTIN MERKEL / Geschäft hat sich deutlich belebt

Besonderer Auslandserfolg

JAN BRECH, Hamburg
Die bessere Beschäftigung im Maschinenbau und die verstärkte Investitionstätigkeit der chemischen Industrie haben bei der Martin Merkel GmbH & Co. KG, Hamburg, zu einer deutlichen Geschäftsbelebung geführt. Wie das Unternehmen, das zu den führenden Herstellern von Industriedruckmaschinen in Europa zählt, weiter mitteilt, wirkten die 1983 durchgeführten Umstrukturierungen im Vertrieb und die verstärkten Aktivitäten auf dem Gebiet der Produktinnovation positiv nach.

In den ersten sieben Monaten dieses Jahres ist der Umsatz um zehn Prozent gestiegen und die Belegschaft um 1250 Mitarbeiter aufgestockt worden. Mit dieser Entwicklung steht sich der deutliche Aufwärtstrend des Jahres 1984 fort. Das Stammhaus erzielte im vergangenen Jahr ein Wachstum von 15 Prozent. In der Gruppe betrug das Plus acht Pro-

zent. Einschließlich der ausländischen Fertigungs- und Vertriebsstellen gibt Merkel den konsolidierten Gesamtumsatz mit 132 Mill. DM an. Zur Ertragslage heißt es, daß sich das Betriebsergebnis aufgrund der höheren Auslastung verbessert habe.

Als besonders erfolgreich wird die Entwicklung der sechs Auslands-Vertriebsstellen bezeichnet, die allein ein Umsatzwachstum von 28 Prozent erreichten. Vor allem in Frankreich und Italien habe Merkel die Marktanteile weiter vergrößert. Die Merkel-Gruppe verfügt inzwischen mit den eigenen Vertriebsgesellschaften weltweit über 42 Standorte. Um dem industriellen Wachstum in Fernost Rechnung zu tragen, wird gegenwärtig in Malaysia mit einem einheimischen Partner ein Service-Center für Dichtungen aufgebaut. Die Sach-Investitionen im Stammhaus gibt Merkel mit 6 Millionen Mark für 1985 an.

MASCHINENFABRIK GOEBEL / Stark im Export

Wieder hohe Zuwachsraten

INGE ADHAM, Darmstadt
Als Kurt Werner, Vorsitzender der Geschäftsführung der Maschinenfabrik Goebel GmbH, Darmstadt, in der Volksrepublik China aus dem Flugzeug gestiegen, standen vier vertraute Gesichter zum Empfang bereit: ehemalige chinesische Praktikanten bei den mittelständischen Druckmaschinenherstellern. „Und alle haben bereits führende Positionen“, freut sich Werner, der auch in der engen Zusammenarbeit mit der Hochschule Darmstadt (vor allem TH Darmstadt) eine der Grundlagen für den Erfolg der hochspezialisierten Maschinenfabrik sieht.

Das Familienunternehmen mit 1200 Beschäftigten in den beiden Werken in Darmstadt und Münster rückt weltweit zum größten Anbieter von Maschinen zum Druck und Herstellung von Briefmarken auf und schließt sich an, auch mit seinem System der Banknotenherstellung von der Rolle eine führende Position zu erarbeiten. Weltweit führend dürfte Goebel auch bei Maschinen für die

Herstellung von Endlosformularen sein, für die inzwischen eine Lizenz nach Japan gegeben wurde.

Trotz einer Exportquote von 70 bis 75 Prozent plant das Unternehmen keine Auslandsproduktion. Werner weist auf die hohe Forschungs- und Entwicklungsintensität und die hohe Spezialisierung. Der dafür notwendige Stab von Technikern läßt Auslandsproduktionen nicht lohnend erscheinen.

Zwar habe sich der Wettbewerb in den letzten Jahren besonders bei den Standardmaschinen, die auch Goebel zur Auslastung der Kapazitäten bauen muß, verschärft, betont Werner. Er läßt jedoch keinen Zweifel daran, daß man auch damit fertig werde. In diesem Jahr registrierte das Unternehmen eine gesunde, 1981 gegründete Unternehmen wie die Gesamtbranche kräftige Zuwachsraten beim Auftragsingang. Rund um den Druck hat sich die Konjunktur gedreht, meint Drupa-Präsident Werner, der am 21. September seinen 60. Geburtstag feiert.

VOLKSWAGEN / Betriebsrat: Hochkonjunktur für VW - Umfangreiches Maßnahmenpaket zur Produktionssteigerung

Höchster Stand der Beschäftigung seit 1973

DOMINIK SCHMIDT, Wolfsburg
Die Volkswagen AG, Wolfsburg, beschäftigt in ihren sechs inländischen Werken derzeit mehr als 121 000 Mitarbeiter und verfüge damit über den höchsten Personalstand seit 1973. Vorstandsmitglied Günter Hartwich erklärte auf der Betriebsversammlung des Wolfsburger Stammwerkes, die anhaltend hohe Nachfrage habe im laufenden Jahr bereits zu rund 5000 Neueinstellungen geführt, davon knapp die Hälfte in Wolfsburg. Bis zum Jahresende seien weitere rund 2000 Neueinstellungen geplant.

Nach den Worten Hartwichs reicht aber die hohe Zahl der Einstellungen allein nicht aus, um der starken Nachfrage vor allem nach den Modellen Golf und Jetta gerecht zu werden. Im Werk Wolfsburg sei in der Aggregate-Werken Braunschweig, Salzgitter und Kassel gebe es Maschineneng-

pässe, die es zu beseitigen gelte. Aus diesem Grund seien Investitionen in Höhe von 120 Mill. DM beschlossen worden, um die Kapazitäten zu erhöhen und Mehrarbeit in diesen Bereichen abzubauen.

Allerdings seien dies Maßnahmen, die nicht sofort wirksam würden. Deshalb müßten auch „arbeitsorganisatorische Maßnahmen“ ergriffen werden, um die Tagesproduktion kurzfristig zu steigern. Dazu zähle das Durchführen von Anlagen in den Pausen und die Steigerung der Montagekapazität. Auch Sonnabend-Arbeit werde in den Katalog der Überlegungen einbezogen, um flexibel zu bleiben und Kundenaufträge nicht an die Konkurrenz zu verlieren.

Schwerpunkte der Investitionen in den kommenden Jahren, so Hartwich, blieben im Stammwerk die Erhöhung der Fertigungsflexibilität und die Modernisierung der Anlagen.

So soll das Großpreßwerk modernisiert, die Lackierereien erneuert und der Prüfbereich in der Fertigmontage neu gestaltet werden. Dafür seien pro Jahr etwa 750 Mill. DM allein in Wolfsburg vorgesehen.

Der stellvertretende Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats, Walter Hiller, bezeichnete die derzeitige Absattsituation als „sehr gut“. Alles spreche dafür, daß die gegenwärtige „Hochkonjunktur für Volkswagen“ bis ins erste Halbjahr 1986 anhalten werde. Trotz der Sonnabend-Arbeit vor den Werkferien und trotz Auslastung aller Kapazitäten könne die Nachfrage nicht voll befriedigt werden.

Auch der Betriebsrat, so Hiller, habe ein Interesse daran, daß VW so viele Autos wie möglich verkaufe. Deshalb würde man auch das vom Vorstand vorgeschlagene Maßnahmenpaket zur Produktionssteigerung, das weitere Sonnabend-Schicht-

ten noch in diesem Jahr und andere Regelungen vorsehe, ernsthaft prüfen. Hiller wies darauf hin, daß der von Arbeitszeitverkürzungen ausgehende Beschäftigungseffekt unbestritten sei. Zusammen mit der Einschränkung der Mehrarbeit habe die verkürzte Arbeitszeit „nachweislich Arbeitsplätze gesichert gemacht und 3500 Neueinstellungen ermöglicht“.

Auf einer weiteren Betriebsversammlung im hannoverschen Transporterwerk erklärte VW-Vorstandschef Carl H. Hahn, im Gegensatz zu den anderen Werken seien die Probleme in Hannover (18 000 Beschäftigte) noch nicht überwunden. Derzeit würden Überlegungen angestellt, die Beschäftigung des Werks durch Produktionsverlagerungen zu sichern. Die Einbeziehung Hannovers in die Pkw-Fertigung dürfte dabei allerdings nicht zur Diskussion stehen.

BORSIG

Modernisierung der Werksanlagen

th. Berlin
Rund 100 Mill. DM investiert die Borsig GmbH, Berlin, in den Ausbau ihrer Werksanlagen. Davon sind 70 Mill. DM für bauliche Maßnahmen vorgesehen, für Investitionen in Maschinen und Betriebseinrichtungen sind 30 Mill. DM geplant, teilte der Vorsitzende der Geschäftsführung dieser Babcock-Tochter, Heinrich Berger, in Berlin mit.

Mit den Arbeiten zur vollkommenen Neugestaltung der Werksanlage in Tegel ist bereits begonnen worden. Im Spätsommer 1987 soll das Investitionsprogramm abgeschlossen sein. 1987 feiert Borsig auch das 150jährige Jubiläum. Das Unternehmen wird dann, so Berger, über eine der modernsten Maschinenbau-Produktionsstätten in Europa verfügen.

Von dem bisher rund 360 000 Quadratmeter großen Gelände am Tegel-See behält Borsig etwa 170 000 Quadratmeter und hat damit noch genügend Spielraum für spätere Erweiterungen. 190 000 Quadratmeter wurden dem Berliner Senat für Industrieansiedlungsprojekte zur Verfügung

Weitere Wirtschaftsnotizen auf der Seite 15

gestellt. Den Erlös dafür gab Berger mit 32 Mill. DM an.

Das Geschäftsjahr 1984/85 (30.9) wird das Maschinenbau-Unternehmen nach Angaben von Berger mit einem deutlich besseren Ergebnis als im Vorjahr (5,2 Mill. DM) abschließen. Und für das nächste Geschäftsjahr erwartet er eine weitere Verbesserung. Der Auftragsbestand lag bis Ende August mit 308 Mill. DM um elf Prozent höher als vor einem Jahr, der Auftragsbestand stieg um fünf Prozent auf 581 (555) Mill. DM. Die Planwerte für den Auftragsbestand von 315 Mill. DM und den Umsatz von 320 Mill. DM werden bis zum Ende des Geschäftsjahres erreicht werden.

Die Zahl der Beschäftigten ist mit rund 2320 konstant geblieben. Deutlich erhöht hat Borsig aber die Zahl der Auszubildenden. Insgesamt werden jetzt 250 jungen Menschen ausgebildet.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Salamander wächst kräftig

Stuttgart (nl) - Die Salamander-Gruppe, Kornwestheim, hat in den ersten acht Monaten 1985 ihren Umsatz um 8,5 Prozent auf fast 730 Mill. DM vergrößert. Beim Stammhaus nahm der Umsatz auf 465 Mill. DM (plus 8,4 Prozent) zu. Alle Produktionskapazitäten seien, wie es heißt, bei einer durchschnittlichen Tagesproduktion von rund 37 000 Paar Schuhen voll ausgelastet. Für das Gesamtjahr werde wieder mit einem „befriedigenden Ergebnis“ gerechnet.

Europa-Normen für PC

Ivrea (dpa/VWD) - Der italienische Bürotechnikkonzern Olivetti SpA, Ivrea, will mit Partnern in Großbritannien und Frankreich einheitliche Normen für Personal Computer für Schulen und den allgemeinen Gebrauch entwickeln. Partner seien die britische Acorn, an der Olivetti mit 80 Prozent beteiligt ist, und Thomson-CSF, Paris. Ein Abkommen zur Bildung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe sei getroffen worden.

Mehr für Forschung

Berlin (dpa/VWD) - Die Schering AG will das Forschungspotential der Sparte Pflanzenschutz in den nächsten drei Jahren um etwa die Hälfte erweitern. Mit dem Ausbau an den beiden Forschungszentren in Berlin und Cambridge werde die Synthesekapazität für neue chemische Substanzen „entscheidend vergrößert“, teilte das Unternehmen mit. Mit einem Umsatz bei Pflanzenschutzmitteln von über 1 Mrd. DM in den ersten acht Monaten 1985 gehört Schering zu den weltweit führenden Unternehmen auf diesem Gebiet.

Kaufabsichten

Saarbrücken (dpa/VWD) - Die Halberstädter AG, Saarbrücken, will die Mehrheit an der Luitpoldhütte AG, Amberg, übernehmen, die sich zu 74 Prozent im Besitz des Salzgitter-Konzerns befindet. Die restlichen 26 Prozent hält der Freistaat Bayern. Der zum staatlichen französischen Saint-Gobain-Konzern gehörende saarländische Hersteller von Rohr- und Maschinenguß wies 1984 bei ei-

nem Umsatz von 492 Mill. DM einen Bilanzverlust von 37,4 Mill. DM aus.

Impulse von der Freizeit

München (dpa/VWD) - Der größte Sportartikelkonzern der Welt, die Adidas-Sport Schuhfabriken Adi Dassler KG, Herzogenaurach, wird 1985 mehr als 4 (1.V. 3,9) Mrd. DM Umsatz erzielen, kündigte der Vorstand des Familienunternehmens an. Umsatzsteigerungen werden 1985 vor allem von der neuen Freizeitkollektion erwartet. Adidas beschäftigt derzeit im Inland 4400 und im Gesamt-konzern 11 000 Mitarbeiter.

Roto setzt mehr um

Stuttgart (nl) - Die Roto-Firmengruppe, Leinfelden-Echterdingen, Hersteller von Baubeschlägen, Wundschneidern, Boden- und Wendeltreppen, erwartet für das laufende Geschäftsjahr einen Umsatz von 350 Mill. DM. In 1984 belief sich der Umsatz auf rund 330 Mill. DM und nicht wie irrtümlich gemeldet (WELT vom 16. September) - 30 Mill. DM.

IAA '85 Die WELT berichtet aus Frankfurt IAA '85

Transportermarkt bleibt schwierig

Im Gegensatz zur günstigen Entwicklung bei Personenkraftwagen warten die Hersteller von leichten Nutzfahrzeugen weiter auf Belebungstendenzen. Diese Einschätzung wird durch die letzten verfügbaren Zahlen aus Flensburg erhärtet. In der Nutzfahrzeug-Klasse bis zu sechs Tonnen Gesamtgewicht wurden in den ersten sieben Monaten 1985 in der Bundesrepublik insgesamt 85 409 Fahrzeuge zugelassen, 600 weniger als in der gleichen Vorjahreszeit.

Dabei ist es weniger der leichte Rückgang der Zulassungszahlen, der den Unternehmen Sorgen bereitet. Mehr noch beunruhigt, daß keinerlei Anzeichen für ein Anheben der seit Jahren unbefriedigenden Nachfrage zu erkennen ist. Der Marktführer bei leichten Nutzfahrzeugen, die Volkswagen AG, verweist bei der Situationsbeschreibung auf ein weites Merkmal: Noch immer bewegen sich

die Auslieferungen in der Nähe des historischen Tiefpunktes. Diese Anmerkung ist vor allem deshalb interessant, weil gerade VW seine Marktposition im bisherigen Jahresverlauf stärken konnte.

Bis Ende August hat das Unternehmen 41 470 (G.V. 39 603) Nutzfahrzeuge (Transporter, LT-Reihe und Pick up/Caddy) im Inland ausgeliefert. Daraus errechnet sich ein Marktanteil von 40,9 (39,7) Prozent. Die im hannoverschen Transporterwerk hergestellten Fahrzeuge gehen auch in den Export. Von daher besitzt das Unternehmen zugleich einen guten Überblick über die Entwicklung der ausländischen Werke.

Auch von dieser Seite kommen kaum Impulse. In der Berichtszeit lieferte VW ins europäische Ausland 39 913 (35 049) Fahrzeuge (plus 13,9 Prozent), während die Exporte nach den USA um 6,9 Prozent auf 12 941

(13 994) Wagen zurückgingen. Insgesamt wurden in Hannover 116 267 (109 248) Nutzfahrzeuge hergestellt; das entspricht einer Zunahme von 6,4 Prozent. Die Beschäftigungslage im Werk Hannover wird aber als nach wie vor problematisch bezeichnet.

Auch die anderen Anbieter von leichten Nutzfahrzeugen machen ähnliche Erfahrungen. Lediglich Daimler-Benz (Marktanteilsgewinn von 19 auf 19,8 Prozent) und Fiat-Iveco (acht nach 6,6 Prozent) konnten ihre Marktposition verbessern, wenn gleich auch in diesen Fällen angefragt wird, daß das Ausgangsniveau unbefriedigend ist.

Stärke Einbußen mußten auf dem deutschen Markt die japanischen Hersteller hinnehmen. Ihr Anteil verringerte sich von 18,5 auf 15,5 Prozent. Gleiches gilt für Ford (8,2 nach 9,2 Prozent). **DOMINIK SCHMIDT**

Die Franzosen waren zu wenig flexibel

Seit der letzten IAA haben die französischen Autohersteller auf dem deutschen Markt zwar nur unwesentlich am Gesamtmarkt verloren, doch unter den Importeuren ging ihr Anteil trotz 10 000 mehr verkaufter Fahrzeuge relativ auf 25,2 (32,7) Prozent zurück. Die Japaner jedenfalls sind mit zwölf Prozent (1984) auf und davon, noch weiter haben sich die beiden im 1. Halbjahr voneinander entfernt.

Beim Vergleich der einzelnen Marken fällt auf, daß man sich, wie der neue Generaldirektor der Deutschen Renault AG, Jean-Pierre Prost-Dame, formuliert, „mit der Produktpalette im Wandel befindet, entweder in der Fertigung zu langsam anließ oder aber den potentiellen Erfolg wie beim Peugeot 205 völlig falsch eingeschätzt hat“. Mehr Flexibilität hätte zu erheblich höheren Verkaufszahlen führen können.

So ist wegen des noch stolzen 205er Absatzes von den großen Marken (außer Daimler und Toyota) Peugeot die einzige Marke mit deutlichen Pluszahlen im laufenden Jahr. Die Schwesstermarke, dieses Hauses, Talbot, ist durch unkluge, ungesteuerte Modellpolitik ein Schatz ihrer selbst. Nicht selten wird in der Branche, auch im Peugeot/Talbot-Handel, bereits von der völligen Aufgabe des Namens gesprochen.

Die Nr. 1 unter den Franzosen, Renault, hat zur IAA als einziges Unternehmen überhaupt eine ganze Reihe von neuen Modellen vorgestellt. Ein Jeep, Turbo Diesel, Alpine V 6 Turbo, Renault 25 V 6 Turbo, der Kombi Espace 2000 und der R 5 GTL (Rundfahrig) sind neben dem Facelift bei einigen anderen Modellen die Neuheiten. Diese Vielzahl hat dann auch

wieder, wie Prost-Dame zugibt, zu Marktverhärtungen geführt.

Beim R 5 wurde erst 1986 den vollen Erfolg bringen, beim GTL Turbo seien die Auftragsbücher voll, für den R 25 Limousine sei wie für alle großen Fahrzeuge der Anbieter der Markt schwierig. Wenn dann ein gutes Modell auf einen aufnahmefähigen Markt stößt, sieht Prost-Dame die Zuteilung für die Bundesrepublik als „nicht immer befriedigend“ an. Aber: in anderen Ländern ist vielleicht die Ertragsmarge besser.

Der Neuanlauf soll 1986 mit dem Gesamttausch der Palette erfolgreich ausfallen. Immerhin bietet Renault von insgesamt 52 Modellen schon die Hälfte (bedingt) schadstoffarm an. Sechs weitere sind nachrüstbar. Von 12 Dieselformen haben acht die Zulassung als „schadstoffarm“. In fünf oder sechs Jahren will Renault, so Prost-Dame, mit 100 000 verkauften Einheiten wieder die Nr. 1 unter den Importeuren sein.

Peugeot hatte kurz vor der IAA seinem „Erikönig C 28“ einen Namen gegeben: Peugeot 309. Im Hinblick auf dieses neue Modell wurde das Werk Poissy bei Paris einem „beispiellosen technologischen Umwandlungsprozeß“ unterzogen. Mit Milliar-

den-Investitionen entstand wohl eine der leistungsfähigsten Autoproduktionsstätten.

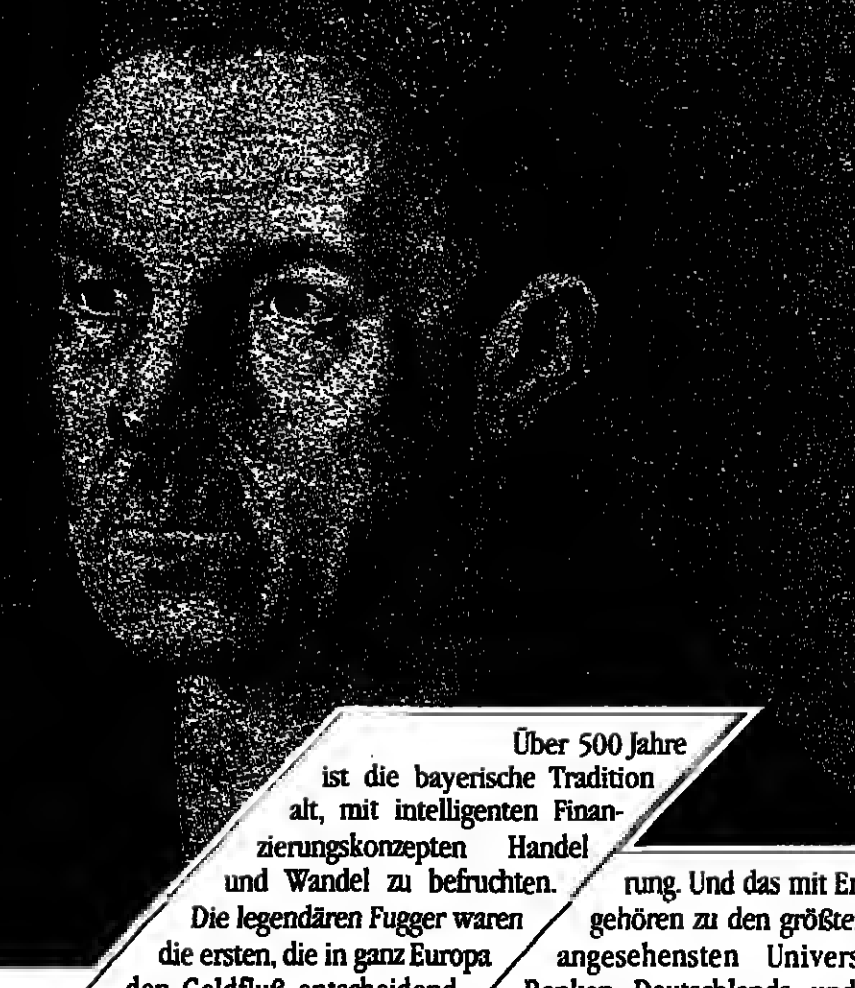
Für den Dritten im Bunde der französischen Anbieter, Citroën, stand die IAA unter dem Motto, keine grundlegenden Modelle zu bringen, aber gründliche Verjüngungskur für die Großen, neuer Kombi der Mittelklasse und verschiedene Face-Liftings bei den Kleinen. Im dritten Jahr gehen allerdings schon die Verkaufszahlen zurück. Derzeit lassen Pluszahlen bei zwei Produktreihen (Visa 1,4 und 1,8 und BX) einen Silberstreifen am Horizont ahnen. Bis Ende 1986 sollen alle Citroën-Modelle nach EG-Richtlinien schadstoffarm oder bedingt schadstoffarm sein.

Nach dem BX (als Benziner mit 89 und 105 PS, als Diesel mit 65 PS) ist der 2 CV, inzwischen 36 Jahre alt, das meistverkaufte Modell (12 000 Stück jährlich) in Deutschland. Alle Schwachleistungen, die dem nostalgischen Außenseiter zugesprochen waren, sind „Enten“, heißt es bei Citroën. Man glaubt im laufenden Jahr die Verkaufszahlen des Vorjahres wieder zu erreichen und mittelfristig auch den Zwei-Prozent-Marktanteil vom Ende der 70er Jahre wiederzuerlangen.

HARALD POSNY

Marke	Neuzulassungen				Marktanteil		Umsatz	
	Jan.-Juli 1985		Gesamt 1984		1984 (%)		1984 (1983)	
	Stück	± %	Stück	± %	insges. Import		(MILL. DM)	
Renault	40 009	- 11,3	84 882	- 4,9	3,5	11,6	1295 (1250)	
Citroën	23 281	- 9,3	37 744	- 9,6	1,6	5,3	556 (567)	
Talbot	2 495	- 70,8	12 754	- 38,2	0,5	1,8) 963 (825)	
Peugeot	33 805	+ 14,4	45 349	+ 54,9	1,9	6,3)	
Matra	1 788	+ 107,0	(1984 noch bei Talbot geführt)					
Gesamt	110 358	- 7,3	180 729	- 0,3	7,5	25,2	2614 (2645)	

CREATIVE FINANZIERUNGSKONZEPTE HABEN IN BAYERN GROSSE TRADITION.



Über 500 Jahre ist die bayerische Tradition alt, mit intelligenten Finanzierungskonzepten Handel und Wandel zu befruchten. Die legendären Fugger waren die ersten, die in ganz Europa den Geldfluß entscheidend bewegten. Dieser bayerischen Tradition fühlt sich die BAYERISCHE LANDESBANK Girozentrale verpflichtet. Auch wir führen Bankgeschäfte beweglich, flexibel, auf der Basis profunder Erfahrung. Und das mit Erfolg. Wir gehören zu den größten und angesehensten Universalbanken Deutschlands und sind als Emissionshaus mit starker Placierungskraft eine erste Adresse. Und noch etwas: Auch unsere Kunden profitieren von unserem Erfolg. Vielleicht sollten Sie über ihre nächsten Bankgeschäfte einmal mit uns reden?

Bayerische Landesbank Girozentrale

In München, Nürnberg und über jede bayerische Sparkasse sowie in Bonn, Frankfurt und Luxemburg Außerdem in London, New York, Singapur (Niederlassungen), Johannesburg, Toronto, Wien (Repräsentanzen) Sie erreichen uns auch über Btx: * 38000 #

ELEKTROINDUSTRIE

Produktion in Berlin steigt

th. Berlin

Die Berliner Elektroindustrie steht weiter unter Strom. Der konjunkturelle Aufschwung hat sich verstetigt. Vor allem die inländische Investitionsgüternachfrage hat inzwischen eine nachhaltige, stabilisierende Wirkung, nachdem der Aufschwung bisher von der Konsumgüternachfrage und den Bestellungen aus dem Ausland getragen wurde. Das teilte der Verband der Berliner Elektroindustrie gestern mit. Die Produktion dieses größten Berliner Industriezweiges nahm nach den Angaben im ersten Halbjahr 1985 um 5,5 Prozent auf 4,3 (gleiche Vorjahreszeit: 4,1) Mrd. DM zu. Der Auftragseingang erhöhte sich um fünf Prozent. Die Kapazitätsauslastung beträgt jetzt nahezu 85 Prozent nach 77 Prozent vor einem Jahr.

Positiv hat sich auch die Beschäftigtenzahl entwickelt. Ende Juni wurden 58 800 Mitarbeiter beschäftigt; das waren fast 4000 mehr als vor einem Jahr. Gleichzeitig ging die Zahl der Kurzarbeiter deutlich zurück, während mehr offene Stellen angeboten werden. Der Konjunkturpiegel des Verbandes signalisiert einen weiteren Zusatzbedarf. In Teilbereichen – etwa bei Ingenieuren und Facharbeitern sowie bei qualifizierungsbereitem Hilfspersonal – könne der aktuelle weitere Zusatzbedarf nicht ausreichend befriedigt werden. Auch bei den Ausbildungsplätzen konnten bisher – vor allem in den Metallberufen – nicht alle Stellen besetzt werden. Die Investitionsplanungen der Berliner Elektroindustrie liegen für dieses Jahr bei 603 Mill. DM. Im letzten Jahr waren 560 Mill. DM investiert worden.

Siemens-Beteiligung in Italien

sz. München

Auf dem Gebiet der numerischen Steuerung für Werkzeugmaschinen und der industriellen Automatisierung wollen die Siemens AG, Berlin/München, und die italienische ECS Electronic Systems SpA, Florenz, künftig eng zusammenarbeiten. Zudem sieht der Kooperationsvertrag vor, daß sich Siemens im Rahmen einer Kapitalerhöhung bei ECS mit 49 Prozent an dem Unternehmen beteiligen wird. Dies teilte ein Siemens-Sprecher mit, ohne jedoch nähere Einzelheiten zu dem finanziellen Engagement machen zu wollen.

ECS und Siemens wollen gemeinsam auf allen Gebieten Problemlösungen für den steigenden Automatisierungsbedarf anbieten. In Italien gehört ECS den Angaben zufolge zu den führenden Anbietern numerisch gesteuerter Werkzeugmaschinen. Für 1985 erwartet das Unternehmen, dessen Grundkapital bislang 1,5 Mrd. Lire beträgt, einen Umsatz von umgerechnet rund 35 (27) Mill. DM. Beschäftigt werden etwa 200 Mitarbeiter, von denen rund ein Viertel auf dem Gebiet Forschung und Entwicklung tätig sind.

NAMEN

Dr. Günter Eke, Vorsitzender der Geschäftsführung der Treuhand- und Finanzierungsgesellschaft für Wohnungs- und Bauwirtschaft mbH – Treuhand – Düsseldorf, vollendet heute das 60. Lebensjahr.

Berhard Schindorf, Seniorinhaber der Werkzeugmaschinenfabrik Wilhelm Hegenscheidt GmbH, Erkelenz, feiert heute den 73. Geburtstag.

Dr. Kurt Werner, Vorsitzender der Geschäftsführung der Maschinenfabrik Goebel GmbH, Darmstadt, und der Goebel Mechanische Werkstätten GmbH, Münster, wird am 21. September 60 Jahre.

Jeffrey Johnson (39) wurde als Nachfolger von Huw B. Jones zum Geschäftsführer der Austin Rover Deutschland GmbH, Neuss, ernannt.

Hermann Christian Helms, Vice President-International bei der Lykes Bros. Steamship Co. Inc. in New Orleans und Bremen, wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1986 in den Vorstand der Germanischen Lloyd AG, Hamburg, berufen. Er ist Nachfolger von Helms Kurt Gast, der die Gesellschaft nach 18jähriger Vorstandstätigkeit verläßt.

KONKURSE

Konkurse eröffnet: Dortmund: Frits Mineralölhandels-GmbH, Lünen: Duisburg: Nachl. d. Theodor Breckenmann, Oberhausen: Friedberg: Wolfgang Schneider, Rastatt: Hannover: Inter Quick Ewald Kurier- u. Speditionsges. mbH; Krefeld: Nachl. d. Hans Wollert, Kempten: Lohbeck Otto Gärger, Hans Ottmann, Neu-Ulm: Detex-Textilimport-Export GmbH, Münsterhausen: Passau: Ingrid Flesler, Vilshofen: Remscheid: HSG Haus + Grund GmbH, Solingen: August Schmitz (GmbH & Co.); Wiesbaden: Karin Ursula Melchner.

Anschlußkonkurse eröffnet: Baden-Baden: SAGA Gartenausstattung GmbH, Seebach: München: Korrekt Druck u. Direktvertriebs GmbH, Plannegg: Wolfsburg: Holzbetriebe Brome GmbH, Brome Ortsteil Zierke.

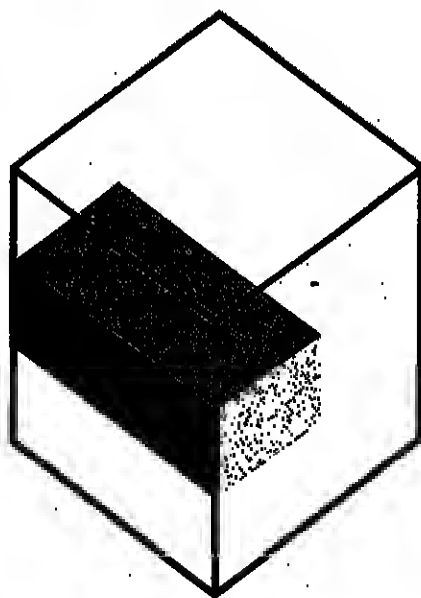
Vergleichsbesatzung: Duisburg: TEKA Fenster GmbH & Co. oHG Fertigung u. Montage, Oberhausen: Wittlieb: 1. Hans Dockter KG Maschinenbau, 2. Dockter Fenster- u. Fassadenbau GmbH, 3. Dockter Elektromaschinenbau GmbH.

SIEMENS

Bildschirmtext komplett. Nur von Siemens.

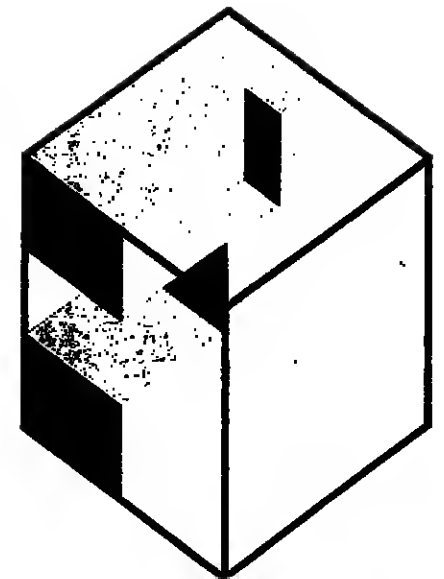
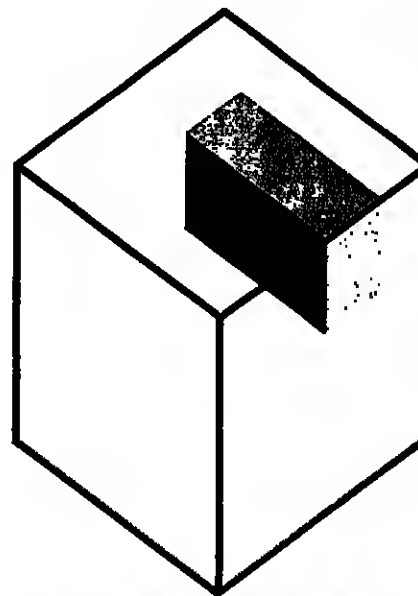
Das Know-how aus Datenverarbeitung, Nachrichtentechnik und Bürokommunikation sichert Siemens seine besondere Kompetenz auf dem Gebiet Bildschirmtext. Das spiegelt sich auch im Angebot wider, das von der aufgabengerechten Hardware über die leistungsfähige Software bis zur umfassenden Beratung über anwenderspezifische Btx-Lösungen reicht.

Siemens war von Anfang an bei Btx dabei – seine Erfahrungen aus den Feldversuchen und der Dienstleistung kommen all jenen zugute, die mit Siemens das neue Medium Bildschirmtext nutzen wollen.



Siemens Büro Btx-System 4000

Dieses Btx-System verbindet Telefon, Schreibmaschine, Fernseher und EDV-Anlagen zu einem neuen Informationspool. Es ist einfach zu bedienen, verlangt keine EDV-Kenntnisse und nutzt das flächendeckende Telefonsystem. Das Btx-System 4000 bietet elektronischen Mitteldienst, Informationsabruf aus Dateien, leistungsfähige Editiersoftware, Dialog mit DV-Anlagen und die Möglichkeit für kundenspezifische Anwenderprogramme.

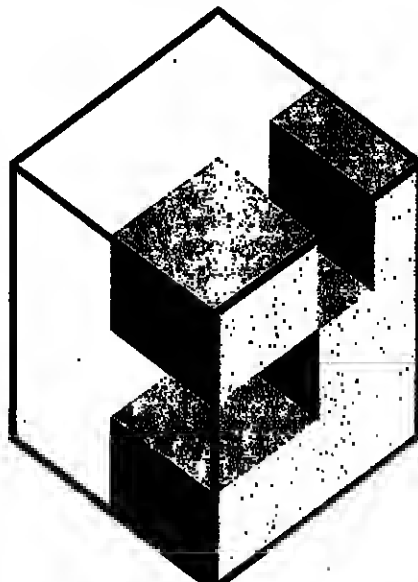


Bildschirmtext-Dialoggeräte und Bildschirmtext-Editiergeräte komfortable Arbeitsplätze in verschiedenen Versionen mit unterschiedlichen Leistungsmerkmalen für alle Einsatzfälle.

Siemens Personal Computer mit Bildschirmtext zum komfortablen Weiterverarbeiten von Btx-Daten stehen die Versionen PC-D mit Dialogzusatz und PC-D mit Dialog- und Editierzusatz zur Verfügung.

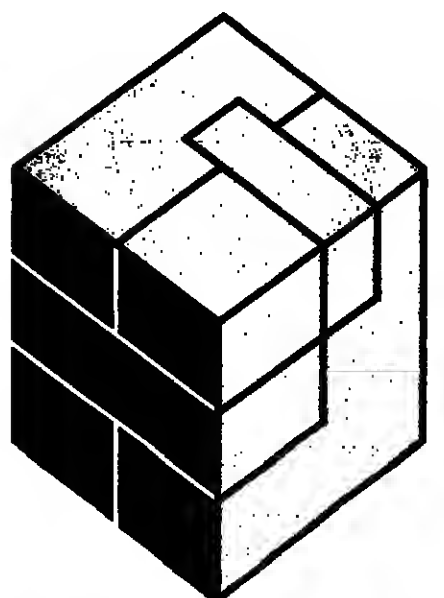
Bildschirmtexttelefon BITEL® – ein Komforttelefon und Btx-Terminal in einem Kompaktgerät – ist sowohl für den Büroeinsatz als auch im semiprofessionellen Bereich geeignet.

Bildschirmtext-Anwenderlösungen
Bildschirmtext-Fachberatung
Umfassende Informationen, Beratung und Schulung gehören ebenso zum Siemens-Service wie Workshops über Btx-Anwendungen, über Entwerfen und Gestalten von Btx-Seiten und das Editieren im Postsystem. Planung und Realisierung des Btx-Einsatzes erfolgen in Siemens-Beraterzentren.



Siemens Computer als Externe Rechner und Inhouse-Systeme
Siemens-System 7-500 oder 7-700. Durch den Siemens Externen Rechner ist die Teilnahme am Btx-Rechnernetz möglich. Als privates, internes Btx-System dient das Siemens Inhouse-System. Externe Rechner und Siemens Inhouse-Anschluß ergeben zusammen die Kombination von öffentlichen und privaten Btx-Systemen.

Postzulassungen Siemens-Btx-Endgeräte:
Büroeditiergerät T3310-1 03538D
Büroeditiergerät T3310-2 07006D
Bildschirmtextstation T3110 03408D
Büroabfragegerät T3220 07119D
Bildschirmtexttelefon BITEL T3210 001467
bei Anschluß 001459
an Nebenstellenanlagen 001471



Bildschirmtext von Siemens
Das komplette Angebot für alle Aufgabenbereiche. Flexibel für jeden Bedarf. Wirtschaftlich für jeden Einsatz. Zukunftsorientiert für alle Entwicklungen.

Bildschirmtext von Siemens. Computer und Communications.

Btx-Nr. * 3200021#



Weitere Informationen:
Siemens AG, Infoservice ZVW 131/1187 W
Postfach 156, 8510 Fürth

Die Renditen steigen

Die ungewisse Zinsentwicklung in den USA verbreitet zunehmende Nervosität bei den Emittenten, die verstärkt dazu übergegangen sind, ihr rege gewordenes Aktivgeschäft zu refinanzieren. Das größer gewordene Angebot ließ die Renditen am Pfandbriefmarkt steigen. Es waren Abgaben zu beobachten, die offenbar dazu dienen sollen, Platz zu schaffen für neue, vermutlich ebenso schwer platzierbare Emissionen wie die vorangegangenen KfW- und Nordrhein-Westfalen-Anleihen.

Bundesanleihen		
F 5% Bund 78 II	19,2	18,9
F 5% Bund 78 I	18,9	18,6
F 5% Bund 77 II	18,6	18,3
F 5% Bund 77 I	18,3	18,0
F 5% Bund 76 II	18,0	17,7
F 5% Bund 76 I	17,7	17,4
F 5% Bund 75 II	17,4	17,1
F 5% Bund 75 I	17,1	16,8
F 5% Bund 74 II	16,8	16,5
F 5% Bund 74 I	16,5	16,2
F 5% Bund 73 II	16,2	15,9
F 5% Bund 73 I	15,9	15,6
F 5% Bund 72 II	15,6	15,3
F 5% Bund 72 I	15,3	15,0
F 5% Bund 71 II	15,0	14,7
F 5% Bund 71 I	14,7	14,4
F 5% Bund 70 II	14,4	14,1
F 5% Bund 70 I	14,1	13,8
F 5% Bund 69 II	13,8	13,5
F 5% Bund 69 I	13,5	13,2
F 5% Bund 68 II	13,2	12,9
F 5% Bund 68 I	12,9	12,6
F 5% Bund 67 II	12,6	12,3
F 5% Bund 67 I	12,3	12,0
F 5% Bund 66 II	12,0	11,7
F 5% Bund 66 I	11,7	11,4
F 5% Bund 65 II	11,4	11,1
F 5% Bund 65 I	11,1	10,8
F 5% Bund 64 II	10,8	10,5
F 5% Bund 64 I	10,5	10,2
F 5% Bund 63 II	10,2	9,9
F 5% Bund 63 I	9,9	9,6
F 5% Bund 62 II	9,6	9,3
F 5% Bund 62 I	9,3	9,0
F 5% Bund 61 II	9,0	8,7
F 5% Bund 61 I	8,7	8,4
F 5% Bund 60 II	8,4	8,1
F 5% Bund 60 I	8,1	7,8
F 5% Bund 59 II	7,8	7,5
F 5% Bund 59 I	7,5	7,2
F 5% Bund 58 II	7,2	6,9
F 5% Bund 58 I	6,9	6,6
F 5% Bund 57 II	6,6	6,3
F 5% Bund 57 I	6,3	6,0
F 5% Bund 56 II	6,0	5,7
F 5% Bund 56 I	5,7	5,4
F 5% Bund 55 II	5,4	5,1
F 5% Bund 55 I	5,1	4,8
F 5% Bund 54 II	4,8	4,5
F 5% Bund 54 I	4,5	4,2
F 5% Bund 53 II	4,2	3,9
F 5% Bund 53 I	3,9	3,6
F 5% Bund 52 II	3,6	3,3
F 5% Bund 52 I	3,3	3,0
F 5% Bund 51 II	3,0	2,7
F 5% Bund 51 I	2,7	2,4
F 5% Bund 50 II	2,4	2,1
F 5% Bund 50 I	2,1	1,8
F 5% Bund 49 II	1,8	1,5
F 5% Bund 49 I	1,5	1,2
F 5% Bund 48 II	1,2	0,9
F 5% Bund 48 I	0,9	0,6
F 5% Bund 47 II	0,6	0,3
F 5% Bund 47 I	0,3	0,0
F 5% Bund 46 II	0,0	-0,3
F 5% Bund 46 I	-0,3	-0,6
F 5% Bund 45 II	-0,6	-0,9
F 5% Bund 45 I	-0,9	-1,2
F 5% Bund 44 II	-1,2	-1,5
F 5% Bund 44 I	-1,5	-1,8
F 5% Bund 43 II	-1,8	-2,1
F 5% Bund 43 I	-2,1	-2,4
F 5% Bund 42 II	-2,4	-2,7
F 5% Bund 42 I	-2,7	-3,0
F 5% Bund 41 II	-3,0	-3,3
F 5% Bund 41 I	-3,3	-3,6
F 5% Bund 40 II	-3,6	-3,9
F 5% Bund 40 I	-3,9	-4,2
F 5% Bund 39 II	-4,2	-4,5
F 5% Bund 39 I	-4,5	-4,8
F 5% Bund 38 II	-4,8	-5,1
F 5% Bund 38 I	-5,1	-5,4
F 5% Bund 37 II	-5,4	-5,7
F 5% Bund 37 I	-5,7	-6,0
F 5% Bund 36 II	-6,0	-6,3
F 5% Bund 36 I	-6,3	-6,6
F 5% Bund 35 II	-6,6	-6,9
F 5% Bund 35 I	-6,9	-7,2
F 5% Bund 34 II	-7,2	-7,5
F 5% Bund 34 I	-7,5	-7,8
F 5% Bund 33 II	-7,8	-8,1
F 5% Bund 33 I	-8,1	-8,4
F 5% Bund 32 II	-8,4	-8,7
F 5% Bund 32 I	-8,7	-9,0
F 5% Bund 31 II	-9,0	-9,3
F 5% Bund 31 I	-9,3	-9,6
F 5% Bund 30 II	-9,6	-9,9
F 5% Bund 30 I	-9,9	-10,2
F 5% Bund 29 II	-10,2	-10,5
F 5% Bund 29 I	-10,5	-10,8
F 5% Bund 28 II	-10,8	-11,1
F 5% Bund 28 I	-11,1	-11,4
F 5% Bund 27 II	-11,4	-11,7
F 5% Bund 27 I	-11,7	-12,0
F 5% Bund 26 II	-12,0	-12,3
F 5% Bund 26 I	-12,3	-12,6
F 5% Bund 25 II	-12,6	-12,9
F 5% Bund 25 I	-12,9	-13,2
F 5% Bund 24 II	-13,2	-13,5
F 5% Bund 24 I	-13,5	-13,8
F 5% Bund 23 II	-13,8	-14,1
F 5% Bund 23 I	-14,1	-14,4
F 5% Bund 22 II	-14,4	-14,7
F 5% Bund 22 I	-14,7	-15,0
F 5% Bund 21 II	-15,0	-15,3
F 5% Bund 21 I	-15,3	-15,6
F 5% Bund 20 II	-15,6	-15,9
F 5% Bund 20 I	-15,9	-16,2
F 5% Bund 19 II	-16,2	-16,5
F 5% Bund 19 I	-16,5	-16,8
F 5% Bund 18 II	-16,8	-17,1
F 5% Bund 18 I	-17,1	-17,4
F 5% Bund 17 II	-17,4	-17,7
F 5% Bund 17 I	-17,7	-18,0
F 5% Bund 16 II	-18,0	-18,3
F 5% Bund 16 I	-18,3	-18,6
F 5% Bund 15 II	-18,6	-18,9
F 5% Bund 15 I	-18,9	-19,2
F 5% Bund 14 II	-19,2	-19,5
F 5% Bund 14 I	-19,5	-19,8
F 5% Bund 13 II	-19,8	-20,1
F 5% Bund 13 I	-20,1	-20,4
F 5% Bund 12 II	-20,4	-20,7
F 5% Bund 12 I	-20,7	-21,0
F 5% Bund 11 II	-21,0	-21,3
F 5% Bund 11 I	-21,3	-21,6
F 5% Bund 10 II	-21,6	-21,9
F 5% Bund 10 I	-21,9	-22,2
F 5% Bund 9 II	-22,2	-22,5
F 5% Bund 9 I	-22,5	-22,8
F 5% Bund 8 II	-22,8	-23,1
F 5% Bund 8 I	-23,1	-23,4
F 5% Bund 7 II	-23,4	-23,7
F 5% Bund 7 I	-23,7	-24,0
F 5% Bund 6 II	-24,0	-24,3
F 5% Bund 6 I	-24,3	-24,6
F 5% Bund 5 II	-24,6	-24,9
F 5% Bund 5 I	-24,9	-25,2
F 5% Bund 4 II	-25,2	-25,5
F 5% Bund 4 I	-25,5	-25,8
F 5% Bund 3 II	-25,8	-26,1
F 5% Bund 3 I	-26,1	-26,4
F 5% Bund 2 II	-26,4	-26,7
F 5% Bund 2 I	-26,7	-27,0
F 5% Bund 1 II	-27,0	-27,3
F 5% Bund 1 I	-27,3	-27,6

Bundespost

F 5% Bund 78 II	19,2	18,9
F 5% Bund 78 I	18,9	18,6
F 5% Bund 77 II	18,6	18,3
F 5% Bund 77 I	18,3	18,0
F 5% Bund 76 II	18,0	17,7
F 5% Bund 76 I	17,7	17,4
F 5% Bund 75 II	17,4	17,1
F 5% Bund 75 I	17,1	16,8
F 5% Bund 74 II	16,8	16,5
F 5% Bund 74 I	16,5	16,2
F 5% Bund 73 II	16,2	15,9
F 5% Bund 73 I	15,9	15,6
F 5% Bund 72 II	15,6	15,3
F 5% Bund 72 I	15,3	15,0
F 5% Bund 71 II	15,0	14,7
F 5% Bund 71 I	14,7	14,4
F 5% Bund 70 II	14,4	14,1
F 5% Bund 70 I	14,1	13,8
F 5% Bund 69 II	13,8	13,5
F 5% Bund 69 I	13,5	13,2
F 5% Bund 68 II	13,2	12,9
F 5% Bund 68 I	12,9	12,6
F 5% Bund 67 II	12,6	12,3
F 5% Bund 67 I	12,3	12,0
F 5% Bund 66 II	12,0	11,7
F 5% Bund 66 I	11,7	11,4
F 5% Bund 65 II	11,4	11,1
F 5% Bund 65 I	11,1	10,8
F 5% Bund 64 II	10,8	10,5
F 5% Bund 64 I	10,5	10,2
F 5% Bund 63 II	10,2	9,9
F 5% Bund 63 I	9,9	9,6
F 5% Bund 62 II	9,6	9,3
F 5% Bund 62 I	9,3	9,0
F 5% Bund 61 II	9,0	8,7
F 5% Bund 61 I	8,7	8,4
F 5% Bund 60 II	8,4	8,1
F 5% Bund 60 I	8,1	7,8
F 5% Bund 59 II	7,8	7,5
F 5% Bund 59 I	7,5	7,2
F 5% Bund 58 II	7,2	6,9
F 5% Bund 58 I	6,9	6,6
F 5% Bund 57 II	6,6	6,3
F 5% Bund 57 I	6,3	6,0
F 5% Bund 56 II	6,0	5,7
F 5% Bund 56 I	5,7	5,4
F 5% Bund 55 II	5,4	5,1
F 5% Bund 55 I	5,1	4,8
F 5% Bund 54 II	4,8	4,5
F 5% Bund 54 I	4,5	4,2
F 5% Bund 53 II	4,2	3,9
F 5% Bund 53 I	3,9	3,6
F 5% Bund 52 II	3,6	3,3
F 5% Bund 52 I	3,3	3,0
F 5% Bund 51 II	3,0	2,7
F 5% Bund 51 I	2,7	2,4
F 5% Bund 50 II	2,4	2,1
F 5% Bund 50 I	2,1	1,8
F 5% Bund 49 II	1,8	1,5
F 5% Bund 49 I	1,5	1,2
F 5% Bund 48 II	1,2	0,9
F 5% Bund 48 I	0,9	0,6
F 5% Bund 47 II	0,6	0,3
F 5% Bund 47 I	0,3	0,0
F 5% Bund 46 II	0,0	-0,3
F 5% Bund 46 I	-0,3	-0,6
F 5% Bund 45 II	-0,6	-0,9
F 5% Bund 45 I	-0,9	-1,2
F 5% Bund 44 II	-1,2	-1,5
F 5% Bund 44 I	-1,5	-1,8
F 5% Bund 43 II	-1,8	-2,1
F 5% Bund 43 I	-2,1	-2,4
F 5% Bund 42 II	-2,4	-2,7
F 5% Bund 42 I	-2,7	-3,0
F 5% Bund 41 II	-3,0	-3,3
F 5% Bund 41 I	-3,3	-3,6
F 5% Bund 40 II	-3,6	-3,9
F 5% Bund 40 I	-3,9	-4,2
F 5% Bund 39 II	-4,2	-4,5
F 5% Bund 39 I	-4,5	-4,8
F 5% Bund 38 II	-4,8	-5,1
F 5% Bund 38 I	-5,1	-5,4
F 5% Bund 37 II	-5,4	-5,7
F 5% Bund 37 I	-5,7	-6,0
F 5% Bund 36 II	-6,0	-6,3
F 5% Bund 36 I	-6,3	-6,6
F 5% Bund 35 II	-6,6	-6,9
F 5% Bund 35 I	-6,9	-7,2
F 5% Bund 34 II	-7,2	-7,5
F 5% Bund 34 I	-7,5	-7,8
F 5% Bund 33 II	-7,8	-8,1
F 5% Bund 33 I	-8,1	-8,4
F 5% Bund 32 II	-8,4	-8,7
F 5% Bund 32 I	-8,7	-9,0
F 5% Bund 31 II	-9,0	-9,3
F 5% Bund 31 I	-9,3	-9,6
F 5% Bund 30 II	-9,6	-9,9
F 5% Bund 30 I	-9,9	-10,2
F 5% Bund 29 II	-10,2	-10,5
F 5% Bund 29 I	-10,5	-10,8
F 5% Bund 28 II	-10,8	-11,1
F 5% Bund 28 I	-11,1	-11,4
F 5% Bund 27 II	-11,4	-11,7
F 5% Bund 27 I	-11,7	-12,0
F 5% Bund 26 II	-12,0	-12,3
F 5% Bund 26 I	-12,3	-12,6
F 5% Bund 25 II	-12,6	-12,9
F 5% Bund 25 I	-12,9	-13,2
F 5% Bund 24 II	-13,2	-13,5
F 5% Bund 24 I	-13,5	-13,8
F 5% Bund 23 II	-13,8	-14,1
F 5% Bund 23 I	-14,1	-14,4
F 5% Bund 22 II	-14,4	-14,7
F 5% Bund 22 I	-14,7	-15,0
F 5% Bund 21 II	-15,0	-15,3
F 5% Bund 21 I	-15,3	-15,6
F 5% Bund 20 II	-15,6	-15,9
F 5% Bund 20 I	-15,9	-16,2
F 5% Bund 19 II	-16,2	-16,5
F 5% Bund 19 I	-16,5	-16,8
F 5% Bund 18 II	-16,8	-17,1
F 5% Bund 18 I	-17,1	-17,4
F 5% Bund 17 II	-17,4	-17,7
F 5% Bund 17 I	-17,7	-18,0
F 5% Bund 16 II	-18,0	-18,3
F 5% Bund 16 I	-18,3	-18,6
F 5% Bund 15 II	-18,6	-18,9
F 5% Bund 15 I	-18,9	-19,2
F 5% Bund 14 II	-19,2	-19,5
F 5% Bund 14 I	-19,5	-19,8
F 5% Bund 13 II	-19,8	-20,1
F 5% Bund 13 I	-20,1	-20,4
F 5% Bund 12 II	-20,4	-20,7
F 5% Bund 12 I	-20,7	-21,0
F 5% Bund 11 II	-21,0	-21,3
F 5% Bund 11 I	-21,3	-21,6
F 5% Bund 10 II	-21,6	-21,9
F 5% Bund 10 I	-21,9	-22,2
F 5% Bund 9 II	-22,2	-22,5
F 5% Bund 9 I	-22,5	-22,8
F 5% Bund 8 II	-22,8	-23,1
F 5% Bund 8 I	-23,1	-23,4
F 5% Bund 7 II	-23,4	-23,7
F 5% Bund 7 I	-23,7	-24,0
F 5% Bund 6 II	-24,0	-24,3
F 5% Bund 6 I	-24,3	-24,6
F 5% Bund 5 II	-24,6	-24,9
F 5% Bund 5 I	-24,9	-25,2
F 5% Bund 4 II	-25,2	-25,5
F 5% Bund 4 I	-25,5	-25,8
F 5% Bund 3 II	-25,8	-26,1
F 5% Bund 3 I	-26,1	-26,4
F 5% Bund 2 II	-26,4	-26,7
F 5% Bund 2 I	-26,7	-27,0
F 5% Bund 1 II	-27,0	-27,3
F 5% Bund 1 I	-27,3	-27,6

Länder - Städte

F 5% Bund 78 II	19,2	18,9
F 5% Bund 78 I	18,9	18,6
F 5% Bund 77 II	18,6	18,3
F 5% Bund 77 I	18,3	18,0
F 5% Bund 76 II	18,0	17,7
F 5% Bund 76 I	17,7	17,4
F 5% Bund 75 II	17,4	17,1
F 5% Bund 75 I	17,1	16,8
F 5% Bund 74 II	16,8	16,5
F 5% Bund 74 I	16,5	16,2
F 5% Bund 73 II	16,2	15,9
F 5% Bund 73 I	15,9	15,6
F 5% Bund 72 II	15,6	15,3
F 5% Bund 72 I	15,3	15,0
F 5% Bund 71 II	15,0	14,7
F 5% Bund 71 I	14,7	14,4
F 5% Bund 70 II	14,4	14,1

Verlagsredaktion: 5000 Bonn 2, Godesberger
Ufer 10.
Tel. (02 28) 301 34 1, Telex 85 714
BUN 1.
Telefax (02 28) 37 34 65

Dr. 00 Berlin 51, Kochstraße 16, Redaktion
und Tel. 030 236 106, Telex 1 84 506, Anzeigen:
Tel. (030) 25 01 29 73/25, Telex 1 84 506

00 Hamburg 38, Fehrer-Wilhelm-Straße 1,
Tel. 041 30 236 106, Telex 1 84 506, Anzeigen:
Telefax 2 370 010, Vertriebs: Tel. (041
30) 23 68, Telex 2 371 001 777

00 Essen 18, Im Teichbruch 106, Tel.
020 236 10 11, Anzeigen: Tel. (090 541
15 34, Telex 8570 184,
Vertriebs: Tel. (090 541 22 38 und 27 30

00 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11
111, Telex 82 29 88
Anzeigen: Tel. (0511) 48 11 6
Telefax 2 300 105

00 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel.
021 111 37 30 63/44, Anzeigen: Tel. (021 11
39 01, Telex 0 587 756

00 Frankfurt (Main), Weckstraße 10
Tel. (069) 71 73 11, Telex 4 32 449
Anzeigen: (069) 72 73 11
Telefax 069 72 73 11
Tele 069 72 73 11
Tele 069 72 73 11

00 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel.
071 41 23 12 88, Telex 7 55 806
Anzeigen: Tel. (071 41) 54 58 71

00 München 49, Scheinellstraße 30-43, Tel.
089 1 236 18 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (089) 1 50 02 38 / 30
Telefax 089 1 50 03

Bei Mithraslieferung ohne Verschaden des
Verleges oder infolge von Störungen der
Kontaktelektrode bleibt keine Ansprüche
gegen den Verlag Abrechnungsblattverleger
können nur aus dem Verlagsblattverleger
sprechen werden und müssen bis zum
10. laufenden Monats im Verlag schriftlich
vorliegen.

Gültige Anzeigenpreise für die Deutsch-
landsweite Nr. 63 und Kombinations-
Nr. 64, 65 und 66 Nr. 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 70

Die Ergebnisse des Europacups

Landesmeister:	
Zabrze - Bayern München	1:2
IFK Göteborg - Plovdiv	3:2
Dyn. Berlin - Austria Wien	0:2
Bordeaux - Fenerb. Istanbul	2:3
Porto - Ajax Amsterdam	2:0
Sparta Prag - CF Barcelona	1:2
Esch - Juventus Turin	0:5
Akranes/Island - Aberdeen	1:3
Lin. Belfast - Servette Genf	2:2
Zenit Leningrad - Oslo	2:0
BK Vejle - Steaua Bukarest	1:1
Rabat/Malta - Nikosia	0:5
Kuusysi Lahti - FC Sarajevo	2:1
H. Budapest - Sham. Rovers	3:0
Verona - PAOK Saloniki	2:1
RSC Anderlecht - Freilos	3:1
Pokalsieger:	
Zurrieq/Malta - Uerdingen	0:3
AS Monaco - Craiova	2:0
Rapid Wien - Tatabanya	5:0
Gelat. Istanbul - Lodz	1:0
Helsinki - Vlori/Albanien	3:2
Atl. Madrid - Celt. Glasgow	1:1
FC Utrecht - Dynamo Kiew	2:1
Stockholm - Differdingen	8:0
Larissa - Sampdoria Genua	1:2
AEL Limassol - Dukla Prag	2:1
Frederikstad - Bangor City	1:1
CS Brügge - Dyn. Dresden	3:2
Roter Stern Belgrad - Aarau	2:0
Kopenhagen - Gal. Rover	1:0
UEFA-Cup:	
Beggen - PSV Eindhoven	0:2
Valur/Island - FC Nantes	2:1
Slavia Prag - St. Mirren	1:0
1. FC Köln - Sporting Gijón	0:0
Odesa - Werder Bremen	2:1
Mönchengladbach - Posen	1:1
Sparta Rotterdam - Hamburg	3:0
Sp. Lissabon - F. Rotterdam	2:1
Glasgow Rangers - Pamplona	1:0
Coleraine - Lok Leipzig	1:1
Vasas Győr - Bohem. Prag	3:1
Székesfehérvár - Malmö FF	1:1
AJA Auxerre - AC Mailand	3:0
Boh. Dublin - Dundee	2:5
Spartak Moskau - Turku	1:0
Blagojewgrad - Hammarby	1:3
Legia Warschau - Stavanger	3:0
Aue - Dniepropetrowsk	1:2
Waregem - Aarhus GF	5:2
Inter Mailand - St. Gallen	5:0
AEK Athen - Real Madrid	1:0
Tirana - Spartans/Malta	1:0
Portimonense - Part. Belgrad	1:0
Dinamo Bukarest - Skopje	2:1
FC Turin - Panath. Athen	2:1
Linzer ASK - Banik Ostrava	2:0
Apoel Nicosia - Lok Sofia	2:2
Hajduk Split - FC Metz	5:1
Neuchâtel - Spor. Bukarest	3:0
Bilbao - Besiktas Istanbul	4:1
Stand. Lüttich - Innsbruck	1:0

EUROPAPOKAL / Bundesligaklubs kamen nicht in Schwung – nur Uerdingen und Bayern dürfen sich sicher fühlen

• Zum Europacup-Auftakt wurde die einst bewunderte beste Liga der Welt nur nach verspätet. „Herablassend“ hieß es in einer Rotterdamer Zeitung über den HSV. „Langweilig“ urteilte „ABC“ in Madrid über das Spiel in Köln. Mönchengladbachs Trainer Jupp Heynckes nannte die Leistung seiner Spieler eine „Enttäuschung“, und Bayern München wird nur noch viel „Erfahrung“ bestätigt. Allein die Münchner stehen nach ihrem 2:1-Erfolg bei Gornik Hindenburg neben Pokalsieger Bayer Uerdingen (3:0 über FC Zurrieq, Malta) schon vor den Rückspielen so gut wie in der zweiten Runde.

Happel wollte seine Spieler nicht sehen: Bus fuhr ohne ihn

W. HERBST, Rotterdam
Rotterdam – die Platte ist schon alt vom „neuen HSV“. Der Europacup ist nur noch ein Evergreen. Zweieinhalb Jahre nach dem Sieg im Landesmeister-Wettbewerb in Athen droht wie im DFB-Pokal das Ausscheiden in der ersten Runde. Im Hinspiel des UEFA-Cups verlor der Hamburger SV im Rotterdamer Feyenoord-Stadion vor 11 000 Zuschauern gegen Sparta mit 0:3 Toren.

Eine Stunde nach der bitteren und höchst überflüssigen Niederlage stand HSV-Trainer Ernst Happel in den Katakomben des Stadions und sprach mit holländischen Freunden über seine erfolgreiche Zeit bei Feyenoord.

„Erst“, kann plötzlich sein Freund und zweiter Trainer Aleksandar Ristic, die Spieler in Bus warten lassen. Können wir ins Hotel fahren? „Happel überlegte nicht lange: „Fahrt's schon los. Ich komm' schon irgendwo ins Hotel.“ Wahrscheinlich wollte er die Spieler nicht sehen, die – wieder einmal – unter Beweis stellten, daß sie aus den Fehlern der Vergangenheit nichts gelernt haben.

Irgendwie war dieses 0:2 von Rotterdam symptomatisch für das Auftreten vieler Bundesligaklubs in diesem Wettbewerb. Vor dem Anpfiff kernige Sprüche („Wir machen das schon“) und dann Ideennut, wenig originelle Spielzüge oder die Längst von jedem Dorfklub durchschaubare Abwehrschleife, in der sich beispielsweise der HSV schon zum so- und sovierten Male selbst verdingt.

Das Ding mit der Abseitsfalle gab den Hamburgern den

Rest. Freistoß für Sparta – die HSV-Spieler laufen nach vorn. Bis auf den eingewechselten Norweger Eric Soler. Der bleibt hilflos stehen, versucht mit einem Sprint Versäumtes nachzuholen. Zu spät. Rotterdams Robin Schmidt steht allein vor HSV-Torhüter Uli Stein und läßt sich, im Gegensatz zu den sogenannten Hamburger Sturmern, die große Chance nicht entgehen.

Wenn man aus fünf großen Möglichkeiten kein Tor macht, folgerte Happel völlig richtig, „dann kann man nicht gewinnen.“ Und Manager Netzer meinte: „Wir sind doch selbst schuld. Wer so dumme Tore kassiert, der muß sich nicht wundern.“ Doch diese Erkenntnisse sind so neu auch wieder nicht, denn schon seit Wochen zeichnet sich der HSV in Auswärtsspielen durch Ungeschicklichkeit aus. Man freut sich über die Komplimente für die schöne Spielerei. Und damit hat es sich schon. Wie ist man doch bescheiden geworden.

Natürlich glaubt man beim HSV trotz des 0:2 und des gescheiterten Versuchs, für den Schatzmeister ein gutes Ergebnis zu erzielen, noch an ein Weiterkommen. Optimismus, der zu den wenigen Stärken der Mannschaft gehört, wird es vor dem zweiten Aufeinandertreffen trotz allem geben. Dabei scheint kaum jemand erkannt zu haben, daß dieser Mannschaft trotz einiger Erneuerungen zu Saisonbeginn der unbedingte Siegeswille fehlt, weil etliche Spieler dank gut florierender (Fußball-) Geschäfte in der Vergangenheit ganz einfach zu satt geworden sind.

Torhüter Uli Stein konnte

nichts verkehrt machen (was er auch nicht tat). Und auch Heinz Gründel, der neue Mann im Angriff, der es in wenigen Wochen bis in den Beckenbauer-Kader brachte, mühte sich als Alleunterhalter redlich. Doch gelaufen sind, so Happel, nur zwei Spieler: Magath und Roff. Wenn man allerdings genauer hinsah, war es über die gesamte Distanz nur Wolfgang Roff. Der engagierte wirkende Felix Magath hatte nach siebzehn Minuten, als es plötzlich noch dramatischer wurde, seine Energien verbraucht.

Ja, es lief für die Hamburger auch alles schief. Ihr Pech, daß mit dem Engländer Martin ein Schiedsrichter ausprobiert wurde, der am besten auf der Insel geblieben wäre. Die Kommentare der HSV-Spieler und Offiziellen würden zu Beleidigungsklagen führen. Zitiert wir Gerard Plessers, der von einem Platzverweis betroffen war. „Dieser Mann hat nicht nachgedacht.“ Und darüber, um auch ein UEFA-Cup-Spiel nicht zum Tummelplatz der Polemik zu machen, kann man schon einige Gedanken verschwenden: Tatsache ist, daß Mr. Martin schwerwiegende Fehlentscheidungen getroffen hat, mit denen sich die sonst so forsche UEFA mal beschäftigen sollte.

Irrtum Nummer eins: Als Gründel von Wejnberg im Strafraum gefoult wurde, piff er keinen Elfmeter und bewahrte damit den Holländer vor einem Feldverweis (39.).

Irrtum Nummer zwei: Plessers fiel unabsichtlich mit der Hand auf den Ball. Die rote Karte dafür war ein Witz an einem sonst so ernsten Abend.

Sieg teuer erkauft: Matthäus fällt für mehrere Wochen aus

D. SCHULZ, Königshütte
Der Meister entledigte sich der Aufgabe in gewohnter Professionalität. Gegen Ende – auch das gehört mittlerweile zum Berufs-Fußball – geriet der 2:1-Sieg des Teams von Bayern München zwar noch einmal kurz in Gefahr, da die Konzentration der überlegenen Mannschaft nachließ, warden Trainer Udo Lattek zu milder Kritik veranlaßt. Doch der Klub schuf sich im Spiel beim polnischen Meister Gornik Hindenburg die erhoffte gute Ausgangsposition für die Rückrunde im Europapokal.

Fünf bis sechs Wochen lang wird Matthäus einen sogenannten Reißverschluss-Gips tragen müssen, der eine gezielte elektrische Therapie und isometrische Übungen erlaubt. Ab sofort hat sich der Spieler in die Behandlung zweier spezialisierter Frankfurter Ärzte begeben, die schon den kniewerletzten Dremmler und Dürrenberger helfen können.

Für den verärgerten Lattek bedeutet dies aber, daß ein eingespieltes System aus den Fugen geraten ist. Denn Matthäus spielte bislang nicht nur den Antriebsmotor im Münchner Mittelfeld neben Lerby. Er war auch eine Art Ersatzlibero des Teams, der sich immer dann in die Verteidigung zurückfallen ließ, wenn Abwehrchef Klaus Augenthaler zu seinen vierpersönlichen Ausfällen in des Gegners Hälfte startete.

Ausgerechnet jetzt, jammerte Lattek dann auch, Ausgerechnet jetzt, da Norbert Nachtweil nach seinem

daß Matthäus, wie eine Untersuchung in München gestern bestätigte, einen Innenbandabriss am rechten Knie erlitt. Diese Diagnose und die damit verbundene Gewissheit, nunmehr für elf bis zwölf Spiele auf den Nationalspieler verzichten zu müssen, brachten Trainer Udo Lattek derart in Rage, daß er dem polnischen Spieler noch an Ort und Stelle Abschied erteilte.

Matthäus selbst reagierte nach dem ersten Schmerz sehr viel gelassener. Die heftige Gangart seines Gegenspielers sei zumindest unnötig gewesen, meinte er. Denn immerhin war der Ball für den Polen bei seiner Aktion gar nicht mehr in Reichweite.

Nun hat also auch der Meister mit personellen Engpässen zu kämpfen. Trotzdem herrscht Selbstbewusstsein. Lothar Matthäus sieht noch keinen Grund zur Panik. Auch ohne ihn habe die Mannschaft stark genug gespielt. So könne man die nächste Runde des Europapokals erreichen und oben in der Bundesliga mitspielen. Trainer Lattek will seinem Team nur noch etwas mehr Professionalität mitgeben: „Meine Mannschaft glaubt immer, wenn sie den Gegner im Griff hat, sie bräuhete nichts mehr zu tun.“ Und sie gewinnt trotzdem.

Auch für das Rückspiel erwarten die Münchner einen Gegner, der eine raue Gangart einschlagen wird. Verteidiger Helmut Winkelhofer: „Die werden nicht zimperlich zu Werke gehen.“

Drei, die zittern

sid/dpa, Bonn
„In diesem Jahr muß ein Fortschritt“, forderte Frank Mill im Stadionhimmel, doch mit den Leistungen, die zum 1:1 (0:0) gegen Lech Posen führten, wird Borussia Mönchengladbach keinesfalls zum dritten Mal den UEFA-Pokal gewinnen. „International weht ein anderer Wind. Das spüren gerade die jungen Leute“, stellte Trainer Jupp Heynckes fest.

Bevor Gladbach die Luft ausging, wurde erst einmal dem Spielball Luft abgesehen. I. J. Mill hatte der Ball, den die Gladbacher Schiedsrichter Malcolm Moffat überreichten. Doch der Nordire versicherte, zugelassen seien nur 0,8 Atm, und minderte höchstpersönlich den Luftdruck. Daraufhin versuchten Platzwart, Co-Trainer und Spieler mit viel Eifer, aber wenig Geschick, das ungeliebte Spielobjekt klammheimlich umzutauschen.

Gesenkten Hauptes, die Hände in die Hüften gestemmt, so stand Nationaltorhüter Toni Schumacher nach dem 0:0 des 1. FC Köln gegen Sporting Gijón zum Auftakt des UEFA-Pokals in Höhe des Mittelkreises. „Das Weiterkommen im Europa-Pokal ist für den Verein lebenswichtig“, hatte Kölns Vize-Präsident Karl-Heinz Thielen zuvor schon gesagt.

In dieser Saison ist der UEFA-Pokal im Gesamtetat mit 780 000 Mark veranschlagt. Gegen die Spanier kamen nur 15 000 Zuschauer, die den Kölnern eine Einnahme von rund 225 000 Mark bescherten. Sollte der 1. FC Köln die zweite Runde nicht erreichen, würden über 500 000 Mark in der Kasse fehlen.

Die 1:2-Niederlage von Werder Bremen bei Tschernomoretz Odessa im UEFA-Cup kommentierte Werder-Mannschaftskapitän Willi Lemke so: „Das Engagement ist für das Rückspiel super. Schon jetzt haben wir 8000 Eintrittskarten verkauft. Ich rechne mit über 30 000 Zuschauern.“ Hoffentlich verrechnen sich die Bremer nicht. Denn das Team aus Odessa will erst noch ausgeschaltet sein.

MOTORSPORT / Rallye Hongkong-Peking

Sieg für Hannu Mikkola Weber kam auf Platz drei

dpa, Peking
Die letzten Kilometer der Rallye Hongkong-Peking hatten Symbolcharakter. Auf der „Straße des Himmels“ rollte Hannu Mikkola in seinem Audi Quattro ins Ziel dieser erstmals ausgetragenen Rallye. Der Audi-Werksfahrer aus Finnland siegte vor dem Schweden Lars-Erik Torph auf Nissan 240 RS und Erwin Weber auf dem bayerischen Neufahrer mit dem Opel Manta 400.

„Das war einer der schönsten Siege meiner Karriere“, freute sich Mikkola, der immerhin schon 20 Jahre im Rallye-Geschäft ist. „Wenn einige Dinge noch verbessert werden, vor allem die Organisation, dann hat diese Rallye sicherlich Zukunft.“ So mußten mit 100 Tankwagen rund 70 000 Liter Benzin von Hongkong aus an die Rallye-Strecke transportiert werden, weil es in China nicht genügend normale Tankstellen gibt. Bei den Tankstopps kam es immer wieder zu Verspätungen. Von den 22 eingeparkten Sonderprüfungen mußten schließlich acht gestrichen werden.

Mehr noch als für die Piloten gerieten die langen Verbindungsstrecken zwischen den Sonderprüfungen für die Mechaniker zu einer kaum mehr zumutbaren Strapaze. „So wenig bin ich noch bei keiner Rallye zum Schlafe gekommen“, klagte ein Opel-Mechaniker über den Dauerstress. Die Folgen waren mehrere Unfälle, in die

Service-Autos verwickelt waren. Am schlimmsten erwischte es das Toyota-Werksteam. Auf dem Weg zu einer Sonderprüfung kam eine der rollenden Werkstätten von der Strecke ab, stürzte in einen Fluß – und versank mit wichtigen Ersatzteilen und persönlichem Gepäck. Die zwei Mechaniker konnten sich retten.

Die Rallye wurde auf der zweiten Etappe entschieden. Hannu Mikkola und sein schwedischer Beifahrer Arne Hertz bauten ihre von Anfang an übernommene Führung immer weiter aus. Als mit dem Finnen Juha Kankkunen und Björn Waldegård (Schweden) die zwei stärksten Verfolger mit Motorschäden an ihren Toyotas Celica Turbo aufgeben mußten, waren Mikkola/Hertz nicht mehr zu gefährden.

Von diesen Ausfällen profitierte auch Erwin Weber. Er rückte auf den dritten Platz vor und hatte sich schon bei 13 Sekunden an den vor ihm liegenden Lars-Erik Torph herangekämpft, als er mit seinem Manta 400 in einer scharfen Kurve von der Strecke flog. Dieser unfreiwillige Ausstieg ins Grüne kostete ihn drei Minuten.

„In der ersten Nacht war ich zu langsam, weil ich vorsichtig gefahren bin“, meinte Weber, als er seinen total verformten Opel den Mechanikern zur schnellen Reparatur übergab. „Heute habe ich wohl etwas zu viel riskiert.“

NACHRICHTEN

Heute: Fußball-Bundesliga
-Bonn (DW) – Wahrscheinlich mit dem „einstigen“ Torjäger Horst Hrubesch als Libero will Borussia Dortmund heute abend (20.00 Uhr) gegen Eintracht Frankfurt spielen. Als weiteres vorgezogenes Spiel vom achten Spieltag der Fußball-Bundesliga wird bereits um 19.30 Uhr die Begegnung Leverkusen gegen Bochum, das ohne Klaus Fischer (Muskelverletzung) auskommen muß, angepfiffen.

Strafe für Dortmund?

Dortmund (sid) – Der Fußball-Bundesligaklub Borussia Dortmund muß sich vor dem Kontroll-Ausschuß des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) verantworten. Trotz Auflagen soll der Klub unter der Präsidentschaft von Frank Röring weitere Schulden gemacht haben. Es droht eine Geldstrafe oder sogar ein Punktabzug.

Geldstrafe für Patzke

Frankfurt (DW) – Wolfgang Patzke, Mittelfeldspieler vom Fußball-Bundesligaklub Bayer Leverkusen, wurde nach seinem Platzverweis im Spiel in Mannheim wegen Unsportlichkeit zu einer Geldstrafe von 1500 Mark verurteilt. Dagegen belegte der Kontroll-Ausschuß des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) den Abwehrspieler Florian Hinterberger (Leverkusen), der ebenfalls in Mannheim wegen Unsportlichkeit vom Platz gestellt wurde, mit einer Sperre von zwei Pflichtspielen.

Schockemöhles Drohung

Düsseldorf (sid) – Spring-Europameister Paul Schockemöhle (Mühlen) droht mit Rücktritt, wenn sich seine Kollegen nicht den Forderungen nach Änderungen im Weltcup anschließen. Die Prüfungen innerhalb Europas sollen von 12 auf 16 erhöht und das Starterfeld im Finale auf 32 Reiter reduziert werden. Transportkosten für das Finale sollen nicht mehr übernommen werden, das Geld müsse den einzelnen Prüfungen zufließen.

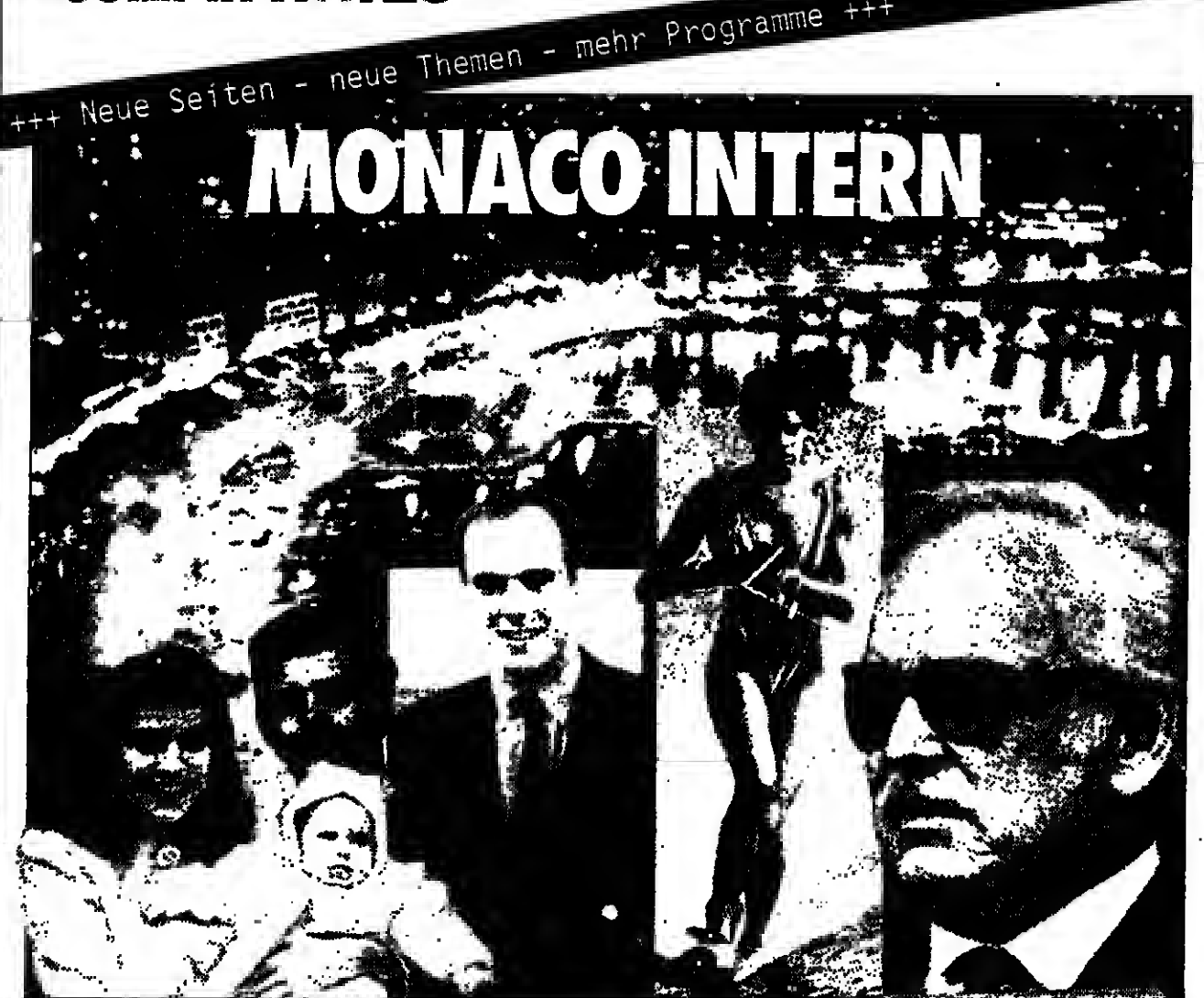
ZAHLN

TENNIS
Grand-Prix-Turnier in Los Angeles, erste Runde: McEnroe (USA) – Amritraj (Indien) 6:2, 6:0. – Einladungssturnier in Tulsa, Finale: Becker (Deutschland) – Curran (USA) 6:7, 7:6, 6:3. – Um Platz drei: Vilas (Argentinien) – Gerulaitis (USA) 7:6, 1:6, 6:3.

GEWINNZAHLEN
Mittwochslotto: 1, 8, 11, 13, 30, 22, 28. Zusatzzahl: 25. – Spiel 77: 3 1 4 5 1 0. (Ohne Gewähr).

GEWINNQUOTEN
Mittwochslotto: Klasse 1: 532 205,00 Mark, 2: 30 678,00, 3: 6 066, 4: 105,80, 5: 8,20. (Ohne Gewähr).

Jetzt in HÖRZU



MONACO INTERN

Der Glitzer-Clan

Die Fürstenfamilie der Grimaldis macht mehr Schlagzeilen als jede andere Familie auf der Welt. Vor allem, weil zwei hübsche Töchter ständig neue Affären haben, der Sohn nicht heiraten will und der Witwer Rainier sich anschießt, wieder zu heiraten. Lesen Sie den großen Farbbericht in HÖRZU.

Beste Unterhaltung seit es Fernsehen gibt: HÖRZU

HÖRZU



+++ jeden Freitag die neue HÖRZU +++

Den Musen ein Vater

Bth. - Der emeritierte Generalintendant der Württembergischen Staatstheater, Hans Peter Doll, wird in der nächsten Woche vom baden-württembergischen Kultusminister als „Landesbeauftragter für den künstlerischen Bühnennachwuchs“ vorgestellt. Das ist schön für Doll, daß man ihm etwas Verdienstliches zu tun gibt. Schließlich kann er sich nicht, wie andere Intendanten in Ruhe, mit Gast-Regien das Altenteil verschöneren oder mit Dirigieren. Er war das, was man einen Manager-Intendanten nennt. Die können zwar (manchmal) managen, aber (manchmal) nichts anderes. Das macht es schwer, eine nette Tätigkeit fürs Rentenalter zu finden.

Aber was Doll als „Landesbeauftragter für den Bühnennachwuchs“ tun könnte oder gar sollte, ist doch ein ziemliches Rätsel. Daß er sich in jener Art um den Nachwuchs kümmert, wie sich am Theater seit Jahrhunderten ältere Herren um den Nachwuchs gekümmert haben, wollen wir ja weder ihm noch seinem Ministerium unterstellen. Aber was bleibt sonst? Soll er den Intendanten ins Gewissen reden, Nach-

wuchskräfte zu engagieren? Nicht nötig, das tun die von sich aus, denn der Nachwuchs ist billiger und formbarer als erfahrene Hasen. Nur könnte es sein, daß die Planstellen längst von alten Hasen und anderen unkündbaren Sozialfällen besetzt sind, für den Nachwuchs also die Stellen fehlen. Dann nutzt auch die Predigt des Landesbeauftragten nichts.

Oder soll er sich die Klagen des Nachwuchses über fehlende Engagements und schlechte Bezahlung anhören? Auch nicht nötig, dazu leben schon die „Genossenschafts-objekte“ ihre Ohren. Aber vielleicht einer jungen Sopranistin beibringen, mit der Tosca noch ein paar Jahre zu warten, auf daß es nicht heiße, „die sang auch nur einen Sommer“. Die junge Dame wird mehr an der Abendgasse für „Tosca“ (und ihr Manager an den Prozentsätzen davon) interessiert sein als an den väterlichen Ratschlägen des Landesbeauftragten. Ein schöner Beruf, doch ohne Berufsbild.

Die Manager-Intendanten kommen auch anderswo in die Jahre. Nach hübschen Vorwänden für eine Sinecure muß man also noch häufiger suchen in der nächsten Zeit. Das mit dem „Beauftragen für den künstlerischen Bühnennachwuchs“ scheint uns noch nicht optimal. Man sollte weiter suchen.

Ludwigsburg: Handels „Geschichte von Semele“

Merkur auf Rollschuhen

Noch bevor das Spiel beginnt, wird klar, worum es geht. „Die Geschichte von Semele“ will sich nicht lustvoll an einer Episode aus dem Liebesleben des griechischen Göttervaters deklamieren. Züchtige Hemden zieht ein Maler deshalb des halb nackten Götters auf einer Zwischenleinwand flugs über, bevor sich der Vorhang hebt und über der muffigen dämpften Atmosphäre einer pietätischen Bildeinblendung.

Was Händel natürlich nicht gewagt hätte, nämlich jenen Kreis anzudeuten, der so beherzt den Besuch der Opern verboten und dem er mit seinen Opern, doch lehrstuchhaften Oratorien ein Schnippchen schlagen wollte, macht nun bei den Ludwigsburger Schloßfestspielen der Regisseur und Ausstatter Marco Arturo Marelli deutlich. Er zeigt, in welcher starkem Maße Händel den Forderungen jener einflussreichen Kreise entgegenkam und sich ein Schlüsselstück im antiken Gewand erdachte.

Die Story von Semele, die von Jupiter als Gegenleistung für die bei ihr genossene Lust Unsterblichkeit abtrotzen will, aber am Feuerkörper des Gottes verbrät, war damals von der Ovid-Lektüre her noch geläufig genug, daß man die Moral mühelos auf Madame de Walmoden übertragen konnte, als Warnung, ihren Einfluß auf den verwitweten König allzu sehr auszunutzen.

Marelli legt in seiner Ludwigsburger Inszenierung noch einen Schritt weiter und riskiert eine naturwissenschaftliche Präzisierung wie: „Natur weist jedem seinen Platz, wer diesen verläßt, tritt herum wie ein Meteor im All“ als Leitspruch auf dem Vlies einer Betafuge. Wer sich den Forderungen der Moralapostel widersetzt, dem wird mit einer düsteren Geschichte die Halsstarrigkeit ausgetrieben.

So auch dem koketten Mädchen alias Semele Walmoden, das keine Ehe eingehen will um den Preis der verlorenen Freiheit des Vergnügens. Doch die Geschichte der Semele wird unversehens zur Geschichte von deren vertriebener Schwester Ino, die sich in fleischlicher Lust nach Seme-

le einzuweisen.

ROLF FATH

Berlin: Susanne Linkes Solo „Schritte verfolgen“

Tanz mit silberner Sense

Susanne Linke, künstlerisch aufgewachsen noch unter der Anleitung Mary Wignans, dann dem Essener Folkwang tänzerisch zugehörig, ist eine der wenigen, die noch Solo-Tanzabende zu zeigen wagen. Aber auch sie verbirgt ihre Kunst und ihre tänzerische Einzelgängerin neuerdings hinter einer „Produktion“, zu der sie als Mitarbeiter und Ideenspende VA Wolf herangezogen, den Bühnenstilisten, der seinen Bob Wilson von Grund auf studiert hat.

Die Bühne der Berliner Akademie der Künste umgibt mit kühler, grauer Distanz den Tanz der Linke, der sich freilich in den siebzig Minuten des Vortrags selten einer wie verblühten Lähmung entzieht, und konfrontiert ihn mit Seltsamkeiten: Niederrieseln, weißen Federn, einer durch die Linke langsam herantreibenden Kaffeekanne, einem gleißenden Kronleuchter im Schleppe auf geknoteter Stoffbahn.

Susanne Linkes Programm „Schritte verfolgen“, eine deutsch-französische Co-Produktion, uraufgeführt im Rahmen der Berliner Festwochen, gibt sich auf seine ausgefallene, zugleich vorsätzlich undurchschaubare Art marktgerecht. Es kann darauf vertrauen, in seiner gebildeten Formgebung - bei gleichzeitiger Verunsicherung aller Aussagen - auf fruchtbare Art mißverstanden zu werden.

Dabei gibt Susanne Linke dem Betrachter vorab zahlreiche Hilfen. Sie

nennt ihr Stück partiell autobiographisch, denn sie, als Kind, habe krankheitsbedingt erst mit sechs Jahren hören und sprechen gelernt. „Schritte verfolgen“ verspricht, die Stimmführung aus der Stummheit zu zeigen und den Weg Susanne Linkes zum Tanz. Doch nichts davon teilt sich im Grunde dem Publikum mit.

Mit einem schönen Bilderrätsel wie von Robert Wilson fängt das Stück an. Berlitz klingt auf, in violetter, rüschreicher Abendtoilette erscheint die Linke und balanciert ausdauernd auf der Hand eine silberne glänzende Sense. Danach fällt der Vorhang.

Auf den „operativen Auftritt“ folgt kindliches Rasen, verzweiflungsvolle Schritt-Repetition, ein Mädchen im Sternkleid, gefangen in hohen Filzstiefeln, hadert gegen das Schicksal. Da gewittert zeitweilig im neuen Gewand tatsächlich noch der deutsche Ausdruckstanz über die Bühne. Dore Hoyer ist nah; aber Lucinda Childs auch nicht weit.

Danach setzen sich der Ausdrucksdrang Susanne Linkes, ihre Tanzlust vorzeitig zur Ruhe. Sie scheint eher Tanz zu markieren, als ihren Seelenpart tänzerisch voll auszuweisen. Was bislang nur das Tanztheater wagte, vollzieht nun auch eine Tänzerin (und noch dazu vom Kaliber der energischen Linke) in einem Solo-Programm.

KLAUS GEITEL

Ein Kassenschlager, der Amerikas nationales Gewissen peinigt: Stallones Vietnam-Film „Der Auftrag“

Rambos sieben Säulen der Weisheit

Sylvester Stallone, beiderseits des Atlantiks bekannt als blutüberströmter, letztendlich aber triumphierender Boxer Rocky, ist abernmals aus Hollywoods Startlöchern geschnebelt. Doch läßt der muskulöse Künstler durchblicken, daß mit einem dritten Teil zu rechnen sei.

Hier sprechen wir von Rambo II („Der Auftrag“). Dieser Auftrag, den der hürnen Vietnam-Veteran in Thailand erhalten hat, erstreckt sich auf Erkunden und Fotografieren eines im feindlichen Dschungel versteckten Vietnamesenlagers, in dem sich noch amerikanische Kriegsgefangene aus dem vor mehr als zehn Jahren ruhmlos zu Ende gegangenen Krieg befinden sollen.

Im Lager der Amerikaner, zwischen Schlammloch, Wasserfällen und Sümpfen, ringen zwei Parteien miteinander: patriotische GIs unter ihrem Colonel, einem John Wayne des Dschungelkrieges, und bad guys, an ihrer Spitze ein Zivilist, dessen Funktion mysteriös bleibt: vielleicht ein Vertreter der US-Botschaft in Bangkok, vielleicht ein Mann vom State Department oder von der CIA. Wer weiß! Dieser Jago hat auch Leute in US-Uniform zur Hand, „Soldaten“, wie sie einmal angesprochen werden.

Lang und schlecht: Rambo schlängelt sich durch die grüne Hölle unter Assistenz einer sehr jungen, für die gute Sache entflammten vietnamesischen Agentin. Den Fotoapparat für die Lageraufnahmen hat er offenbar vergessen, doch führt er einen zerlegbaren Bogen nebst schier unerschöpflichem Köcher mit. Wie einst Odysseus, der die Penelope, so erlegt Rambo vietnamesische Wachposten, wo immer er sie trifft, nagelt sie an Bambusbäume, durchbohrt sie von hinten und von vorn. Als sich herausstellt, daß der Feind über Menschenreserven gebietet, greift unser Held zum Messer, zur Maschinengewehr, zum leichten MG, schließlich zur Panzerfaust. Er trifft immer. Er bleibt unbesiegt, ein Siegheld eben. Selbst als er vorübergehend gefangen wird, mit Elektroschocks und glühendem Messer gefoltert - weder die kleinen, leicht gelben noch die großen, offenbar sowjetischen Banditen können ihn wirklich züchten.

Schon hat er einen Gefangenen, als Beweisstück gewissermaßen, aus dem Lager getragen, da fällt ihm eine Gruppe aus dem eigenen Lager in den Rücken. Was soll man sagen: Rambo macht am Ende alle aus, fast alle. Er verbrennt das Geschmeiß im Dschungel, bombardiert es vom Hubschrauber aus: der Vietnamkrieg noch einmal von vorn, selbst Napalm fehlt nicht.

Der heroische Totmacher kehrt, glänzender Mister Universe, ins Baskamp der Amerikaner zurück. Er bringt eine Handvoll ausgebreiteter, doch ungeborener MIA's (missed in



Mit Köcher, Pfeil und Panzerfaust: Rambo alias Sylvester Stallone, der Held der grünen Hölle

FOTO: SCOTIA

action) mit, etliche jener Wackern, die von der Nation so lange abgeschrieben waren. Die Lagerbesatzung jubelt. Die Bösen werden von Rambo zusammengeschlagen, der Oberhaupt nicht etwa umgebracht, sondern pikanterweise auf die künftige Befreiung aller noch im Dschungel schmachtenden Amerikaner verurteilt. Der ehrenwerte Colonel zum Einzelkämpfer. „Was wirst du nun tun?“ Rambo: „Ich weiß es nicht.“ Der Oberst: „Warum hast du dein Leben riskiert?“ Rambo: „Ich will, daß Amerika uns Veteranen so liebt, wie wir Amerika lieben.“

Seda. Finis. Totale auf den Horizont. Das jugendliche Publikum im sehr gut besetzten Haus ist angetan. Was soll man über einen solchen Film schreiben? Ihn etwa auf Logik in der Anlage, auf Konsequenz im Detail abklopfen? Es wird ein Märchen erzählt, ein Ufo-Spektakel, ein Bodybuilder-Traum, so wie in den Sanson- oder Hercules-Streifen: Auch Rambo reiht alle sieben Säulen der Weisheit ein.

Außer variabel umgebracht werden also nichts gewesen! Nein - der Film hat Implikationen, die sehr, sehr weit fächer. Dazu muß man wissen, daß „Rambo II“ sich in den Staaten als absoluter Kassenschlager erwies, der beispielsweise am neuesten James Bond locker vorbeiflieht. Es ist der Film, der in Ostasien Rekorder einlief. Es ist der Film, der zum Kinoweltrekord in Beirut wurde, der Liebesspieler der Amal, Drusen- und Christenmilizen.

Sylvester Stallone fasziniert eine

Jugend, die ersichtlich nicht länger mit ihrer Angst kokettieren will. Die fast stumme Kampfmaschine hat ihren Wert als sportliche Stimulanz erwiesen. Als Udo Lattek noch den FC Barcelona trainierte, ließ er auf der Fahrt zu Athletic Bilbao einen frühen Stallone im Vereinsbus ablaufen. Lattek: „Meine Spieler gingen dann wie Stiere auf Feld, sechs Tore...“

Diesmal freilich ist die pathetische Emotion vor eine konkrete Aussage gespannt. Die Millionen, die den Film weltweit sehen, erleben den Vietnamkrieg, von dem sie im Grunde nichts mehr wissen, aus einer vorher nie dagewesenen Perspektive. Sie sehen, was sie spätestens seit der Olympiade in Los Angeles ahnen: Amerika, das achte, das tapfere Amerika, ist unbesiegt.

Selbst wenn vorübergehend einmal etwas schliefte, so sind die Maulwürfe in den eigenen Vorgärten und die Stoffen in den Büroparkett schuld. Rambo steht, biespegschollen, am Anfang einer amerikanischen „Dolchstoß-Legende“. Das mag vorerst nicht für die Historiker an den Universitäten gelten, wohl aber für eine ganze, nachgewachsene, nach Bestätigung dürstende Generation, für einen Teil der Wähler von heute und für die Mehrheit von morgen: aus für Blumenkinder.

Tatsache ist, daß Amerikas Vietnam-Veteranen, die von der Nation nach dem schimpflichen Kriegeende 1975 abgewandten Gesichts empfangen wurden, daß diese Veteranen wieder im Konfliktmarschieren dürfen. Die lange Marmorwand in

Washington mit den Namen der Gefallenen ist wieder, oder eigentlich erst jetzt, zum nationalen Monument geworden.

Und hier kommt die zweite Implikation des Films ins Spiel: In den Dschungeln Indochinas vegetieren noch immer Amerikaner, die ihre nationale Pflicht erfüllen - und die Nation hat sich zehn Jahre lang bemüht, sie zu vergessen, im Wortsinne totzuschweigen.

Die Botschaft erreicht die Öffentlichkeit in einem Augenblick, da die jahrelang festgefahrene Gespräche zwischen Washington und Hanoi über Tote und Vermisste neu aufgenommen werden. Es geht dabei um genau 1820 Personen - „missed in action“. Ein Teil wird als „gefangen“ oder als „Schicksal unbekannt“ geführt, der andere Teil als „gefallen“ - ohne daß die Toten bislang exhumiert und in die Staaten zurückgebracht werden konnten. Jahrelang ging man davon aus, daß es keine Lebenden mehr in vietnamesischer Hand gebe. Der Film statuiert das Gegenteil. Mit der aufwühlenden Gefangenensstory hat sich Hollywood von der nationalen Grundwelle hochtragen lassen, die Amerika durchflutet.

Allein-Schausteller in dem Film ist Sylvester Stallone, der zusammen mit James Cameron auch das Drehbuch schrieb. Die Regie führte George P. Cosmatos. Die Komposition ist aus-tauschbar, ihr „Auftrag“ bestand darin, sich von Sylvester umbringen zu lassen.

HERMANN RENNER

London zeigt den englischen Maler Edward Burra

Champagner-Unterwelt

Er ist Englands Antwort auf George Grosz. Auch Edward Burra (1905-1978) malte den schön verurteilten städtischen Dschungel der 20er und 30er Jahre. Nur sind die Figuren, die jetzt in seiner großen Retrospektive in der Londoner Hayward-Gallery paradiert, nicht ganz so gallig dekadent wie bei dem Deutschen. Legt Grosz mit scharf übertriebener Linie den morschen Kern bloß, so füllt sich Burra sichtlich von dem flotten Treiben angezogen.

Diese Welt der Champagner-Unterwelt lieferte ein belebendes Gegenbild gegen sein geborgenes Zuhause in Rye, einem der malerischsten Orte Englands. Seine kränkelnde Natur ließ ihn zudem solche VITALITÄT - wenigstens als Voyeur - besonders bewundern.

Er dokumentiert die Halbwelt von Hafenstädten, sei es in England oder Marseille, mit einem kantigen Witz, der kein Moralisieren aufkommen läßt. In schiefer verzerrten Gesichtern

sitzen scharf geschminkte Minder. Die übergroßen Juwelen sind ebenso falsch wie die Zäune. Auch die Räume, die Möbel, die Pflanzen stecken voll hinterhältiger Energie. Da kokettiert ein Kronleuchter in der Bar wüst mit nackten Birnen. Da wölben sich Hüfte wie böse blaue Blumen auf den Köpfen der „Zwei Schwestern“, und die pfirsichfarbenen Volants an ihren giftgrünen Kleidern ringeln sich wie Schlangen. In giftige Farben läßt Burra Visionen in Opiumhüllen explodieren.

In den 30er Jahren ist er einer der ersten britischen Maler, die den internationalen Surrealismus aufgreifen. Merkwürdige Vogelwesen beherrschen diese Bilder, heroische blaue und grüne Männer tummeln sich in einem Glas wie Goldfische. Doch als lebendige Quelle inspiriert ihn seine Amerikareise. In Harlem und Boston malt er die Cafés, Bars und Nachtclubs. Da zeigt er die Jazzgruppe „Roter Pfeffer“ und läßt gleich über ihren Köpfen blutrot und prall das entsprechende Gemüse baumeln.

Reisen nach Spanien und Mexiko wiederum lassen den Engländer vom Frivolen abschwenken auf das präkäre Gebiet religiöser Malerei. Da allerdings, da er ganz ernsthaft wird, gerast seine Darstellungen der Gewalt, der Apokalypse mit muskulösen Erzengeln und feuertotem Belzebub meist zu Theaterdonner. Nur hin und wieder überzeugt ein Bild wie die „Vertreibung aus dem Tempel“. Da wirft ein zur Weiglut aufgebrachter Jesus die Geldleiher in einer wütenden, schreienden Kaskade die Treppe hinunter, daß es nur so raucht.

Nach dem Krieg greift Burra bei einem erneuten Besuch in New York erfolgreich den Faden zeitgenössischer Dekadenz auf. Wieder entstehen Meisterwerke in Bars, in denen sich Matrosen mit flachen Nasen und schrägen leeren Augen amüsieren. Das durchgehende Motiv der späten Jahre aber sind Landschaften. In großformatigen Aquarellen konstruiert er sie in glasklaren Schichten. Und auch bei diesem Thema entgeht Burra konsequent der britischen Idylle. Jeden Moment kann sich auch hier Pandoras Büchse mit allen bösen Geistern öffnen. (Bis 6. Okt.; Katalog 7,50 Pfund) HEIDI BÜCKLIN



Kamerakoffer Voyeurismus: „Die zwei Schwestern“ (1929), Aquarell von Edward Burra, aus der Londoner Ausstellung

FOTO: KATALOG

Zum Tode des italienischen Autors Italo Calvino

Koffer voller Kapitel

Gestern, in Siena, ist Italo Calvino im Alter von 61 Jahren gestorben. Er war der italienische Schriftsteller mit der stärksten Phantasie. Der 1923 auf Kuba Geborene fing mit Natur- und Märchendichtung an: „Wo Spinnen ihre Nester bauen“ (1947). „Der Baron auf den Bäumen“ von 1957 ist Teil einer Trilogie über die Gesellschaft des 18. Jahrhunderts. Und 1979 erschien „Wenn ein Reisender in einer Winternacht“.

Diese beiden, der „Baron“ und der „Reisende“, sind symptomatisch für die Spannweite von Calvinos Kunst. Der „Baron auf den Bäumen“ ist (im Jahre 1957) eine Vorahnung des alternativen Lebens. Der gegen die Familie rebellierende, junge Baron Cosimo klettert auf einen Baum im Park und schweift sein Leben lang in der Gegend umher, immer von Baum zu Baum. Nie mehr betritt er den Erdboden. Seine Heißgalligkeit lebt eine Weile mit ihm in der luftigen Höhe, verläßt ihn aber zornig, weil er seine Liebe mit der Liebe zu den revolutionären Bauern teilt. Das Mädchen kehrt nie zurück: also weder ein Happy- noch ein Unhappy-End, sondern - ein typischer Calvino.

So war Calvino überhaupt viel Naturverbundenheit, aber keine Sentimentalität, viel Menschenfreundlichkeit, aber die Menschen hielt er sich vom Leibe. Als er 1984 eine Gehirnoperation überstand, schrieb die italienischen Zeitungen, jetzt müsse der „Abweisende“ während der Genesung doch ein wenig Gesellschaft von Freunden akzeptieren, und das Gehirn wieder ganz und gar funktionsfähig zu machen. Er lebte zurückgezogen mit Frau und Tochter in seiner Villa an der Maremmaküste.

„Wenn ein Reisender...“ beginnt mit der Beglückwünschung des Lesers zum Erwerb des neuesten Calvino. Ein Reisender steigt nachts auf einem Provinzbahnhof aus, wo er seinen vollen Koffer mit dem identischen leeren Koffer eines anderen Reisenden tauschen soll. Ein Polizist empfängt ihn und listet ihm zu, er möge verschwinden, es sei alles geplant. Das nächste Kapitel hat damit nichts zu tun. Der Leser geht zum Buchhändler und erfährt, der Verlag habe beim Binden zwei Bücher durcheinandergewechselt. Und so geht

es weiter, immer wieder kriegt der Käufer nur ein erstes Kapitel zu lesen. Und jedesmal handelt es sich um ein spannendes Problem. In der Buchhandlung hat der Leser eine junge Frau kennengelernt, die ebenfalls die vielen falsch gebundenen Bücher umtauschte. Am Ende sind sie verheiratet, pflegen abends im Bett noch zu lesen, und einmal, als er das Licht ausmachen will, sagt sie: „Moment noch. Ich beende gerade Wenn ein Reisender in einer Winternacht von Italo Calvino.“

Also auch Witz, Raffinement, aber mit rücksichtslosem Anspruch an das literarische Niveau des Lesers. Ein Schriftsteller ohne Schielen nach dem Markt. Und doch geschätzt. Und nie überall dabei sein müssen. Mit Frau und Tochter in einem Landhaus in der Maremma. Still an seinem Schreibtisch. Und die Macchia und das Meer vor Augen. Literatur gemacht und wahrhaftig gelebt, selbst geliebt. RUDOLF KRAMER-BADONI



Versorgte sich dem Markt der literarischen Einflüsse: Der italienische Schriftsteller Italo Calvino (1923-1985)

FOTO: HORST TAPPE

JOURNAL

Nationalgalerie: Kunst in der Bundesrepublik

dpa, Berlin

Die bisher umfangreichste Ausstellung über „Kunst in der Bundesrepublik Deutschland“ seit 1945 öffnet am 27. September in der Berliner Nationalgalerie ihre Pforten. Wie die Staatlichen Museen Preussischer Kulturbesitz mitteilen, hat es seit dem Krieg eine ähnliche Veranstaltung in der Bundesrepublik nicht gegeben. Etwa 200 Künstler werden mit über 500 Arbeiten vertreten sein. Die Ausstellung sei gleichsam als ein „Idealmuseum“ der Kunst nach 1945 geplant worden, hieß es von den Veranstaltern.

Weizsäckers Buchhonorare gehen ans Polen-Institut

DW, Berlin

Der Siedler Verlag, Berlin, startet zur Buchmesse eine neue Reihe. Unter dem Titel „Corso“ versammelt die Reihe vornehmlich Essays, Flotband („Vom Deutschland aus“) ist Richard von Weizsäckers Sammlung der vier großen Reden, die der Bundespräsident seit seinem Amtsantritt gehalten hat, darunter die „Ansprache zum 40. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai“. Sämtliche Honorare aus diesem Band hat von Weizsäcker dem Polen-Institut, Darmstadt, gestiftet, mit dem gewünschten Verwendungszweck: Förderung des deutsch-polnischen Jugendaustausches.

Essener Theater sucht neuen Intendanten

dpa, Essen

Für das Essener Theater muß wieder ein neuer künstlerischer Leiter gesucht werden: Generalintendant Manfred Mittel (42), erst seit 16 Monaten im Amt, hat den Aufsichtsrat der Theater und Philharmonie Essen GmbH um Zustimmung zu seinem sofortigen Ausscheiden ersucht. Das Gremium entsprach der Bitte „mit der Maßgabe, daß der Vertrag zum Jahresende 1985 beendet wird“. In einer gemeinsamen Presseerklärung Mittel und der GmbH heißt es weiter, „die Gründe für das Ausscheiden liegen ausschließlich im persönlichen und nicht im künstlerischen Bereich“.

Spanisches Filmfestival eröffnet worden

dpa, San Sebastian

Rund 150 Filme werden bis zum 28. September beim Internationalen Filmfestival von San Sebastian gezeigt, das jetzt begonnen hat. Erstmals nach sieben Jahren gehört die Wettbewerbs auf Beschluß des Internationalen Bundes der Filmproduzenten wieder zur höchsten Kategorie (A) der internationalen Festspiele, also vergleichbar mit denen von Berlin, Cannes, Moskau und Venedig. Um den Hauptpreis, die „Goldene Muschel“, bewerben sich diesmal keine Filme aus der Bundesrepublik und der „DDR“.

Französischer Kulturetat beträchtlich erhöht

AFP, Paris

Der französische Kulturhaushalt für das Jahr 1986 wird 9,619 Milliarden Francs (rund 3,2 Milliarden Mark) betragen und sich damit auf insgesamt 0,96 Prozent des Gesamtbudgets belaufen. Damit ist das Ziel von Kulturminister Jack Lang, für kulturelle Zwecke mindestens ein Prozent der gesamten Staatsausgaben zu erhalten, praktisch erreicht. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer realen Erhöhung des Kulturvolumens um neun Prozent.

Andreu Alfaro im Dialog mit dem Barock

DW, Brühl

Im Rahmen der Feiern zum 700jährigen Bestehen der Stadt Brühl findet im Park und in der Orangerie von Schloß Augustusburg die Ausstellung „Andreu Alfaro im Dialog mit dem Barock“ statt. Der Künstler, der in Valencia lebte, zeigt eine Reihe von Stahlskulpturen, die wegen ihres geringen Volumens und ihren filigranen Formen einen Gegenpol zu der barocken Architektur des Schlosses bilden sollen. Die Ausstellung ist bis zum 29. September zu sehen, der Katalog kostet 30 Mark.

Druckgraphiken von Marc Chagall

DW, Münster/W.

Buchillustrationen und Druckgraphiken nehmen im Werk von Marc Chagall einen breiten Raum ein. Er verstand es vorzüglich, seine bunten Märchenwelt in schwarz-weißen wie farbigen Blättern aufleben zu lassen. Das führt bis zum 10. November das Westfälische Landesmuseum in Münster mit der Ausstellung „Marc Chagall Druckgraphik“ vor Augen. Sie umfaßt vor allem die großen Radierzyklen zu Gogols „Toten Seelen“, zu Lafontaines „Fabeln“, der Bibel oder zu Chagalls Autobiographie. Der Katalog kostet 35 Mark. Anschließend (vom 30. 11. bis 19. 1. 86) geht die Ausstellung nach Mainz.

Hebriden: Ein Bollwerk aus Granit am Ende der Welt

Seite VI

Nachaison: Sonnenziele für den Urlaub im Spätherbst

Seite III

Schach mit Großmeister Pachmann, Rätsel und Denkspiele

Seite V

Schottland auf eigene Faust: Das Wetter ist Nebensache

Seite VI

Gourmettip: Wildes Kraut für die Küche im „Hirsch“ am Ebnisee

Seite VI



Die tönenden Totenfeiern der Toradjas

Wenn man nach achtstündiger Fahrt von Udjung Pandang/Makassar im Hochland der Toradjas ankommt, ist man trotz Müdigkeit voller Erwartung. Das helle Grün der Reisfelder, zwischen Berggipfeln, Wasserfällen, bizarren Felsen und in der Mitte der üppigen Vegetation die kunstvollen, reich geschnitzten und in Rot, Gelb und Schwarz bemalten Häuser der Toradjas mit den weit ausladenden Dächern.

Die Stämme waren bis zum Ersten Weltkrieg noch Kopfköpfe. Die Toradjas begruben den abgetrennten Kopf des Gegners vor der Haustür; so sollte der Getötete im Jenseits zum Sklaven des Kopfjägers gemacht werden. Heute sind sie fast alle Christen. Trotzdem üben die Stämme noch alte animistische Bräuche aus. In jedem Baum, jedem Stein vermuten sie eine Seele.

Auch der Totenkult der Toradjas ist eigenartig. Sie balsamieren ihre Toten ein und bewahren sie monatelang im Haus auf, bis das Geld für die Totenfeier beisammen ist, die dann drei bis zehn Tage dauert. Danach wird der Tote in einen prächtig geschmückten Sarg gelegt, den sie dann in Felshöhlen hängen, die in mühevoller Arbeit in senkrechte Felswände gemeißelt wurden. Vor den Sarg, auf einer Art Balkon, stellen die Toradjas bekleidete und geschmückte Holzpuppen, die Totenpuppen.

In der Nähe der Toradja-Hauptstadt Ranepao nehmen wir an einem Totenfest teil. Wir ziehen am frühen Morgen los und begegnen vielen Eingeborenen, die zum Fest pilgern. Sie tragen ihre Gaben, meist schwarze Schweine, auf einer Bambus-Stange. Es regnet, und wir versinken im lehmigen Boden der Reisfelder.

Nach einer Stunde stehen wir dann mitten in einem winzigen Dorf. Ringsum wimmelt es von Menschen. Sie hocken in käfigartigen Bambusbuden, die für die Unterbringung der Gäste gezimmert worden sind. Die Menschen schieben sich über den Dorfplatz, vorbei an dem aufgebahrten Toten. Musik und Gesang vermischen sich. Durch einen Lautsprecher wird angesagt, welche Familie welches Geschenk mitgebracht hat.

Danach dominiert die Farbe Blutrot: Der nächste Büffel wird geschlachtet. Und schon ist ein Eingeborener dabei, ein Stück Fleisch mit einem Buschmesser aus dem Oberbacken herauszuschneiden. Er verschwindet mit dem Fleischbrocken hinter den Hütten, wo es am offenen Feuer geräutert wird. Mitten im Dschungel lodern die Flammen. Immer mehr Gäste kommen, neue Büffel werden geschlachtet, neue Schweine geopfert. Es fließt der schäumende Palmwein. TASTOTH

Ankunft: Indonesisches Fremdenverkehrsamt, Wiesenbüttelplatz 26, 6000 Frankfurt.

In den Bergen Südindiens ist das Leben ein Genuß, keine Herausforderung durch das Klima, sondern Erholung. Die Nächte hier sind angenehm kühl, die Tage warm, aber nicht zu heiß. Die Sinne saugen Landschaft und Leben hier oben auf. Es gibt Wildschweine, wilde Hunde, Otter, Elefanten, Affen – besonders den schwarzen Nilgiri-Langur –, seltener Tiger und Sambarhirsche, Gaur-Herden, die auf den weiten, offenen Grasflächen von Aiypankurukku-Edapalayam äsen, dann eine bizarre Vogelwelt und unten am Wasser die trägen Frischwasser-Schildkröten.

Gott Hamman scheint böse. Er hockt in der Astgabel eines gewaltigen Shola-Baumes und wirft mit Zweigen. Schwarz und trägt er ein weißes Hemd, das den Stamm des Baumes umschlingt. Hamman – das ist schon am Eingang der gemeindefürstlichen Mythologie jener Affenfürst, der in den Epen dem Helden Rama in seinem Kampf gegen den Erzfeind, den dämonischen Herrscher Ravana von (Sri) Lanka mit seinen Affen-Kämpfern zu Hilfe eilt. Hamman rettet Rama, der schon tödlich verletzt scheint, indem er – statt eines ganz bestimmten Heilkräuters – kurzerhand die Spitze eines mit Kräutern bewachsenen Bergs bringt.

Jetzt freilich läßt Hamman das Kraut schießen. Seine sonst in Südindien vorherrschende sanftmütige Haltung – halb kämpferisch, halb ergeben – ist trügerisch. Hamman, kein Rama mehr in Sicht, kein Heldepos, statt dessen schwitzende Fußmüden Touristen, die just unter diesem Baum rasten, Mittag am Periyar-See in den Bergen Südindiens im Staat Kerala, in den West-Ghats Indiens. Bleich wie gegossenes Blei liegt der vor hundert Jahren zur Bewässerung angelegte See. Wie abgeworfene Zahnteile liegen die Reste der einstigen Baumriesen schwärzlich auf dem Untergrund, durchstoßen das Blei der Oberfläche. Ein Stockwerk über den Affen, die allesamt aussehen wie Hamman, hocken Silberhirsche und Königstierchen und suchen die stille, nicht einmal von einer Brise gekrümelte Fläche des Sees ab.

Und an der Uferböschung hat sich eine Gruppe von Fischottern in das Wurzelgewirr zurückgezogen. Diese Welt steht still bis auf das gleichmäßige Summen der Insekten, die – so scheint es – einen Großteil der 30 000 in Indien bekannten Spezies hier am See versammelt zu haben scheinen.

Periyar – das bedeutet Frieden für die Tier- und Pflanzenwelt. Der Name ist zugleich der Begriff für das größte indische Tierreservat, ausgebreitet über 777 Quadratkilometer mit seinem 26 Quadratkilometer großen,

Wo die Bergelefanten zu Hause sind



huchtenreichen künstlichen See, dessen Künstlichkeit freilich längst historisch ist, weil sie nicht mehr erkannt werden kann. Periyar – das ist auch der Name des Flusses, der schon um seiner Quelle in der waldreichen Region, die immerhin Höhenunterschiede zwischen 900 und 2000 Metern kennt, aufgestaut wurde.

Unsere Rast ist vorüber. Noch bleiben uns genügend Stunden bis zur kurzen agnischen Dämmerung der Tropen, um die Spur der Elefanten durch das hohe Elefantengras zu verfolgen. Am Morgen schon lag frische Lösung ganz in der Nähe des einsamen Resthause, in dem wir – einige Fußstunden von der Zivilisation entfernt – wohnen. Elefanten – das ist eines der Reizwörter für dieses Wildreservat. Nur hier kann man sie noch richtig schwimmen sehen, gegen die Strömung, wobei ihre Körpermassen tief im Wasser liegen, die ovale Schale gerade ein wenig herausblühend, mit hochgestelltem Rüssel dann und wann, zum Luftschöpfen. Unsere Herde aber hat sich offensichtlich in die fernsten Hügel verzogen, wir können sie nicht einholen, müssen umkehren vor der Dunkelheit.

Abend. Im Resthouse kündigt eine Petroleumlampe. Unser keralischer Wildhüter serviert Chappatis, die typischen Fladenbrote aus Weizen und Vollkornmehl, und ein einfaches Hühner-Curry mit Linsen. Abgekochtes Wasser dazu als Drink auf der

Terrasse, die hart am tiefen Elefantengraben endet, der Abenteuer und Schutz davon zugleich suggeriert. Die Brücke – ein Brett – ist eingezogen.

Stimmen der Stille. Eine halbe Stunde lang schwillt das Konzert der Zikaden, blau-, schwarz-, grün- und graugelbte Orchestermisglieder des Waldes an. Gelockt von den Insekten schweben die Fledermäuse heran, irlichtende Schatten. Dann wieder das lockende oder suchende Lachen und Brüllen der Affen, raschendes Unterholz, in dem sich Wildschweine reiben. Aufschattem erschreckter Vögel, knackendes, brechendes Holz – und wieder Stille. Wir suchen mit den Ohren ins Dunkle, ins absolut Schwarze, seit die Mondsichel hinter Wolken verschwunden ist. Wir suchen die klagenden drei Töne, deren mittlerer ansteigt, die den Tiger anzeigen.

Plötzlich platzt die Stille. Lautes Trompeten, schrille Dissonanzen, wütende Töne – Elefanten, in unmittelbarer Nähe. Und dann machen wir sie in dem kümmerlichen Licht, das jetzt vom befeuchten Mond herabrieselt, an der nahen Wasserstelle aus. Es ist eine große Herde, wuchtige Schatten, kolossale Leiber, die sich da am Wasser drängen. Sie trinken, platschen ins Wasser, legen sich in die Lache, lassen die Erde vibrieren, das Wasser spritzen. Fern am Berg haben wir gesehen, wie sie jetzt auch schrille, herausfordernde Antwort einer konkur-

rierenden Herde, die ebenfalls wohl ans nächtliche Seeufer will, sich in dieselbe seichte Ausbuchtung legen will – sie trompeten ihr Recht laut in den Himmel, wagen es aber nicht, die Badenden zu vertreiben und bleiben im Schutz der dunklen Höhe.

Wir sind nur knapp hundert Meter entfernt, kaum geschützt im Ernstfall durch unseren Graben rund um das Haus. Aber daran denkt keiner, jeder starrt gebannt in die Nacht, horcht, wittert, sichert, als sei er selbst ein Tier. Schließlich ist das Szenario wieder leer, die Herde weitergezogen, vom Dunkel verschluckt. Und auch die fernsten Neider scheinen ein anderes Ufer am verzweigten See gefunden zu haben und sind verstummt.

Tagelang noch durchstreifen wir das weite Gelände, begeistern uns an der Tier- und Pflanzenwelt, baden im süßen Wasser des Sees, lassen uns von der Sonne trocknen, die zu keiner Zeit des Jahres so hart und erbarungslos scheint wie in den aufgerissenen Ebenen Südindiens, deren rote Letherböden wie klagende, blutende aufgerissene Wunden scheinen.

Touristen lassen die Tierwelt in Ausschnitten auf einer kleinen Schiffsfahrt über den See an sich vorbeiziehen, bevor sie im nahen Uferwald-Hotel in Thekkady am See-Ausgang ein Glas kalter Lassi herunterstürzen. Gewohnt wird im Periyar-Wildpark rustikal und hautnah, eben in einigen Resthouses mitten im

Periyar bedeutet Frieden für Tiere und Pflanzenwelt. Periyar ist auch der Name des größten indischen Tierreservats: 777 Quadratkilometer Fläche mit einem buchtenreichen künstlichen See. Periyar heißt auch der Fluß, auf dem beschauliche Bootsfahrten gemacht werden.

FOTOS: DIE WELT

NACHRICHTEN

Sauber muß es sein

Reinlichkeit steht bei Deutschlands Urlaubern oben an: 92,5 Prozent der reisenden Bundesbürger stuften die „Sauberkeit“ am Urlaubsort als sehr wichtig ein. Am zweitwichtigsten sind „annehmbare Preise“ (89,2 Prozent), dann kommt die „Gemütlichkeit“ (83,6 Prozent); weniger wichtig ist „viel Komfort“ (36,2 Prozent).

Spaniens neuer Rekord

Das beliebteste Reiseland der Welt peilt einen neuen Rekord an: Bis Ende des Jahres werden 43 Millionen ausländische Besucher in Spanien erwartet. Damit würde die Nummer eins unter den Auslandszielen den Rekord des Vorjahres einstellen: Da waren 42,9 Millionen Ausländer registriert worden.

Mehr Wein, Kaffee, Tee

Weinbeißer, Kaffeetrinker und Teeliebhaber profitieren von den neuen EG-Zollrichtlinien, die am 1. Oktober in Kraft treten. Von diesem Zeitpunkt an erhöhen sich die zollfreien Mitnahmemengen beim Wein (fünf Liter statt vier Liter), Kaffee (1000 Gramm statt 750 Gramm) und Tee (200 Gramm statt 150 Gramm). Reisende, die in Duty-free-Läden auf Flughäfen oder Schiffen einkaufen, kommen nicht in den Genuß der neuen Richtlinien. Hier sind nach wie vor 200 Zigaretten und ein Liter Spirituosen zollfrei.

Chancen für Lehrer

Die „Wirtschaftsakademie für Lehrer“ will 150 „Paukern“ ohne Job zu einer neuen Stelle als Mitarbeiter großer Reiseunternehmen verheilen. Die gemeinnützige Institution aus Bad Harzburg will in Zusammenarbeit mit der Münchner Akademie für Tourismus ein einjähriges Fernstudium einrichten, das im kommenden Januar beginnen soll. Absolventen dieses kostenlosen Modellversuchs haben beste Chancen, anschließend auch einen Schreittisch in der Reiseindustrie zu finden. (Ankunft: Wirtschaftsakademie für Lehrer, Hindenburgring 12a, 3388 Bad Harzburg 1.)

Kurtaxe in Frankreich

Frankreich plant die Einführung einer Kurtaxe entlang der Küste. Sämtliche Gemeinden können nach Verabschiedung des neuen Gesetzes von den Urlaubern eine solche Gebühr verlangen. Der französische Staat hat daran allerdings eine Voraussetzung geknüpft: Die eingezeichneten Beträge müssen an den Küsten verwendet werden.

Herz für Kinder

Finnlands Eisenbahnen entdecken ihr Herz für Kinder: Alle Züge, die länger als vier Stunden unterwegs sind, bekommen einen Wagen mit Kinderservice angehängt. In den speziell eingerichteten Abteilen kann der Nachwuchs nach Herzenslust spielen oder versorgt werden, denn es gibt auch Wickeltisch und Babyflaschenwärmer.

Lesen Sie „flugtip“, bevor Sie in die Luft gehen

Flug nach New York und zurück: unter 800 DM!

Keine Frage, verehrte Leser: Jemandem sonst ist die Tarif- und Preissituation so verwirrend und undurchsichtig wie auf dem Markt der Flug-Touristik. Da gibt es ABC, IT, CIT, Pex, Apex und Super-Apex, „flieg & spar“, „Super flieg & spar“, Holiday, Business, Economy, Stand-by, Abwärts- und Vorrück-Tarife. Und wenn das noch nicht reicht, für den Fall der Fälle, und Flucht-Durchgang noch Blinddarms-Flüge, Wechselrucksack, Vier-, Sechs- oder Acht-Coupon-Tickets und Monatschein-Tarife zur Verfügung.

Für den, der sich auskennt, gibt es immer einen Buchung- oder Umstapel-Dreh, der die Flugkosten radikal senkt, von dem die Mehrzahl aller Reisenden jedoch nur träumt.

Jedoch: Haben Sie die Zeit, sich in diesem Dschungel zurechtzufinden? Sicher nicht! Wollen Sie aber deshalb bei jeder Geschäftsreise, bei jeder Urlaubsreise mehrere Hunderte bis zu einigen Tausenden draufzahlen? Nein! Dann brauchen auch Sie die brandneuen Infos des „flugtip“. Zum Beispiel:

• Linienflug Frankfurt – New York – Frankfurt: Normalpreis 3584 DM. „flugtip“ weiß, wie Sie die Metropole für 1306 DM oder sogar für nur 780 DM erreichen!

• Linienflug Frankfurt – Paris – Frankfurt: Normalpreis 794 DM. „flugtip“ sagt Ihnen, wie Sie für 277 DM hinkommen!

• Billigflüge in den sonnigen Süden: Von A wie Alicante bis Z wie Zypern. Sie sparen Hunderte von Mark!

• Reisen für Kurzentschlossene – Flugreisen einschließlich Hotelaufenthalt. „flugtip“ veröffentlicht alle 14 Tage neu die interessantesten „Schnäppchen“. Zum Beispiel: Karibik/Dominikanische Republik, Bawaro Beach Hotel, unmittelbare Strandlage, 2 Wo. HP inkl. Flug ab Frankfurt: 2775 DM!

• Bis 60% gespart: „flugtip“ entdeckt interessante Lücken im engherzigen Luft-Preis-Kartell. Wie Sie „City-Inklusiv-Tours“ richtig nutzen. Und bis zu 80% der Flugkosten zu fast allen europäischen Metropolen sparen!

• Steuer-Spar-Chancen auf Reisen. Eine „flugtip“-Brochure nennt die Tricks.

• Bahnreisen in Europa: Eine „flugtip“-Übersicht zeigt alle Sonderangebote der europäischen Eisenbahn – für Geschäfts- und Urlaubsreisen gesondert aufgeführt.

• Asien-Rundflüge zum Sparpreis: Zum Beispiel Frankfurt – London – Hongkong – Bangkok – Singapur – Jakarta – Singapur – Bangkok – Frankfurt: 3050 DM!

• „Round the World“ zum Dumping-Preis: Amsterdam – Toronto – Honolulu – Fiji – Sydney – Amsterdam: 2450 DM.

• Und natürlich immer wieder Billigflüge: Guadeloupe hin und zurück für 1245 DM. ** Martinique hin- und Rückflug inkl. 2 Wo. Aufenthalt: 1785 DM. ** Frankfurt – Caracas – Frankfurt: 1685 DM. ** Rio de Janeiro hin und zurück: 1845 DM.

Doch noch damit ist die Leistungs-Palette von „flugtip“ längst nicht erschöpft. Zusätzlich zu der gedruckten Information helfen wir für Sie eine komplette Service-Abteilung bereit, die Sie als Abonnent jederzeit nutzen können und die Ihnen alle einschlägigen Flugpreise zu jedem von Ihnen gewünschten Ziel herausucht.

Wenn Sie also

- nichts zu verrechnen haben
- möglichst mit jedem Ticket bares Geld verdienen wollen
- regelmäßig über die jeweils günstigsten Sondertarife Bescheid wissen wollen
- auf den sachkundigen Rat unserer Experten zurückgreifen wollen
- als Tourist oder Geschäftsreisender kurz und bündig über die wichtigsten Fakten, Tips und Tricks der internationalen Flugszene informiert sein wollen, ja sogar müssen,



Ihr „flugtip“-Experte
Assessor Christoph Wühnel

dann sollte Ihnen das ein „flugtip“-Abonnement zum Preis von 14,90 DM pro Monat (inkl. Porto und MwSt., Berechnung quartalsweise vorab) kündigungsfrist 6 Wochen zum Ende eines Kalenderquartals.

Name/Stempel: _____

Anschrift: _____

Datum/Unterschrift: _____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abenddatum) genügend schriftlich zu widerrufen bei „markt intern“ Grafenberger Allee 30, Düsseldorf 1

Unterschrift: _____ Datum: _____ W 20, 9, 85

Lesen Sie Ihr Ticket zu dieser Fülle von Einsparungen, indem Sie den Bestell-Coupon abtrennen und ausgefüllt – am besten noch heute – an „markt intern“ abschicken. Als Neo-Abonnent erhalten Sie auf Wunsch sofort:

- die Flugpreise-Liste von Billig-Angeboten in den sonnigen Süden
- die Sonderangebote der europäischen Eisenbahn für Geschäfts- und Urlaubsreisen
- den „IT“-Sonderdruck. Steuern sparen auf Reisen
- und die Möglichkeit, jederzeit auch telefonisch die „flugtip“-Service-Abteilung nutzen zu können.

Coupon An „markt intern“-Verlag, Grafenberger Allee 30, Postfach 5809, 4000 Düsseldorf 1, Telex 858 77 32, Tel. (0211) 66 60 11

Ja, ich bestelle ab sofort den alle zwei Wochen erscheinenden Informationsbrief

flugtip

zum Preis von 14,90 DM je Monat, inkl. Porto und MwSt., Berechnung quartalsweise vorab

Kündigungsfrist 6 Wochen zum Ende eines Kalenderquartals

Name/Stempel: _____

Anschrift: _____

Datum/Unterschrift: _____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abenddatum) genügend schriftlich zu widerrufen bei „markt intern“ Grafenberger Allee 30, Düsseldorf 1

Unterschrift: _____ Datum: _____ W 20, 9, 85

Der „flugtip“: Weltweite Flug- und Reiseinformation aus Europas größtem Informationsbrief-Verlag

**Ruhe – Erholung – Entspannung – Regeneration im
„Sonnenhof Bad Iburg“ – Klin. Kur-Kneippsanatorium GmbH**
Am 1. Hause – große Kurmittelabtg. – alle Diatformen – spez. Abnahmest.
Gymnastik – Sauna – Hallenbad, 30 Grad – Sonnenliegen u. Hammer – Hausprosa.
VP 60 – 110 – Tag Krankenkassee nach § 184a, RGO-Behilte nach § 5 RVO.
4505 Bad Iburg, Teutoburger Wald, PF 12 40, Tel. 9 54 03 / 4 03 - 1

Karl Julius Weber

A high-contrast, black and white photograph of a woman sitting on a boat. She is leaning back, holding a long object, possibly a fishing rod or a musical instrument. A basket is visible on the right side of the boat. The image is grainy and has a high-contrast, almost abstract quality.

FOTO: KASPERSKI

Das Bilderbuch fürs Bett und die beliebte Gourmetbibel aus dem Kartographischen Verlag Borsche sind für 1986 jetzt neu erschienen. Die völlig überarbeiteten Ausgaben enthalten nach bewährtem Konzept weniger Nennungen als beispielsweise der Michelin oder der Varta. 2000 Restaurants und den rund 4000 Hotels meist ausführlichere Beschreibungen und oft farbige Abbildungen. Klassifiziert werden die Hotels mit einem bis fünf Sternen, die Restaurants mit einem bis fünf Schleimer-Kochlöffeln. Beide Bände sind in einer Kassetze für 79,80 Mark zu haben.

sele für Spitzwurz zu sein. Die
in die Spitzwurzgruppe der
deutschen Reizantoren werden
von Schleimmaterial in Häusern einge-
ordnet und mit fünf Schleimern
Kochlötlern ausgezeichnet, dar-
unter erstmals das „Nesse“ auf Syt
sowie „Bietels“ und „Traube-Ton-
bach“ in Bietersbronn. Herunterge-
stufte auf vier Löffel wurden das
„Gala“ in Aachen und der „Goldene
Pfing“ in Köln, auf nur zwei sogar
das neue Material in Berlin. Und auch
in den anderen Kategorien gab es
Veränderungen reichlich. 248 Häu-
ser wurden nicht mehr aufgenommen,
dafür 243 Neueideungen
vorgestellt und 366 Häuser von der
Testmannschaft neu beurteilt.

Appetit macht die Lektüre der Spezialitäten, die von der unverfälschten Aalsuppe im Hamburger Fischereihafenrestaurant bis zur Seezunge mit pochierten Felsen-austern in Chablisssud in der „Schwarzwaldstube“ vom Hotel Traube-Tonbach oder Rehmedallions mit Maronenmus im Münchner „Pantris“ reichen. Auch Atmosphärisches kommt in den Beschreibungen nicht zu kurz, so daß man sich vorher schon einstimmen kann.

Die sich aufperkende Testmannschaft hat Deutschland vom Meer bis zu den Alpen bereist und mit Vergnügen auch unter den Nordliebfern Glanzvolles vermerkt. Neben Sytt macht Hannover mit gleich drei neuen Adressen von sich reden. Ein Blick auf die Landkarte allerdings beweist, daß es noch immer ein kulinarisches Nord-Süd-Gefälle gibt, daß sich die guten Adressen vor allem da häufen, wo Frankreich nicht weit, gut essen und trinken keine neumodische Erfindung ist. B. C.

B. C.

	October			November			December		
	Lat*	Season- end	Wasser*	Lat*	Season- end	Wasser*	Lat*	Season- end	Wasser*
Malawi	23		21	18		12	15		15
San Marino	28		23	24		21	22		20
Yemen	25		23	23		21	22		20
Paraguay	25		22	23		20	21		19
Laos	27		22	24		20	22		19
Nepal	24		22	22		20	20		19
Andorra	23		19	22		17	17		18
Zypern	29		24	24		21	19		19
Tunesien	26		22	21		20	17		17
Marokko	28		22	24		21	21		12
Jugoslawien	21		20	17		12	13		15
Israel	33		26	26		25	22		21
Ceylon	29		26	29		27	30		27
Malediven	29		27	29		27	29		27
Gee	32		27	32		27	30		29
Nepal	27		-	23		-	19		-
Thailand	31		27	31		27	31		27
Kenia	30		27	31		27	32		27
Kuba	29		26	27		27	26		26
Togo	30		26	31		27	37		27
Brasilien	29		25	28		26	29		26
Mexico	31		27	31		26	31		26

RW. Bonn
Nach dem verregneten Sommer zu Hause ist der Wunsch der Bundesbürger nach viel Sonne verständlich. Wo noch im Spätsommer und vor allem im Herbst die Sonne scheint und richtig Sommer ist, verrät die Tabelle. Dabei ist das nur zwei Flugstunden entfernte Mallorca besonders hervorzuheben, wegen der kurzen Flugstrecke ist dieses herbstliche Sonnenziel recht preisgünstig zu erreichen. Aber auch andere südliche Ziele sind im Oktober und November bis Mitte Dezember zu Nebensaison-Preisen. In den Katalogen der Fluggesellschaften zu finden.

Einen neuen Weg geht Tuiropa. Dort kann man jetzt auch „krumme“ Urlaubslängen buchen: Zweieinhalb, eineinhalb oder gar nur eine halbe

Woche (drei Tage), wobei der Kurztrip nach Gran Canaria rund 1000 Mark kostet. Da will natürlich die ITS (Kaufhof-Reisen, Hertie-Reisen, ADAC-Flugreisen und Prima-Reisen) nicht zurückstecken: Dort kann derjenige, der keine Zeit für einen „richtigen“ Urlaub hat, mal eben für zwei Tage nach Mallorca düsen (ab 418 Mark).

Heiße Preise an kühlen Tagen bieten die Mittelmeerländer: Für 500 Mark gibt es bei Scharnow eine Woche Mallorca und für 900 Mark wohnen man schon zwei Wochen im Vier-Sterne-Hotel Cavalieri auf Malta (bei Jet-Reisen). Und auch das gibt es noch: Für 339 Mark geht es zwei Wochen einschließlich Flug mit ITS nach Südjugoslawien (allerdings erst am 1. Dezember und im Januar).

Stuttgart Das bundesweit größte Reiseunternehmen im Familienbesitz, Hetzel in Stuttgart, bietet im Winter 1985/1986 neue Reiseziele an. Auf einer Pressekonferenz im hauseigenen „Hetzel-Hotel-Hochschwarzwald“, Markenzeichen im und am romantischen Schuttschnee im Schwarzwald, berichteten Elise Hetzel, Witwe des erst im Mai verstorbenen Gründers der Firma, Kurt Hetzel und Tochter Elke Hetzel-Maute über die neuen Angebote. Mit vielen Charakterfiguren wird erstmals um die Gunst der „Winterflüchtlinge“ geworben.

Zum Beispiel Nepal mit Zieflingsschen Kathmandu wird jede Woche mit der Luftthase-Compagnie ab Frankfurt und München befliegen. Am 12. April 1968 kosten zwei Wochen im Königreich ab 2088 Mark (bei Selbstverpflegung, eine siebenbürtige Rundreise ist ab 2778 Mark zu haben. Auch die ehemalige portugiesische Kolonie Goa, heute ein Teil Indiens, dürfte auf Interesse stoßen. In der genannten Zeit sind jede Woche mit Condor ab Frankfurt oder München Flüge nach Goa möglich. Zwei Wochen Übernachtung mit Frühstück in Strandhotels ab 2327 Mark, eine siebenbürtige Rundreise ab 2793 Mark.

Israel heißt das dritte neue Reiseziel bei Hetzel: In der Zeit vom 3. November 1985 bis 20. April 1986 bietet das Touristik-Unternehmen wöchentlich Condor-Flüge ab Stuttgart und München als Bade- oder Kurzreisen an. Zwei Wochen Übernachtung und Frühstück ab 1364 Mark, die einwöchige Rundreise ab 1828 Mark. Agadir in Marokko heißt das vierte neue Reiseziel. Ab Stuttgart und München fliegt Condor jede Woche, zwei Wochen Sonderverpflegung kostenlos in diesem arabischen Land 1031 Mark, sieben Tage Rundreise ab 1558 Mark. Unter dem Motto „Winter ade“ hofft Hetzel für diese warmen Regionen auf neue Kunden.

Als echter Renner hat sich Ägypten erwiesen, ein von Hetzel seit Jahrzehnten gepflegtes Reiseband: schon jetzt gibt es erheblich mehr Buchungen als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die diesjährige Konzeption sieht zwei wöchentliche Flüge nach Kairo und Assuan vor, Luxor hingegen ist gestrichen worden. Durch die Vermeidung von „doppelten“ Wegstrecken bringen alle Rundreisen eine „optimale Ausnutzung der Zeit“, wurde betont.

XING-HU KUO

RW. Frankfurt

Die Deutschen sind zwar die „Weltmeister im Verreisen“, doch gleichzeitig auch „Ferienmuffel“. Jeder zehnte Bundesbürger über 14 Jahre ist noch nie in seinem Leben in Urlaub gefahren. Und noch eine halbe Million mehr, 6,5 Millionen Bundesbürger, haben in den letzten fünf Jahren kein einziges Mal den Ferienkoffer gepackt. Zu diesen Ergebnissen kam jetzt die Reiseanalyse 1984 des Studienkreises für Tourismus.

Dennoch wird 1985 ein Reisejahr par excellence werden: Mehr als 33 Millionen Bundesbürger sind dann für mindestens fünf Tage in die Ferien gefahren. Damit wird die Zahl des Vorjahres übertroffen: 1984 fuhren 20,9 Millionen Deutsche ins Ausland und 11,6 Millionen Bundesbürger an einen Urlaubsort im eigenen Land.

Land. Doch die Reiseintensität, der Wert also, der angibt, welcher Anteil der deutschen Bevölkerung über 14 Jahre im letzten Jahr eine Urlaubsreise machte, kann auch spiegelbildlich betrachtet werden. Dann geht es um die Nichtreise-Intensität. Abgesehen vom wichtigsten „Verzichtsgrund“, dem Geld, gibt es noch eine ganze Reihe weiterer Begründungen. So läßt sich vergleichbar der Reiseintensität auch die Nichtreise-Intensität

ermitteln. Die betrug im letzten Jahr 44,7 Prozent.

Betrachtet man diesen Wert rückblickend über zehn Jahre, sind die prozentualen Schwankungen recht gering. Berücksichtigt werden muß dabei aber auch die Grundsamtheit der deutschen Bevölkerung, die beispielsweise 1974, als 21,2 Millionen Menschen keine Reise machten, erheblich niedriger war als 1884, als 21,6 Millionen nicht verreisten. Die Frage nach dem Jahr der letzten Urlaubsreise erlaubt, eine Gruppierung der eher „Reiseunwilligen“ zu erkennen. 1980 man diejenigen nimmt, die 1980 oder früher zuletzt verreist waren, so ergibt sich zusammen mit denen, die nicht verreisten hier ein Volumen von knapp 60 Prozent der Nicht-Reisenden (22,5 Millionen).

Nicht jeder, der im letzten Jahr auf die Reise verzichtete, ist gleich ein Reisemuffel: Viele fahren nur alle paar Jahre in die Ferien, verreisen also in Intervallen. Der Rückblick bis 1982 zeigt hier eine deutliche Zunahme in der Gruppe derjenigen, die angaben, sie verreisten normalerweise immer. Rückläufig war die Anzahl der nur alle zwei bis drei Jahre Verreisenden.

Verschiedene Gründe können die Ursache sein, für den Entschluß, im Urlaub nicht zu verreisen. Da es nicht

weiter verwundert, die finanziellen Gründe am häufigsten genannt zu sehen (61,3 Prozent), ist es ergeblich, dass die Gründe für den Umzug verschieden sind. Das Bedürfnis nach Wiederholung der Urlaubsgewohnheiten entscheidend beeinflusst wird, werden die Gründe für die einzelnen Gruppen extra ausgeworfen. Starke Differenzen treten beispielsweise bei der Aussage auf, daß es zu Hause am schönsten sei: Das meinen von den üblicherweise zu Hause Verweilenden fast 27 Prozent, von denjenigen, die nur ausnahmsweise nicht verreisen, dagegen nur noch vier Prozent. Verständlich, daß die meisten der Zuhausebleibenden auch den Erholungswert dort besonders hoch einschätzen, ganz im Gegensatz zu den Reisegewohnerten. Aus der Zusammenstellung der unterschiedlichen Gründe lassen sich verschiedene Gruppen erkennen, die einer Urlaubstreise eher positiv beziehungsweise eher negativ gegenüberstehen.

Nichtreisende können, darauf weist der Studienkreis auch hin, in Nichturlauber und Urlauber zu Hause aufgeteilt werden. Auch gibt es Urlauber, die nicht ihre ganze Freizeit auf Reisen verbringen. Mehr als die Hälfte der Reisenden (54 Prozent) nutzen nach Angaben der Studie ein paar freie Tage zu Hause.

lel (c)

Wie wär's: Wenn es hier bei uns graupelt und regnet, matscht und friert, Schals,

Gumstiefel, Wintermäntel Hochkonjunktur haben, kreuzen **Sie in der Karibik** auf. Aus insgesamt 5 Kreuzfahrten mit der VISTAFJORD zwischen dem 31. Januar und dem 12. April 1986 können Sie sich diejenige aussuchen, die am besten in Ihren Terminkalender paßt. Mit einem der fraglos besten Kreuzfahrtschiffe der Welt genießen Sie die Reize dieser einzigartigen Inselwelt. **Und das zur Winterszeit:** Weiße Palmenstrände, türkisblaue Buchten, bunte Märkte, Calypso, Sonne und ein Völkergemisch, wie es wohl vielfältiger und lebensfroher nirgendwo anzutreffen ist. Zurück an Bord Ihres schwimmenden „5-Sterne“-Luxushotels lassen Sie sich von einem Service und Komfort verwöhnen, den mancher eigentlich nur



Hier kreuzen Sie u. a. an: Acapulco · Costa Rica · Cartagena · Grand Cayman · Playa del Carmen · Cozumel · Caracas · Barbados · St. Lucia · St. Thomas · Puerto Rico · Martinique · Inseln · Grenade

nach vom Hörensagen her kennt. Außerdem von einer Küche die selbst Gourmets ins Schwärmen bringt. Können Sie sich eine schönere Art denken, dem Winter die kalte Schulter zu zeigen? Am besten gehen Sie jetzt zum Experten für „5-Sterne“-Luxuskreuzfahrten in Ihrem Reisebüro. Oder schicken uns den Coupon.

Dann erfahren Sie alle Einzelheiten über die VISTAFJORD und die wohl schönste Form des Reisens.

Willkommen an Bord in Sommersachen. Ihnen sollte dieses Vergnügen allerdings schon mindestens DM 4.270,- wert sein.

Gern würde ich mehr über die Kreuzfahrten '86 der VISTAFJORD und dieses prächtige Schiff.



REL 10 40/301 20 30

An CUNARD/NAC · Abt. WW 1
Neuer Wall 54 · D-2000 Hamburg 36
Tel. (0 40) 361 20 58

Gern
wüßte ich
mehr über
Kreuz
im '80 der
FJORD
es
Schiff.

Abstract

The purpose of this study was to examine the effects of a 6-week training program on the physical fitness and health-related quality of life (HRQL) of sedentary middle-aged women. The participants were randomly assigned to either a control group or an exercise group. The exercise group performed a supervised aerobic and strength training program three times per week. The control group did not participate in any structured exercise program. Physical fitness was assessed by maximal oxygen consumption ($\dot{V}O_{2\max}$), heart rate reserve (HRR), and body mass index (BMI). HRQL was assessed by the SF-36 questionnaire. The results showed that the exercise group had significantly higher $\dot{V}O_{2\max}$, HRR, and BMI than the control group at the end of the 6-week program. Additionally, the exercise group had significantly higher scores on the SF-36 questionnaire compared to the control group. These findings suggest that a 6-week training program can improve physical fitness and HRQL in sedentary middle-aged women.

Keywords: exercise, physical fitness, HRQL, middle-aged women.

1
36

Genießen Sie die urgesunde Nordseeluft an den besonders breiten, feinen Sandstränden. Durchwandern Sie „Flanderns Berge“, die malerisch weiten Dünenketten. Gehen Sie auf Fotosafari in einem 150 ha großen Naturschutzpark. Wer sucht, der findet hier äußerst seltene Vögel und Pflanzen.

Radeln Sie durch Wälder und das vertraute Hinterland – Dämme, Brücke oder Veurne. Überall werden Fahrräder verliehen. Gönnen Sie sich öfter mal ein gesundes Wochenende. Was liegt näher als Flanderns Küste!

Großes Strandvergnügen zum kleinen Preis.

96 Angebote für Wochenende und Kurzurlaub.
 Prospekte über Seebäder, Hotels, Ferienwohnungen und
 Ferienparks an Flanderns Küste:
 Per Telefon: 0211/32.60.08 oder 32.52.31
 Per Post: Belgisches Verkehrsamt, Berliner Allee 47,
 4000 Düsseldorf 1, Per BTX: 656.

612

ANGEBOT: Geräumige Luxushäuser mit Sauna
und Pool an der süd. Nordseeküste ab DM 335,-
und Fotos. Grundsätzliche persönliche Beratung.

